

Landesamt für Statistik
Niedersachsen

€UROPA
ØEUTSCHLAND
%IEDERSACHSEN
DNDØEUTSCHLAND
€UROPA

Niedersachsen-Monitor 2014



Niedersachsen

Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden
- 0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht
- X = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu
- ... = Angabe fällt später an

- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ
- () = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher

D = Durchschnitt
p = vorläufige Zahl

r = berichtigte Zahl

s = geschätzte Zahl

dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet

dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Landesamt für Statistik Niedersachsen erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
arne.lehmann@statistik.niedersachsen.de
lothar.eichhorn@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3145, 2215

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 7,50 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2014
ISSN 1432-5756

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2014.

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Texte und Abbildungen

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	7
Familie und Beruf.....	9
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen.....	14
Globalisierung.....	18
Finanzen.....	20
Schulische Qualifikation.....	23
Wissenschaft und Kultur.....	25
Umwelt und Energie.....	27
Soziales, Sicherheit.....	29
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	32
Niedersachsen in Europa.....	34
Fazit und aktuelle Entwicklungen 2014.....	36

Tabellen

Bevölkerung.....	40
Familie und Beruf.....	42
Erwerbstätigkeit.....	46
Wirtschaft und Einkommen.....	50
Globalisierung.....	57
Finanzen.....	60
Schulische Qualifikation.....	64
Wissenschaft und Kultur.....	66
Umwelt und Energie.....	70
Soziales, Sicherheit.....	74
Aktuelle Entwicklungen 2014.....	79
Niedersachsen in Europa.....	80

Texte und Abbildungen

Einführung

Der zum 17. Mal erscheinende *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels systematischen Bund-Länder-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien liegen ihm zu Grunde:

1. Alle Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt.
2. Die 72 Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen der vergleichenden Darstellung und Untersuchung von Strukturen und Entwicklungen des Landes.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und teilweise durch Balkendiagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in dieser Ausgabe meist 2013), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der fünf Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Abgewichen wird davon nur, wenn keine jährlichen Daten oder methodische Brüche vorliegen, die einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Durch die Standardisierung der absoluten Werte mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar und erhalten einen Aussagewert. Bei Einwohnerbezügen wird – wenn nicht anders angegeben – der Stand vom 30. Juni zu Grunde gelegt.
7. Die Ländertabellen werden ergänzt durch acht Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich der Europäischen Union darstellen.

Der *Niedersachsen-Monitor* enthält damit in dieser Ausgabe 80 Tabellen. Gegenüber dem Vorjahr gibt es mehrere Erweiterungen und Ergänzungen, die auf Wünsche der Nutzerinnen und Nutzer zurückgehen:

- Das Fazit zeigt noch verstärkter aktuelle Entwicklungen auf, die in einer entsprechenden Tabelle (Tab. 72) dargestellt werden. Darunter fallen u.a. die Halbjahresentwicklung des BIP wie auch die aktuellsten bis Redaktionsschluss verfügbaren Arbeitsmarktdaten.
- Tabelle 24 zu den kleinen und mittleren Unternehmen wurde überarbeitet. Sie enthält erstmals Angaben zu den Kleinstunternehmen, die für die Niedersächsische Wirtschaft eine besondere Rolle spielen.
- Zu den europäischen Vergleichstabellen ist Tabelle 74 mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten für alle 28 EU-Mitgliedsstaaten hinzugekommen.
- Die Tabellen 1 und 73 zur Einwohnerzahl geben nun auch den Seniorenanteil an der Bevölkerung wieder, eine für die Beurteilung der demografischen Entwicklung wichtige Kennziffer.
- Beim Thema Familie und Beruf wurde die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes bei Vätern ergänzt. In der Tabelle zur Kinderbetreuung unter 3-Jähriger ist nun auch die Relation betreuter Kinder zum pädagogischen Personal zu finden, ein Indikator für die Qualität der Betreuung.
- Schließlich wurden weitere Tabellen, vor allem im Europateil, nach Geschlecht aufgefächert.

Methodische Umstellungen gab es insbesondere bei den Statistiken, die den Mikrozensus als Quelle haben. Hier wird nun der Zensus 2011 als Basis für den Hochrechnungsrahmen verwendet, die Ergebnisse für 2011 und 2012 wurden revidiert. Außerdem gab es eine umfangreiche Revision der Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit.

Im Kapitel Erwerbstätigkeit werden Angaben aus der Arbeitslosenstatistik fortan im Jahresdurchschnitt genannt. Insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit werden damit saisonale Verzerrungen ausgeschlossen.

Der Niedersachsen-Monitor 2014 entstand unter der redaktionellen Leitung von Arne Lehmann. Die Texte wurden erstellt von Kathleen Driefert, Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Rita Hoffmeister, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke und Dr. Wolfgang Vorwig.

Anhaltender Anstieg der Einwohnerzahl

Am Stichtag 31.12.2013 lebten in Niedersachsen 7 790 559 Einwohnerinnen und Einwohner (Tab. 1). Im Vergleich zum Vorjahr ergab dies einen Zugewinn von +11 564 Personen bzw. von +0,1 %. Der Anstieg fiel zwar höher aus als im Vorjahr, als mit +4 742 Personen erstmals seit 2005 wieder ein leichter Zuwachs auftrat. In sieben anderen Ländern war er jedoch deutlicher, so dass Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt von +0,3 % lag.

Wie schon im Jahr zuvor war Berlin mit einem deutlichen Zuwachs von +1,4 % das einzige ostdeutsche Land, das 2013 einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte. Ohne den Stadtstaat wäre Ostdeutschland um 32 000 Einwohner geschrumpft. In Westdeutschland war nur das Saarland von einem Rückgang betroffen, er betrug -0,4 %. Die größten Zuwächse hatten 2013 nach Berlin wieder Hamburg (+0,7 %), Bayern (+0,7 %) und Baden-Württemberg (+0,6 %) zu verzeichnen. Auch Niedersachsens nord-westlicher Nachbar Bremen konnte mit einem Plus von 0,4 % seine Einwohnerzahl deutlich steigern. Sachsen-Anhalt verlor mit einem Minus von 0,7 % abermals anteilig die meisten Einwohnerinnen und Einwohner. Wie in allen Ländern, die mit einem Einwohnerrückgang konfrontiert waren, ist dieser jedoch leicht abgeklungen. Länder, die schon 2012 einen Zuwachs erlangten, konnten diesen 2013 nochmals steigern, außer Hamburg und Berlin. Insgesamt ist festzustellen, dass die Stadtstaaten und die wirtschaftlich starken Flächenländer Bayern und Baden-Württemberg überdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse verzeichnen konnten.

Auf Fünfjahresvergleiche wird an dieser Stelle verzichtet, da ab 2011 die Fortschreibung in der Bevölkerungsstatistik von der Basis der Volkszählung 1987 (bzw. in Ostdeutschland auf Basis des früheren Zentralen Einwohnerregisters der DDR vom 03.10.1990) auf die Basis des Zensus 2011 umgestellt wurde. Vergleiche über diesen Zeitpunkt hinaus sind daher eingeschränkt. Die Entwicklung zeigt unabhängig davon, dass der Einwohnerschwind besonders in den ostdeutschen Flächenländern demnach zwar anhält, jedoch 2013 schwächer ausfiel.

Ausländeranteil relativ niedrig

Da bis zum Redaktionsschluss keine Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung zur Zahl der Ausländer 2013 vorlagen, wird hier auf die Zahlen vom Vorjahr zurückgegriffen. In Niedersachsen lebten 2012 insgesamt 450 611 Ausländerinnen und Ausländer, das entsprach 5,8 % der Gesamtbevölkerung. Verglichen mit dem Durchschnitt aller west-

deutschen Länder (9,2 %) war dies ein sehr niedriger Wert. Nur in Schleswig-Holstein war der Anteil (4,5 %) noch niedriger, im Bundesdurchschnitt betrug er 8,2 %. Am höchsten lag der Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Hamburg mit 12,9 %, gefolgt von Berlin mit 12,6 %, Hessen (11,7 %) und Bremen (11,6 %). In Ostdeutschland war der Anteil mit 4,3 % weniger als halb so hoch wie in den westdeutschen Ländern. In den ostdeutschen Flächenländern reichte die Spanne von 1,8 % in Thüringen bis 2,2 % in Sachsen.

Tabelle 1 weist erstmals auch den Anteil der über 65-Jährigen auf – eine für die Beurteilung der demografischen Entwicklung wichtige Kennziffer. In Niedersachsen lag der Seniorenanteil bei 21,2 %, etwas höher als der Bundesdurchschnitt (20,8 %). Der Anteilswert streute von 18,8 % in Hamburg bis 24,7 % in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

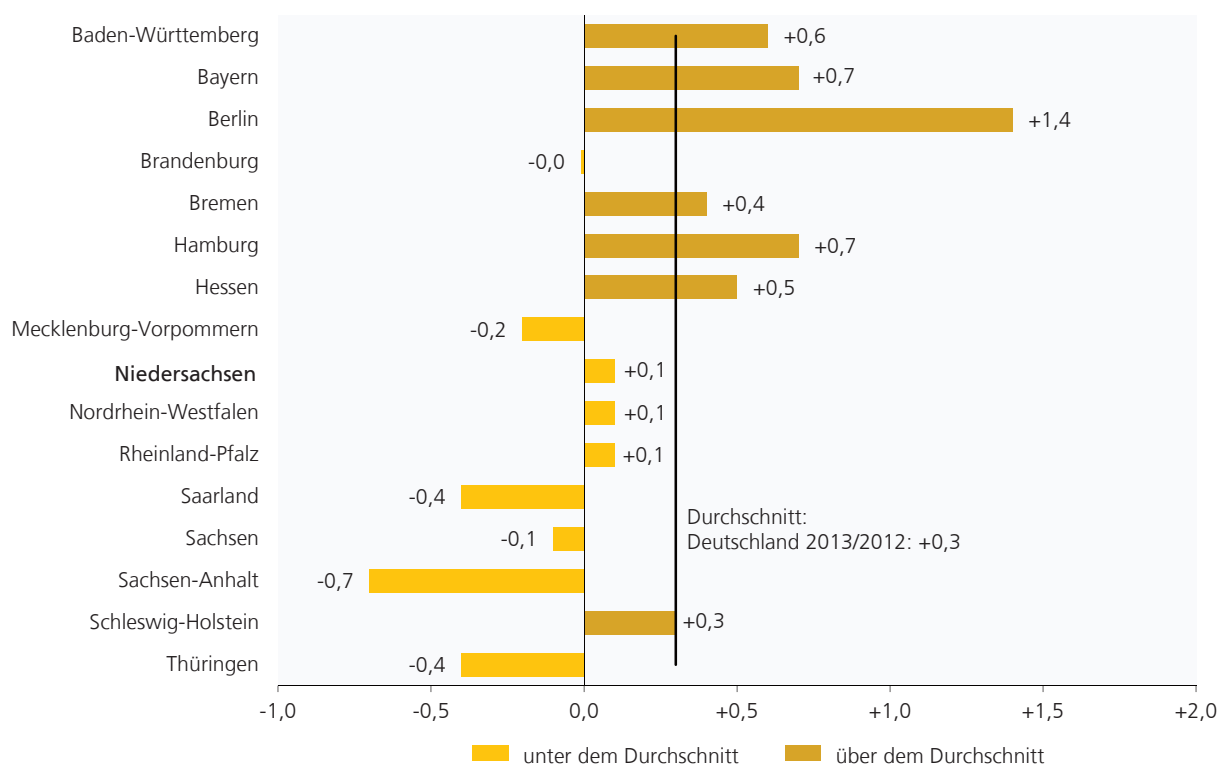
Geburtenzahlen steigen überdurchschnittlich

In Niedersachsen wurden 2013 insgesamt 62 879 Kinder geboren (Tab. 2). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 1 401 Geburten bzw. +2,3 %. Damit lag das Land um einen Prozentpunkt über dem Anstieg des Bundesdurchschnitts von 1,3 % auf 682 097 Kinder. Einen größeren Zuwachs als in Niedersachsen gab es mit +2,6 % nur in Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bayern (beide +2,4 %). In fünf Ländern sank die Zahl der Geburten: in Mecklenburg-Vorpommern mit -1,2 % am deutlichsten, gefolgt von Schleswig-Holstein (-0,8 %), Brandenburg (-0,7 %), Sachsen-Anhalt (-0,5 %) und dem Saarland (-0,4 %). Ein Jahr zuvor gab es nur im Saarland einen Rückgang.

Der mittelfristige Vergleich zeigt, dass bundesweit die Zahl der Geburten 2013 auf dem Niveau von 2008 lag, die Differenz betrug lediglich -0,1 %. Auf Länderebene war die Entwicklung jedoch stark unterschiedlich. Berlin hatte 2013 fast 10 % mehr Geburten als fünf Jahre zuvor, in Hamburg waren es 8,3 % mehr. Niedersachsens Geburtenzahl ging im selben Zeitraum um -3,1 % zurück. In Sachsen-Anhalt war die Differenz mit -5,1 % am größten.

Die Geburtenhäufigkeit, d.h. die Zahl der Geburten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, blieb 2013 im Vergleich zum Vorjahr in allen Ländern etwa auf dem Niveau des Vorjahres (bundesweit 8,5 Lebendgeborene je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Allerdings gab es von 2011 auf 2012 mit Ausnahme des Saarlands merkbare Steigerungen. Die höchsten Werte verzeichneten Hamburg und Berlin (10,4 bzw. 10,3), wo es mehr als 10 Geburten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab. Bei den Flächenländern waren es Bayern und Hessen (beide 8,7), die

Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2013 gegenüber 2012 (jeweils 31.12.) in Prozent



neben sechs weiteren Ländern, darunter Niedersachsen (8,1), acht bis neun Geburten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählten. Werte unterhalb von 8,0 wiesen das Saarland, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern auf.

Der Blick auf das Verhältnis der Zahl der Geborenen und Gestorbenen weist seit Jahren bundesweit und auch in Niedersachsen einen negativen Wert auf. Es sind jeweils mehr Menschen verstorben als Kinder geboren worden: Auf zehn Gestorbene kamen 2013 nur sieben Geburten, bundesweit betrug das Verhältnis zehn zu acht.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung lag der Saldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2013 bei -3,6. Ein Jahr zuvor war die Differenz mit -3,3 noch kleiner. Im Bundesdurchschnitt betrug der Geburten-/Sterbesaldo -2,6 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit lag Niedersachsen trotz weiterhin negativem Trend im Mittelfeld, in Westdeutschland war der negative Saldo nur im Saarland mit -6,0 und in Schleswig-Holstein mit -3,9 größer. Bundesweit am größten war der Saldo wie im Jahr zuvor in Sachsen-Anhalt mit -6,5. Nur in Berlin (+0,7) und Hamburg (+0,5) gab es positive Salden, und zwar in etwa gleicher Höhe wie ein Jahr zuvor.

Ausgleich des Geburtendefizits durch starke Zuwanderung aus dem Ausland

Nach Niedersachsen zogen 2013 erneut mehr Menschen als das Land verlassen haben. Der Wanderungssaldo (Tab. 3), der alle Zu- und Fortzüge innerhalb des Bundesgebietes und aus bzw. in das Ausland umfasst, betrug +36 475 Personen. Das war der höchste Wert seit 2002. Gegenüber dem Vorjahr ist der Saldo um rund 27 % (+7 822) gestiegen. Gegenüber 2008, als der Saldo noch negativ war, betrug der Anstieg rund 41 000.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Bevölkerung lag das Land 2013 mit einem Wanderungsgewinn von +4,7 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von +5,3. Einen negativen Wert wies nur Sachsen-Anhalt mit -0,4 auf. Geringere Werte als in Niedersachsen waren in Westdeutschland in Rheinland-Pfalz (+4,3), Nordrhein-Westfalen (+3,7) und dem Saarland (+2,3) zu finden. In Berlin war der Wanderungssaldo mit +12,3 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner mit Abstand am höchsten.

In Niedersachsen speist sich der Wanderungsgewinn zu rund 96 % aus dem positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland. Die neuerlich gestiegene Einwohnerzahl ist damit auf Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen. Ohne diese wäre Niedersachsens Bevölkerungszahl aufgrund des Sterbeüberschusses zurückgegangen.

Ob und wie sich das Familienleben mit dem Beruf vereinbaren lässt, ist zunächst den entsprechenden Angeboten auf dem Arbeitsmarkt geschuldet. Eines davon ist die Option auf Teilzeitarbeit, die seitens der Arbeitgeber gegeben sein muss. Das Elterngeld hingegen ist ein staatliches Angebot, Eltern besonders unmittelbar nach Geburt des Kindes die Möglichkeit zu geben, für maximal 14 Monate auf das Erwerbseinkommen verzichten zu können. Währenddessen werden vom Staat etwa zwei Drittel des Einkommens ersetzt. Das Angebot ist auch an die Väter gerichtet, die sich so intensiver als früher in die Pflege und Erziehung des Kindes einbringen können. In der Regel sind es aber weiterhin die Frauen, die den größten Teil dieser Zeit auf ihren Beruf verzichten. Dies zeigt die Statistik zur – wenn auch steigenden – Bezugsdauer der Väter, die mit dieser Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors* neu aufgenommen wurde.

Wenn beiden Elternteilen die Möglichkeit gegeben werden soll, neben der Familie auch erwerbstätig zu sein, bedarf es schließlich eines Betreuungsangebots für den Nachwuchs. Der Gesetzgeber hat einen Bedarf an Kindertagesbetreuung ermittelt, wonach 2013 die Betreuungsquote von unter 3-Jährigen 35 % betragen soll, außerdem besteht seitdem ein gesetzlicher Anspruch auf Betreuung für Kinder im Alter von einem Jahr. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist daher in den vergangenen Jahren in allen Ländern vorangetrieben worden, sodass die Zahl der betreuten Kinder stark gestiegen ist. Vielerorts reicht dies jedoch noch nicht aus, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Um die familiären Strukturen beschreiben zu können, wird neben den genannten Aspekten das Heirats- und Scheidungsverhalten sowie die Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden betrachtet. Letztere sind in der Regel noch mehr als andere auf flexible Arbeitszeitmodelle und außerfamiliäre Kinderbetreuung angewiesen.

Kinderbetreuungsquoten: Weitere Annäherung an den Bundesdurchschnitt

In Niedersachsen wurde 2013 mit 24,4 % jedes vierte Kind unter drei Jahren zum Stichtag 1. März in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung bzw. öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Die Betreuungsquote lag damit 4,9 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 29,3 %. Der Abstand hat sich jedoch weiter verringert, und der Durchschnitt der westdeutschen Länder (24,2 %) wurde leicht überschritten (Tab. 6). Die höchsten Quoten wiesen die ostdeutschen Länder mit einer Spanne von 43,7 % in Berlin bis 57,7 % in Sachsen-Anhalt auf. Hamburg stach mit 38,4 % unter den westdeutschen Ländern heraus. Die Zahl der betreuten Kinder hat sich gegenüber dem Vorjahr in Niedersachsen um +11,9 % auf 46 134 Kinder erhöht,

gegenüber 2008 um mehr als das Anderthalbfache. Nur 8,5 % der unter 3-jährigen Kinder wurden in Niedersachsen ganztägig – mehr als sieben Stunden – betreut. In Thüringen lag die Quote mit 44,8 % am höchsten, in Baden-Württemberg mit 8,3 % am niedrigsten.

Als Qualitätsindikator für die Kinderbetreuung kann der Personalschlüssel herangezogen werden, der das zahlenmäßige Verhältnis zwischen betreuten Kindern und pädagogischem Personal angibt. Empfohlen wird ein Verhältnis von 3:1, also ein Personalschlüssel von 3,0. In Niedersachsen betrug dieser 4,2 im Jahr 2013, bundesweit 4,6. In den ostdeutschen Ländern, wo zwar die Betreuungsquoten hoch sind, fällt der Personalschlüssel aber viel höher aus und lag zwischen 5,4 in Thüringen und 6,7 in Sachsen-Anhalt.

Bei der Quote der ganztägig betreuten Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren (Tab. 7) lag Niedersachsen 2013 weiterhin trotz Anstiegs um +2,6 Prozentpunkte auf 21,6 % im Ländervergleich an vorletzter Stelle. Der Bundesdurchschnitt betrug 39,3 % (Westdeutschland: 32,0 %).

Mehr Elterngeldbeziehende

Für die im Jahr 2012 geborenen Kinder gab es 2014 insgesamt 75 417 beendete Leistungsbezüge von Elterngeld (Tab. 8). Der Anstieg betrug +4,3 % im Vergleich zur Zahl für im Jahr 2011 geborene Kinder, sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit (834 359). Der Anteil der Väter bei den beendeten Bezügen stieg in allen Ländern an, in Niedersachsen um +1,1 Prozentpunkte auf 21,5 % (bundesweit: 23,3 %). Seit Einführung des Elterngeldes 2007 war dies der höchste Wert.

Die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter lag in Niedersachsen bei 3,3 Monaten und erreichte das Niveau des Bundesdurchschnitts (3,2 Monate). Am niedrigsten war die Dauer mit 2,8 Monaten in Bayern und in Bremen mit 4,4 Monaten am höchsten. Die Mindestbezugsdauer von Elterngeld muss vom zweiten Elternteil – in den allermeisten Fällen sind das die Väter – zwei Monate betragen.

Der Anteil der Mütter und Väter, die vor Erhalt von Elterngeld erwerbstätig waren, stieg erneut, und zwar um einen Prozentpunkt auf 87,1 % bei den Männern und um +0,6 Prozentpunkte auf 64,5 % bei den Frauen. Bundesweit lagen die Anteile höher: 89,9 % bei den Vätern (+0,7 Prozentpunkte) und 67,1 % bei den Müttern (+1,4 Prozentpunkte).

Mehr Menschen in Teilzeit erwerbstätig

Ein Mittel, Familie und Beruf zu vereinbaren, ist die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten. In Niedersachsen stieg die

Anteil der männlichen Leistungsbezieher am Elterngeld 2014 für im Jahre 2012 geborene Kinder in Prozent



Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeit von 2008 bis 2013 um +13,1 % auf 1,1 Mio. (Tab. 9). Nur in Bremen war der Anstieg mit +14,1 % höher. Bundesweit nahm die Zahl um +8,5 % auf 10,8 Mio. zu. Die Betrachtung der mittelfristigen Entwicklung ist aufgrund methodischer Umstellungen im Mikrozensus jedoch eingeschränkt (siehe Einführung). Gegenüber 2012 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Niedersachsen um +2,1 % (Bundesdurchschnitt: +3,2 %). Bis auf Schleswig-Holstein (-2,1 %) gab es in allen Ländern ein Plus. Sonst reichte die Spanne von +0,7 % im Saarland bis +6,6 % in Hamburg. Gemessen an allen Erwerbstätigen arbeiteten in Niedersachsen 30,4 % in Teilzeit. Hiervon waren 81,5 % (896 000) Frauen. Nur in Bayern (81,8 %) war der Frauenanteil noch höher. Die niedrigsten Anteile gab es in den Stadtstaaten und in Ostdeutschland (Deutschland: 78,8 %).

Zahl der Alleinerziehenden gestiegen

Von 2012 zu 2013 stieg die Zahl der Alleinerziehenden in Niedersachsen entgegen dem Bundestrend (-0,7 %) um +1,6 % auf rund 240 000 (Tab. 10). Anstiege gab es außerdem in Berlin (+1,3 %), Thüringen (+1,7 %) und Bayern (+2,2 %). Mittelfristig sank in Niedersachsen die Zahl der Alleinerziehenden um -2,6 % (bundesweit: +0,4 %). Der Frauenanteil unter den Alleinerziehenden geht nur langsam auf hohem Niveau zurück. 2013 lag er in Niedersachsen mit 85,4 % auf dem Bundesniveau (85,6 %). Fünf Jahre zuvor waren es 87,7 % (deutschlandweit: 85,9 %).

Weniger Eheschließungen und Scheidungen

2013 haben sich in Niedersachsen 37 405 Paare standesamtlich trauen lassen. Gegenüber 2012 betrug der Rückgang -4,0 %, der Anstieg im Jahr davor war demnach nur kurzfristig. Auch in allen anderen Ländern sank die Zahl der Eheschließungen (bundesweit: -3,6 % auf 373 660), am stärksten im Saarland mit -9,4 %, am schwächsten mit -0,4 % in Hamburg. Auch mittelfristig zeigt sich eine Tendenz zu weniger Eheschließungen. In Niedersachsen betrug der Rückgang zwischen 2008 und 2013 rund -4,7 % (bundesweit: -0,9 %).

Gemessen an 10 000 Einwohnern gab es in Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 64 die meisten und in den Stadtstaaten, wo die Beziehungszahl zwischen 38 und 40 lag, die wenigsten Heiraten. In Niedersachsen wurden je 10 000 Einwohner 48 Ehen geschlossen, bundesweit 46,3.

Auch die Zahl der Ehescheidungen ging 2013 zurück. In Niedersachsen gab es mit 17 307 hiervon 2,8 % weniger als 2012 und 15,0 % weniger als 2008. Bundesweit betrug der Rückgang -5,2 % bzw. -11,5 %. Nur in Bremen stieg die Zahl um +0,9 % gegenüber 2012. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag der Wert in Niedersachsen mit 22,2 im oberen Drittel der Länder (Bundesdurchschnitt: 21,1). Auf 13 Eheschließungen kamen 2013 etwa sechs Scheidungen, 2008 waren es noch 6,7.

Erwerbstätigkeit

Methodische Vorbemerkung: Datenrevisionen des Mikrozensus und der Beschäftigtenzahlen

Die folgenden Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung berücksichtigen die Revision vom August 2014. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (30.06.2013) liegt deutschlandweit demnach um +1,2 % (Niedersachsen: +1,3 %) höher als die zuvor publizierten, da die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung überprüft und um neue Personengruppen erweitert wurde. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind die Zahlen um +5,1 % höher (Niedersachsen: +3,8 %), da die Beschäftigungsart nun genauer bestimmt werden kann.

Auch der Mikrozensus, auf den sich die Angaben zu den Erwerbstätigen beziehen, unterlag einer Revision (siehe Einführung). Daher weichen die Zahlen für das Jahr 2012 von zuvor publizierten Angaben ab.

Abgeschwächte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, aber dennoch leichte Zuwächse bei der Beschäftigung

Wie bereits die Jahre zuvor entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt auch 2013 positiv – allerdings erneut weniger stark. Die Zahlen der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stiegen gegenüber 2012 noch leicht an. Niedersachsens Entwicklung lag dabei minimal über dem Bundesdurchschnitt. Hingegen sind zwischen 2012 und 2013 die Arbeitslosenzahlen gestiegen.

In Niedersachsen waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 2013 insgesamt 3,8 Mio. Menschen erwerbstätig (Tab. 11, Zuordnung nach dem Wohnortprinzip). Bundesweit gab es 39,6 Mio. erwerbstätige Frauen und Männer.

Das Plus von rund 47 000 Personen bzw. +1,2 % gegenüber dem Vorjahr entsprach dem des Bundesdurchschnitts (+1,1 %). Im Vergleich zu 2008 betrug der Anstieg +4,9 %, er lag damit deutlich über dem Bundeswert von +2,3 % und war der zweithöchste hinter Berlin (+6,1 %). Jeder zehnte Erwerbstätige war 2013 selbstständig (9,8 %).

Die Erwerbstätigenquoten sind ebenfalls gestiegen: Der Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen gleichaltrigen Frauen stieg von 2012 zu 2013 um rund einen Prozentpunkt auf 68,4 %. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt (2013: 68,8 %) hat sich damit verringert. Bei den Männern wurde mit einer Quote

von 77,8 % das Bundesniveau (77,7 %) leicht übertroffen (Tab.12).

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) stieg in Niedersachsen auch 2013 an (Tab. 13). Ende Juni betrug die Zahl 2,7 Mio. Menschen, so viele wie noch nie. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 1,3 %, weiterhin noch etwas über dem Bundesdurchschnitt (+1,1 %). Allerdings haben sich die Zuwachsraten im Vergleich zu 2012 in allen Ländern abgeschwächt. Mittelfristig zeigt sich ein deutlicherer Unterschied der Zuwachsraten: Niedersachsen weist den höchsten Anstieg aller Flächenländer auf. Nur in den Stadtstaaten Hamburg (+9,5 %) und Berlin (+13,1 %) war die Entwicklung von 2008 bis 2013 stärker als in Niedersachsen (+9,4 %). Bundesweit wurde ein Plus von 6,9 % registriert.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag in Niedersachsen im Juni 2013 mit 45,2 % ganz leicht über dem Niveau des Vorjahres (+0,1 Prozentpunkte). In Ostdeutschland waren etwa die Hälfte der Beschäftigten (49,7 %) Frauen. In Mecklenburg-Vorpommern (51,6 %) und in Berlin (51,3 %) stellten die Frauen sogar mehr als die Hälfte der Beschäftigten.

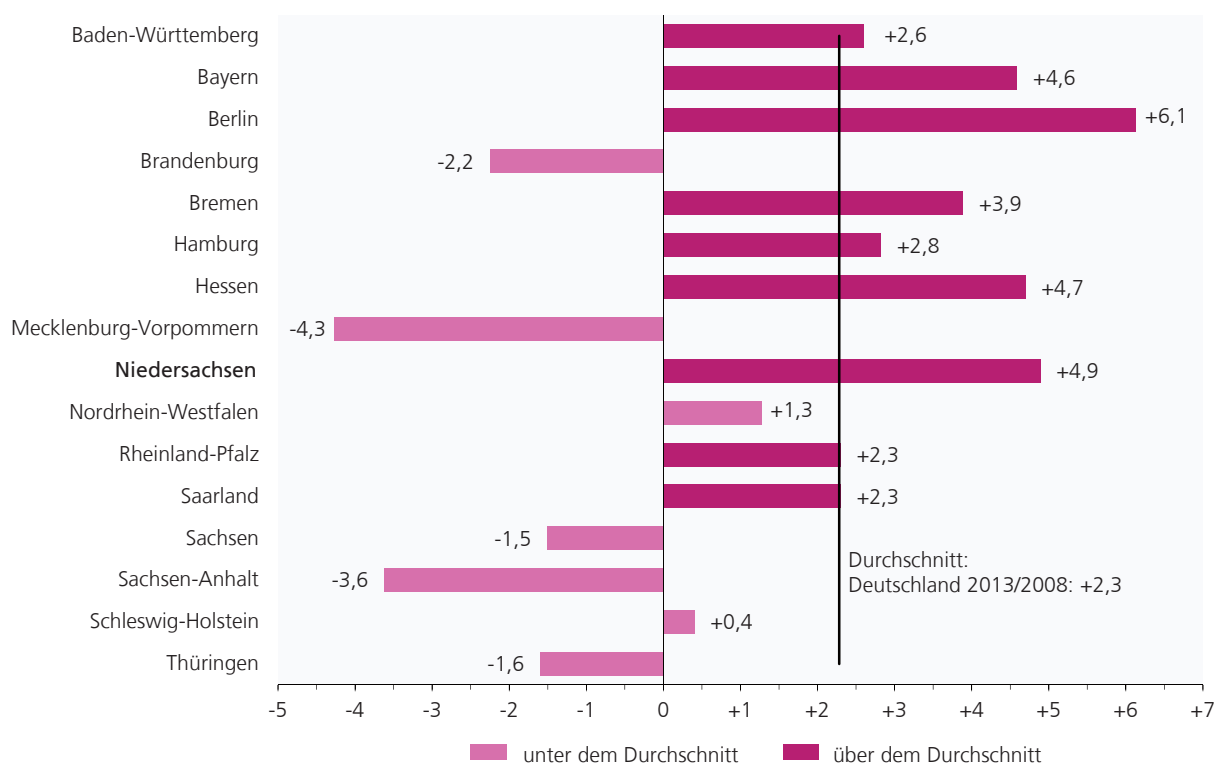
Anstieg der geringfügigen Beschäftigung

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung, ein sogenannter Minijob, lag im betrachteten Zeitraum vor, wenn das Arbeitsentgelt hieraus regelmäßig im Monat 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) nicht überschritten hat. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten wurden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob und am Arbeitsort gezählt.

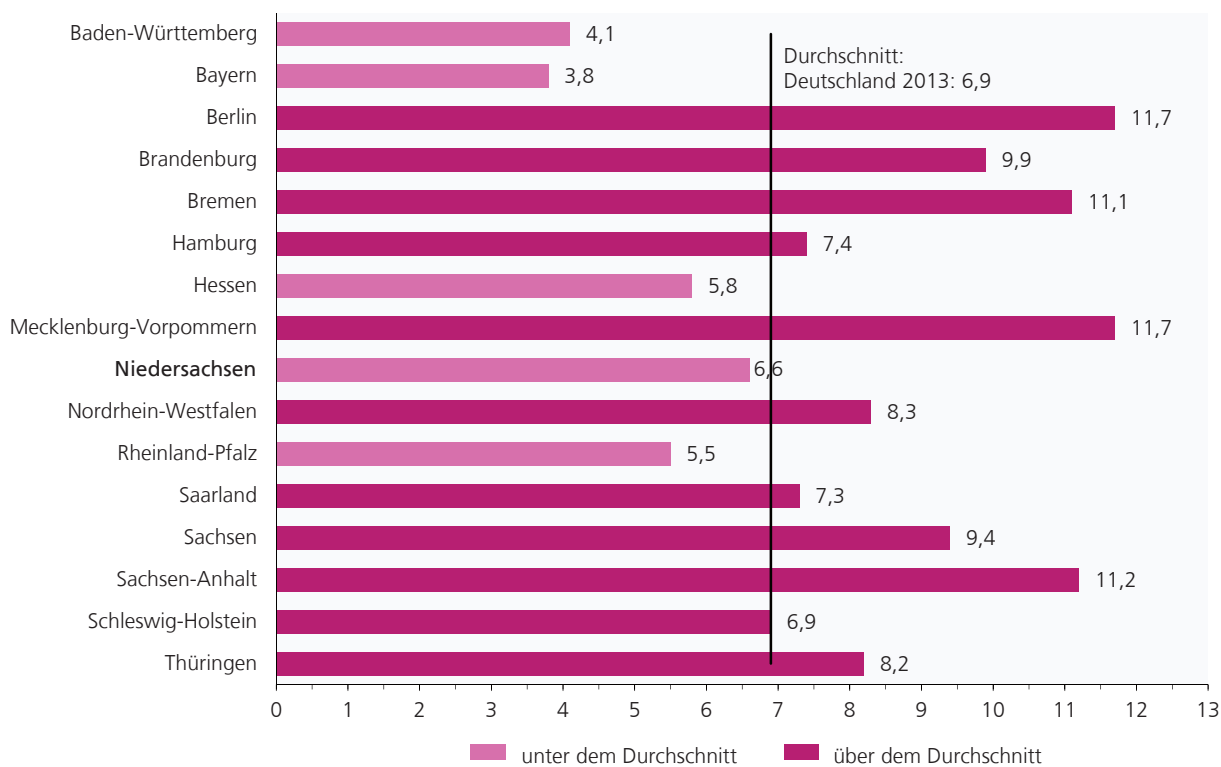
Am 30. Juni 2013 gingen in Niedersachsen 527 408 Personen einer geringfügigen Beschäftigung nach (Tab. 14). Bundesweit waren es 5,1 Mio. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Wert in Niedersachsen um rund +4 500 Personen bzw. um +0,9 %, das war etwas mehr als im Bundesdurchschnitt (+0,7 %). Außer in Thüringen gab es in allen Ländern einen Anstieg, den höchsten in Berlin mit +2,5 %. Mittelfristig stieg die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten um +0,9 %. In Niedersachsen war der Anstieg mit +0,4 % nur halb so hoch, am höchsten war er in Hamburg und Berlin (+5,8 % bzw. +5,6 %). In sechs Ländern, darunter vier ostdeutschen, ging die Zahl dagegen zurück, am stärksten in Thüringen um -7,5 %.

Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Niedersachsen lag 2013 mit 66,5 % knapp über dem bundesweiten Wert (64,8 %).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2008 bis 2013 in Prozent



Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2013 in Prozent



Deutliches Plus bei den Hochqualifizierten

Wie schon 2012 konnten die Hochqualifizierten besonders stark von der relativ guten Wirtschaftslage profitieren. Ihre Zahl stieg stärker als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt. Das liegt an den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes, hat jedoch auch mit dem höheren Qualifizierungsniveau jüngerer Erwerbstätiger gegenüber älteren bzw. ausgeschiedenen Beschäftigten zu tun.

In Niedersachsen war 2013 jeder sechste Erwerbstätige (16,7 %) hochqualifiziert, d.h. rund 631 000 Beschäftigte verfügten über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss oder über eine Promotion (Tab. 15). Der Abstand zum Bundesdurchschnitt (18,2 %) lag wie 2012 zwar bei -2,5 Prozentpunkten. Die Gesamtzahl der Hochqualifizierten nahm jedoch kurz- sowie mittelfristig überdurchschnittlich zu (+5,8 % bzw. +13,7 %; deutschlandweit: +5,1 % bzw. +11,4 %). Nur in Brandenburg (-1,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-5,4 %) gab es mittelfristig Rückgänge, von 2012 auf 2013 war dies lediglich mit -1,4 % im Saarland der Fall.

Mehr Arbeitslose – aber Arbeitslosenquote unverändert

Im Folgenden werden, anders als in früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors*, Angaben zur Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt statt zu einem Stichtag gemacht. Bei der Jugendarbeitslosigkeit wird somit eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Ländern hergestellt, die sonst von den unterschiedlichen Sommerferienterminen beeinflusst würde. Erste Zahlen zu 2014 befinden sich im Schlusskapitel.

Im Jahresdurchschnitt waren 2013 in Niedersachsen 269 201 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das bedeutet eine Zunahme von +4 668 Personen bzw. +1,8 % gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +1,8 %). Im Fünf-Jahres-Vergleich verzeichnete Niedersachsen allerdings -11,2 % weniger Arbeitslose. Bundesweit sank die Zahl seit 2008 um -9,5 % auf zuletzt 2,95 Mio. Menschen. Deutlicher als in Niedersachsen gingen die Arbeitslosenzahlen mittelfristig in den ostdeutschen Ländern Thüringen (-28,9 %), Sachsen (-28,0 %), Sachsen-Anhalt (-24,3 %), Brandenburg (-24,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-20,2 %) zurück. Diese Länder waren es auch, gemeinsam mit Berlin, die 2013 niedrigere Zahlen als noch ein Jahr zuvor registrierten (Ostdeutschland: -3,0 %).

Trotz des absoluten Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen blieb die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Niedersachsen mit 6,6 % gegenüber 2012 unverändert; die Arbeitslosenquote für Deutschland betrug 6,9 % (+0,1 Prozentpunkte). Die Stabilität der Quote trotz gestiegener Absolut-Zahlen der Arbeitslosen erklärt sich daraus, dass auch der Nenner der Quote – die Zahl der zivilen Erwerbspersonen – anstieg.

Während in den süddeutschen Ländern Bayern (3,8 %) und Baden-Württemberg (4,1 %) nur ca. 4 % aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet waren, lag die Quote in Ostdeutschland bei 10,3 %. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern waren die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt mit jeweils 11,7 % am höchsten.

Wer in der Arbeitslosenstatistik z.B. aufgrund einer Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme nicht als arbeitslos gezählt wird, wird in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen. Um ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung zu ermöglichen, veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit ergänzend die Unterbeschäftigungsquote. Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die regionale Struktur der Arbeitslosenquote spiegelt auch jene der Unterbeschäftigungsquote wider. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote 2013 bei 8,5 %, bundesweit bei 8,9 %.

Mehr jugendliche Arbeitslose als im Vorjahr

Im Jahresdurchschnitt 2013 waren in Niedersachsen 27 429 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet (Tab. 17). Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme von +4,1 % (Deutschland: +0,8 %). Im Vergleich zu 2008 sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen jedoch um -13,0 % (Deutschland: -18,4 %). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen stieg von 2012 zu 2013 um +0,2 Prozentpunkte auf 6,0 % und lag damit im Bundesdurchschnitt (+ 0,1 Prozentpunkte). Die Arbeitslosenquote der männlichen lag mit 6,5 % (Niedersachsen und Deutschland) über dem Wert der weiblichen Jugendlichen (Niedersachsen: 5,5 %; Deutschland: 5,3 %).

Wirtschaftsleistung stagniert ...

Im Jahr 2013 gab es kein Wirtschaftswachstum. Die wirtschaftliche Leistung Niedersachsens lag auf dem Niveau des Vorjahres. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung veränderte sich 2013 real um -0,0 % im Vergleich zu 2012 (Tab. 18). Im Vorjahr war noch ein Zuwachs von +0,4 % zu verzeichnen. Im Bundesdurchschnitt wuchs das BIP 2013 um +0,4 %. In Berlin (+1,2 %), Bayern (+1,0 %) sowie Baden-Württemberg und Hessen (jeweils +0,9 %) waren die relativ höchsten Zuwächse festzustellen. Das Saarland (-1,3 %) und Sachsen-Anhalt (-1,2 %) meldeten die stärksten Rückgänge. Niedersachsen steuerte mit knapp 239 Mrd. Euro (in jeweiligen Preisen) einen Anteil von 8,7 % zum gesamtdeutschen BIP bei. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen allein 21,9 %.

Im mittelfristigen Vergleich wuchs das niedersächsische BIP von 2008 bis 2013 real um +5,0 % und legte deutlicher zu als der Bundesdurchschnitt mit +3,1 %. In diesem Zeitraum konnten nur Bayern (+8,5 %) und Berlin (+6,2 %) höhere reale Zunahmen aufweisen. Im Zeitverlauf zeigt sich eine starke Abschwächung des Wachstumstempos bis zum leichten Rückgang: Das BIP Niedersachsens stieg 2010 um +4,9 %, 2011 um +4,2 %, 2012 um +0,4 % und 2013 wie oben ausgeführt um -0,0 %.

... aber Zahl der Erwerbstätigen steigt trotzdem leicht

Die Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder wies für Niedersachsen 2013 gut 3,8 Mio. Erwerbstätige aus (Tab. 19). Dies entsprach einer Zunahme von +0,7 % im Vergleich zu 2012, ein Zehntelprozentpunkt über dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs von +0,6 %. Mittelfristig war das Plus von 5,1 % deutlicher gegenüber dem Bundesdurchschnitt von +3,7 % ausgeprägt. Berlin hatte mit +9,3 % die höchste Zunahme. Die Berechnung bezieht sich auf alle erwerbstätigen Personen am **Arbeitsort** des betreffenden Landes.

Bruttowertschöpfung: Zuwachsplus in der Land- und Forstwirtschaft, Rückgänge im Verarbeitenden Gewerbe, leichtes Wachstum im Dienstleistungssektor

Der Anteil des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) an der gesamten Bruttowertschöpfung (BWS) belief sich 2013 in Niedersachsen auf 1,6 % (bundesweit: 0,8 %) und erreichte ein Volumen von knapp 3,4 Mrd. Euro (in jeweiligen Preisen). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die reale BWS um +4,2 % (Tab. 20). Nur in Brandenburg (+7,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+4,9 %) waren die Zunahmen höher. Relativ starke Rückgänge gab es hingegen in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils -4,5 %.

Das niedersächsische Produzierende Gewerbe (sekundärer Sektor) erreichte 2013 nicht das Niveau des Vorjahres. Die BWS blieb real um -1,5 % unter dem Ergebnis von 2012 (Tab. 21). Sie sank damit in Niedersachsen stärker als im Bundesdurchschnitt (-0,1 %). Relativ deutliche Rückgänge mussten das Saarland (-4,3 %), Sachsen-Anhalt (-2,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-2,5 %) hinnehmen. Dagegen hatten Baden-Württemberg und Bremen (jeweils +1,2 %) die höchsten Zuwächse. Der Anteil des niedersächsischen Produzierenden Gewerbes an der gesamtdeutschen BWS im Produzierenden Gewerbe lag 2013 bei 9,0 %. Nordrhein-Westfalen trug hierzu mit einem Fünftel bei (20,8 %).

Die dienstleistenden Wirtschaftsbereiche (tertiärer Sektor) sind die bedeutendsten der niedersächsischen Wirtschaft. Zwei Drittel (67,2 %) der BWS entfielen 2013 auf diese Bereiche (Tab. 22). Auf Bundesebene waren es 69,0 %. Im Vergleich zu 2012 stieg die BWS in Niedersachsen im tertiären Sektor real um +0,7 %, was dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs entsprach. Von 2008 bis 2013 stieg sie real um +6,1 % und damit stärker als der Bundesdurchschnitt mit +3,6 %.

Immer weniger Unternehmensinsolvenzen

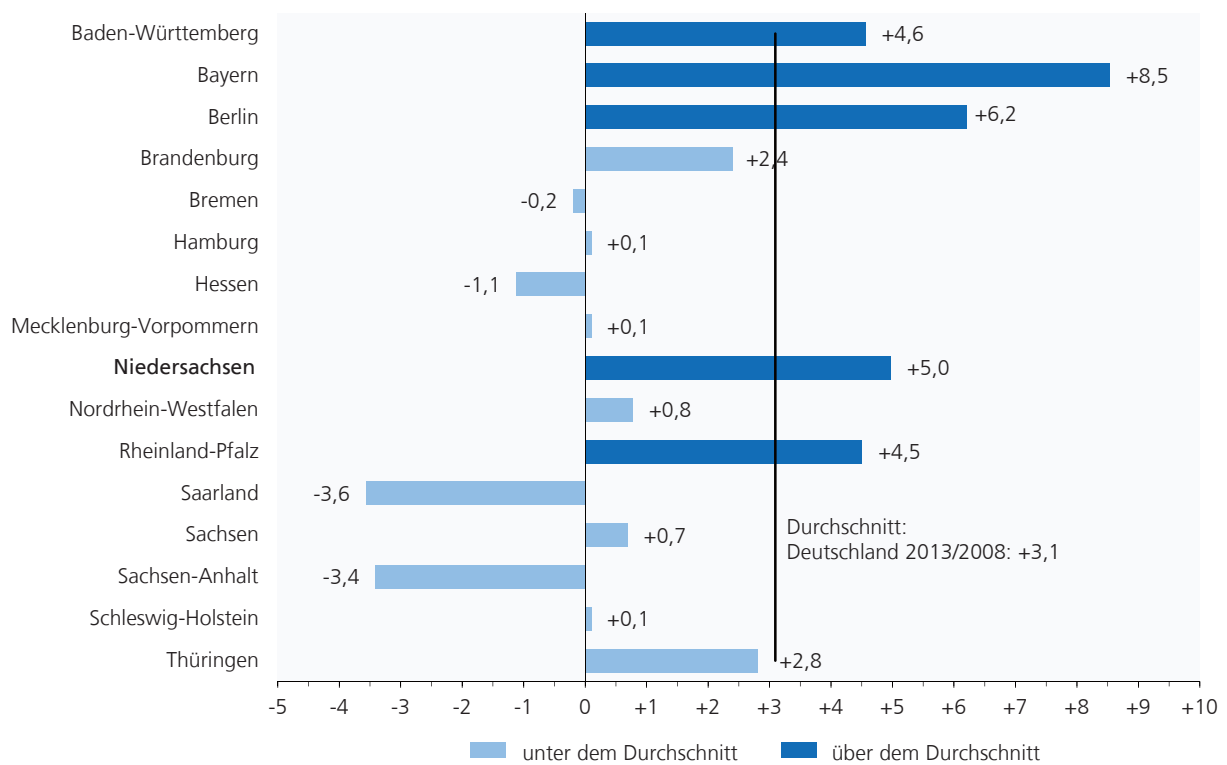
Auch 2013 sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr, und zwar um -3,8 % auf 2 227 (Tab. 23). Bundesweit ging die Zahl sogar noch stärker um -8,1 % zurück. In Hamburg (+29,2 %), Sachsen-Anhalt (+7,8 %) und Hessen (+7,2 %) wurden dagegen deutliche Zunahmen verzeichnet. Im Vergleich der letzten fünf Jahre sank die Zahl der Insolvenzen in Niedersachsen um -4,5 %, bundesweit um -11,3 %.

Mehr kleinere und mittlere Unternehmen – Anteil am Gesamtumsatz aber geschrumpft

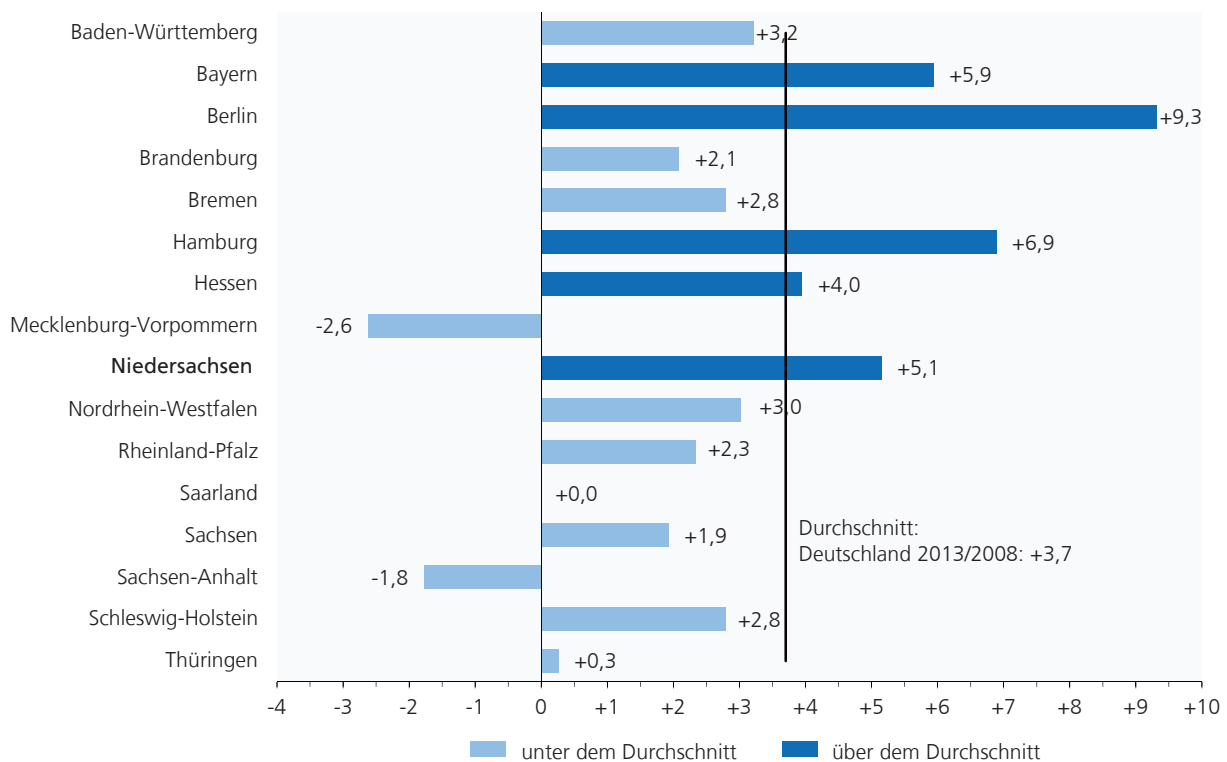
Die Tabelle 24 zeigt Anzahl und Gewicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), also jene mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro. Eine Teilmenge davon sind Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Lieferungen und Leistungen.

2012 gab es in Niedersachsen 274 448 KMU. Die meisten davon, nämlich 256 574, waren Kleinstunternehmen. Niedersachsens KMU erzielten Umsätze von 198,2 Mrd. Euro. Das war ein Anteil von 38,5 % an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen. Ein knappes Drittel davon entfiel auf die Kleinstunternehmen.

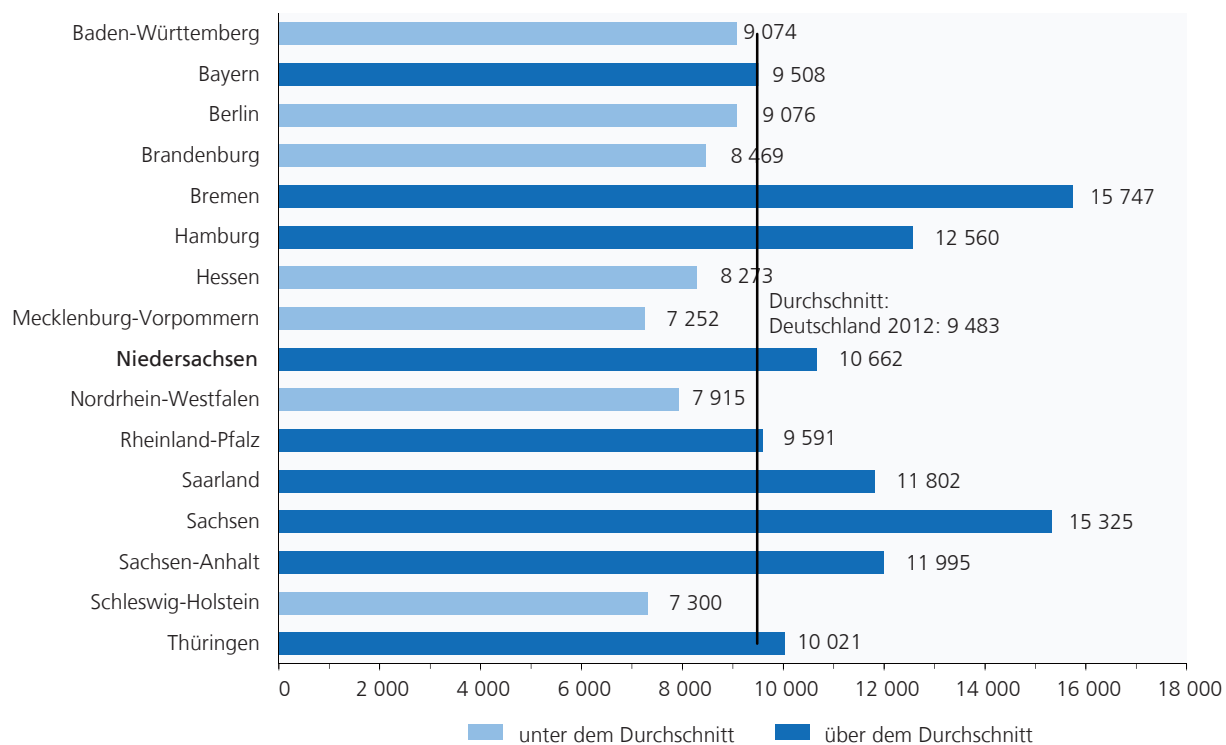
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2008 bis 2013 in Prozent



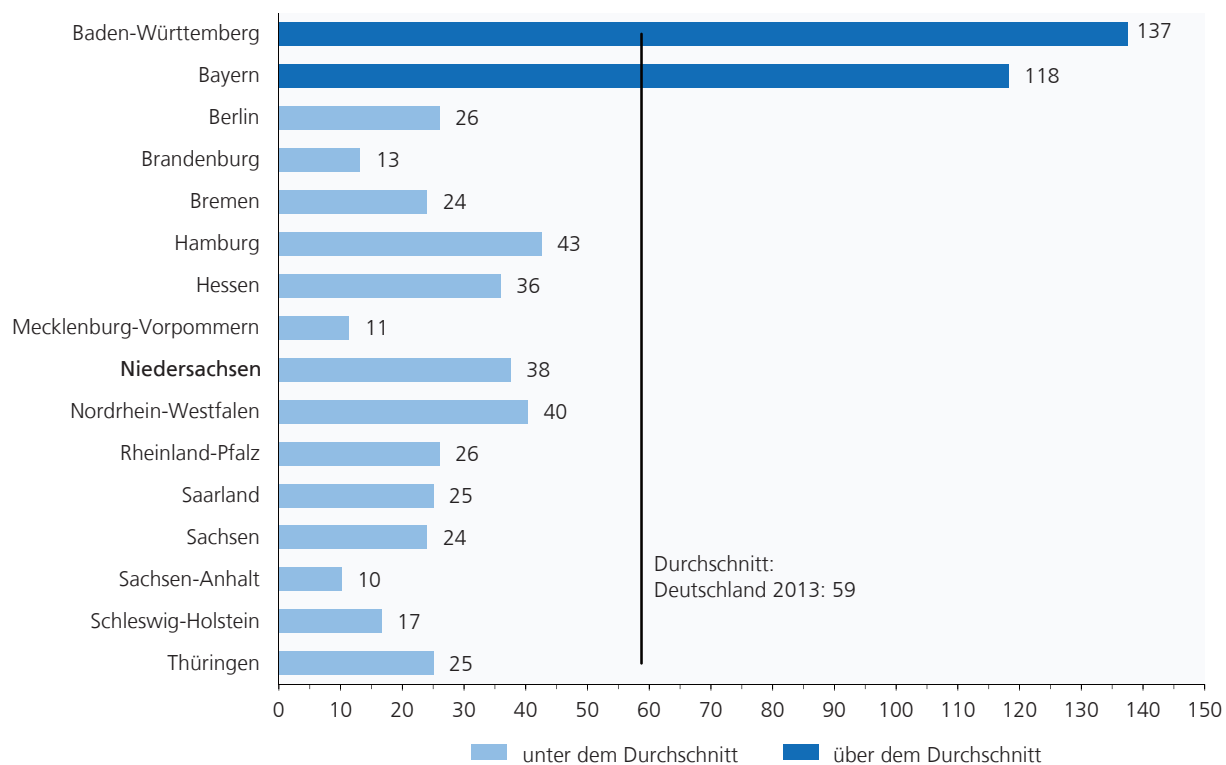
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2008 bis 2013 in Prozent



Investitionen je tätiger Person 2012 in Euro - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2013



Im Zeitvergleich nimmt der KMU-Anteil langsam aber kontinuierlich ab. 2007 betrug er noch 39,3 %. Im Bundesvergleich ist Niedersachsens KMU-Anteil dagegen leicht überdurchschnittlich. Im Ländervergleich ist vor allem der hohe KMU-Anteil von 57,9 % (2012) in Ostdeutschland auffällig, national lag er bei nur noch 36,8 %.

Sinkende Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe

Die Umsatzentwicklung der Unternehmen im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stellte sich 2013 im Vergleich zum Vorjahr negativ dar. Der Gesamtumsatz sank um -2,1 % auf 191 Mrd. Euro (Tab. 25). Auf Bundesebene war die Entwicklung mit durchschnittlich -0,3 % ebenfalls negativ. In Niedersachsen entfielen auf jeden Beschäftigten umgerechnet knapp 367 000 Euro, dies waren 75 000 Euro mehr als im nationalen Mittelwert.

Das Bauhauptgewerbe konnte dagegen einen nominalen Umsatzzuwachs von +2,1 % auf knapp 10,8 Mrd. Euro im Vergleich zu 2012 verzeichnen (Tab. 26). Bundesweit legte das Bauhauptgewerbe um +3,0 % zu. Allerdings ging dieser Zuwachs stark auf Preiserhöhungen zurück; der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden stieg in Niedersachsen 2013 um +2,2 %.

Zahl der Übernachtungen leicht rückläufig

Das Rekordergebnis des Vorjahres konnte 2013 bei der Zahl der gebuchten Übernachtungen nicht ganz erreicht werden. Mit 39,9 Mio. gebuchten Übernachtungen lag die Zahl um -0,3 % unter der von 2012 (Tab. 27). In Deutschland wurden knapp 412 Mio. Übernachtungen registriert (+1,1 % gegenüber 2012). Im Vergleich zu 2008 nahm die Gästezahl in Niedersachsen um +8,1 % zu, bundesweit um +11,4 %. Relativ starke Zuwächse gab es im Saarland (+11,2 %), Hamburg (+8,4 %) und Berlin (+7,6 %).

8,9 % der niedersächsischen Gäste kamen aus dem Ausland, bundesweit waren es 17,5 %. Besonders die Stadt Berlin war bei ausländischen Gästen ein Anziehungspunkt, 42,9 % aller Gäste kamen hier aus dem Ausland.

Verfügbares Einkommen steigt weiter an

Die Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens hatten 2012 ein verfügbares Einkommen von durchschnittlich 19 739 Euro (Tab. 28), ein Plus von 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Auf Bundesebene war der Anstieg prozentual gleich hoch, das Einkommen pro Person lag jedoch um 768 Euro höher als in Niedersachsen. Deutlich überdurchschnittliche Einkommen erzielten die Einwohnerinnen und Einwohner in Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg.

Bruttoverdienste steigen – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern fast unverändert

Die Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen konnten weiter steigende durchschnittliche Bruttojahresverdienste erzielen. Sie lagen 2013 bei 43 026 Euro und damit um +1,6 % über dem Wert von 2012 (Tab. 29). Auf Bundesebene war mit einem Plus von 1,2 % eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Die Bruttojahresverdienste lagen hier bei durchschnittlich 45 523 Euro und damit knapp 2 500 Euro über dem Niedersachsenwert.

In Deutschland sind weiterhin die Bruttoverdienste von Frauen niedriger als die der Männer. Der Abstand wird allmählich kleiner, beträgt jedoch beim Bruttojahresverdienst von Vollzeitbeschäftigten (mit Sonderzahlungen und Boni) und beim Verdienstabstand von Frauen und Männern in Voll- und Teilzeitarbeit – dem Gender Pay Gap – rund ein Fünftel (Näheres im Kapitel Gleichstellung).

2013 betrug der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 82,9 % von dem der Männer (2008: 80,1 %), bundesweit waren es 80,7 % (2008: 79,0 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap der Frauen betrug 2013 wie 2012 in Niedersachsen 20 %, fünf Jahre zuvor waren es noch 23 %. In Westdeutschland gab es nur in Schleswig-Holstein (17 %) einen geringeren Abstand. In Ostdeutschland war er mit 8 % einstellig, aber steigend (2008: 6 %). Bundesweit lag der Gender Pay Gap bei 22 %.

Anstieg der Investitionen 2012

Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden wurden 2012 um +4,0 % höhere Investitionen als 2011 getätigt (Tab. 30). Die Bruttoausgaben beliefen sich auf knapp 5,5 Mrd. Euro. Auf Bundesebene lag die Zunahme bei +3,2 % und hatte ein Gesamtvolumen von knapp 56,4 Mrd. Euro. Auf die tätigen Personen bezogen erreichten die Bruttoausgaben in Niedersachsen ein Niveau von 10 662 Euro je Person. Im Bundesdurchschnitt lag dieser Wert mit 9 483 Euro deutlich niedriger.

Weniger Patentanmeldungen

Die Zahl der niedersächsischen Patentanmeldungen war 2013 weiter rückläufig und sank wie im Vorjahr um -1,1 % auf 2 924 (Tab. 31). Dieser Rückgang steht im Gegensatz zum bundesweiten Plus von 1,5 %. Prozentual hohe Zuwächse – allerdings auf niedrigem Niveau – gab es in Brandenburg (+7,7 %) und Bremen (+6,7 %). Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner entfielen in Niedersachsen 38 und im Bundesdurchschnitt 59 Patentanmeldungen.

Ausfuhr sinkt

Das fortwährende Exportwachstum der niedersächsischen Wirtschaft nach dem Einbruch 2009 konnte sich 2013 nicht fortsetzen. Der Wert der ausgeführten Güter ging im Vergleich zum Vorjahr um -1,6 % auf 77,6 Mrd. Euro zurück (Tab. 32). Bundesweit stagnierte die Entwicklung der Ausfuhr, und der Export ging leicht um -0,2 % auf ein Volumen von knapp 1,1 Billionen Euro zurück. In Mecklenburg-Vorpommern (+16,8 %) und in Hessen (+4,2 %) gab es dagegen relativ hohe Zunahmen. Niedersachsens Anteil am gesamten deutschen Export betrug 8,7 %. Die höchsten Anteile an der deutschen Ausfuhr hatten mit je rund einem Fünftel Nordrhein-Westfalen (20,2 %), Baden-Württemberg (19,5 %) und Bayern (18,8 %).

Im mittelfristigen Vergleich stieg die niedersächsische Ausfuhr von 2008 bis 2013 um +3,5 %. Dieser Zuwachs lag damit aber unter der gesamtdeutschen Entwicklung von +11,1 %. Besonders Hamburg (+57,2 %) und Sachsen (+35,6 %) erreichten deutliche Steigerungsraten.

Einfuhr ebenfalls rückläufig

Auch die Einfuhr nach Niedersachsen verlief 2013 rückläufig. Es wurden Waren im Wert von 82,2 Mrd. Euro importiert, -8,0 % im Vergleich zu 2012 (Tab. 33). Bundesweit ging das Importvolumen weniger stark zurück (-1,1 %) und erreichte einen Wert von 896 Mrd. Euro. 2013 gab es mit Sachsen-Anhalt (+3,7 %), Thüringen (+2,9 %), Hessen (+2,0 %) und Nordrhein-Westfalen (+1,5 %) nur vier Länder, die ihre Einfuhren gegenüber dem Vorjahr steigern konnten. Niedersachsen hatte 2013 einen Anteil von 9,4 % am gesamtdeutschen Import. Stärkstes Importland war Nordrhein-Westfalen, auf das fast ein Viertel der bundesdeutschen Einfuhr entfiel (23,5 %). Danach folgten mit je rund einem Sechstel Bayern (16,7 %) und Baden-Württemberg (16,0 %).

Im Zeitraum 2008 bis 2013 steigerten die niedersächsischen Importeure die Einfuhr von Waren um +12,0 %. Das Plus lag damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von +10,8 %. Insbesondere Sachsen-Anhalt (+38,9 %) und Brandenburg (+32,9 %) ragten dabei – bei niedrigem Ausgangsniveau – heraus. Nur in Schleswig-Holstein (-8,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-0,2 %) gab es im Fünfjahresvergleich Rückgänge.

Wert der Auslandsinvestitionen weiter gestiegen

2012 stieg der Wert der niedersächsischen Investitionen im Ausland auf 83,8 Mrd. Euro. Bei diesen Investitionen handelt es sich um Bestandsgrößen in der Statistik der Kapitalverflechtungen der Unternehmen mit dem Ausland. Im Ver-

gleich zu 2011 betrug die Steigerung +7,5 % (Tab. 34). Für Deutschland insgesamt ergab sich 2012 eine Steigerung um +4,8 % auf knapp 1,2 Billionen Euro. Daran hatte Niedersachsen einen Anteil von 7,2 %. Auch bei diesem Merkmal trug Nordrhein-Westfalen mit über einem Viertel (27,2 %) den größten Teil bei. Auf Bayern entfielen 22,6 %, auf Baden-Württemberg 16,7 %. Der eindeutige Schwerpunkt lag auf den westdeutschen Investoren: 97,5 % aller Auslandsinvestitionen wurden von diesen getätigt.

Von 2007 bis 2012 stieg der Wert der niedersächsischen Auslandsinvestitionen um +41,5 %. Dieser Zuwachs lag damit um 4,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von +37,2 %. Auffallend waren die sehr hohen Steigerungsraten von Sachsen-Anhalt (+1 369 %) und Brandenburg (+814 %), die allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau ausgingen. Alle Länder hatten in dem betrachteten Zeitraum positive Zuwachsraten.

Investitionen aus dem Ausland gesunken

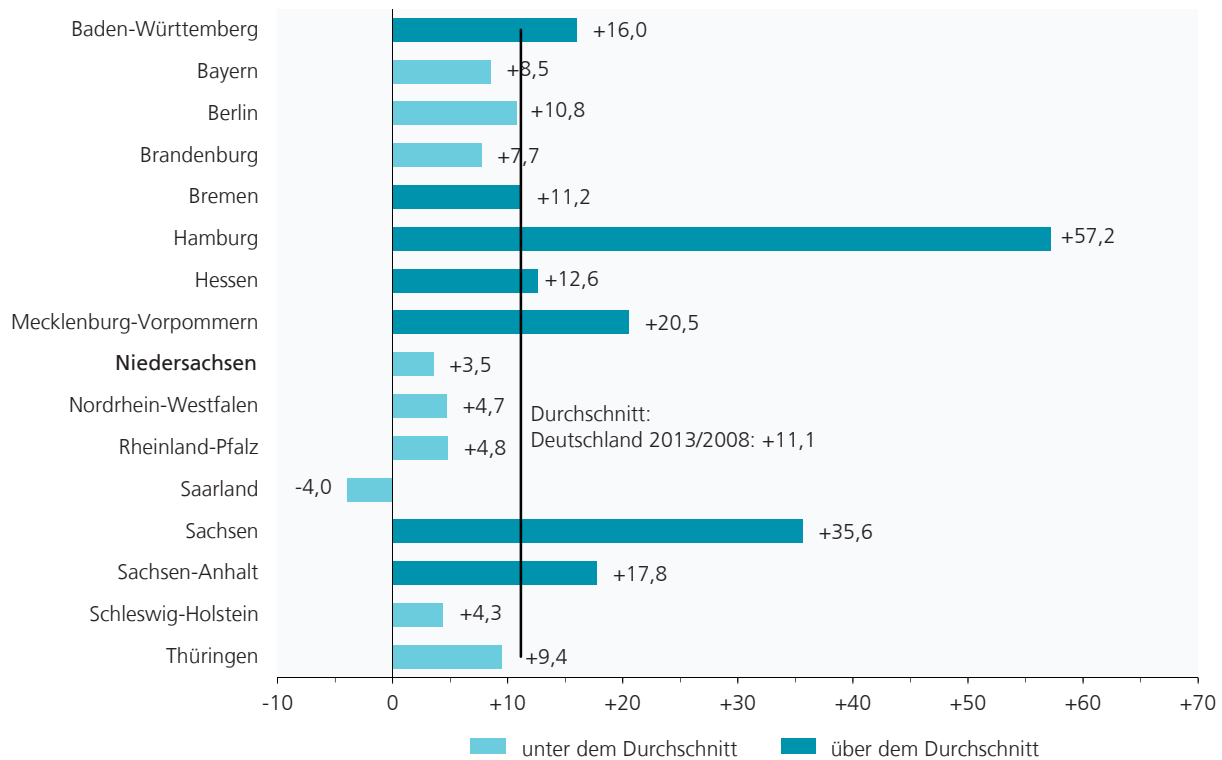
Der Wert des Investitionsbestandes ausländischer Kapitalgeber in Niedersachsen ging 2012 gegenüber dem Vorjahr um -1,6 % auf 32,4 Mrd. zurück (Tab. 35). Deutschlandweit war eine Zunahme von +2,8 % zu verzeichnen. Insgesamt hatten die Investitionen einen Wert von knapp 793 Mrd. Euro. Auf Niedersachsen entfiel dabei ein Anteil von nur 4,1 %. Hauptzielland der Auslandsinvestoren war Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 27,5 %. Danach folgte Hessen mit 17,3 %.

Im Zeitraum 2007 bis 2012 legte der Wert der unmittelbaren Direktinvestitionen in Niedersachsen um die Hälfte (+51,4 %) zu, bundesweit war es weniger als ein Viertel (+22,6 %). Nur in Sachsen-Anhalt (-24,9 %) und im Saarland (-14,8 %) war mittelfristig ein Rückgang festzustellen.

Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe geht zurück

Der Umsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden im Ausland war im Jahr 2013 rückläufig und sank im Vergleich zu 2012 um -2,5 % auf 84,9 Mrd. Euro (Tab. 36). Im Bundesdurchschnitt wurde ein Zuwachs von +1,5 % errechnet. Der vom niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe im Ausland erzielte Umsatz hatte einen Anteil von 44,4 % am Gesamtumsatz. Im Bundesmittel lag dieser Anteil bei 45,8 %. Sechs Länder erwirtschafteten über die Hälfte ihres Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe im Ausland. Der höchste Anteil war in Bremen mit 55,1 % zu verzeichnen, gefolgt von Berlin (53,2 %), Baden-Württemberg (52,6 %), Rheinland-Pfalz (52,5 %), Bayern (52,2 %) und Hessen (50,9 %).

Veränderung der Zahl der Ausfahren 2008 bis 2013 in Prozent



Beim mittelfristigen Vergleich von 2008 bis 2013 ergab sich für Niedersachsen eine Zunahme des Auslandsumsatzes von +5,0 % und bundesweit von +7,8 %.

Erneut mehr Zuzüge aus dem Ausland als Fortzüge in das Ausland

Sämtliche Bundesländer hatten 2013 mehr Zuzüge als Fortzüge aus dem bzw. in das Ausland zu verzeichnen (Tab. 37) als im Vorjahr. Zudem stieg dieser Saldo weiter an. In Niedersachsen lag die Zunahme des Saldos bei +7 415 auf +34 935. Den höchsten Zuwachs des Saldos gab es in Nordrhein-Westfalen mit +12 012 auf 81 264 Personen. Danach folgten Baden-Württemberg (+7 561 auf 71 487) und Bayern (+7 462 auf 83 562). Grundsätzlich ist in den einwohnerstarken Ländern die Steigerung des Saldos am höchsten und bei den einwohnerschwachen am niedrigsten. Hamburg bildete dabei eine Ausnahme und hatte einen verhältnismäßig hohen Anstieg des Saldos. Der geringste Anstieg war im Saarland mit +666 (auf 4 324) festzustellen.

Auch im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2008 gab es in allen Bundesländern einen Anstieg des Wanderungssaldos. Für Niedersachsen ergab sich eine Differenz von 33 985.

Am größten war sie in Bayern mit 95 664 und am niedrigsten war sie im Saarland (+3 470).

Mit der Messzahl „Wanderungen je 1 000 Einwohner“ kann die Wanderungsintensität dargestellt werden. In Niedersachsen lag 2013 der Wert bei +4,5, das ist zwar ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um gerundet +1,0, jedoch lag hier Niedersachsen unter den westdeutschen Ländern an vorletzter Stelle. Bundesweit belief sich der Wanderungssaldo gemessen an je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf +5,4 (Anstieg um +0,8). Deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen die Stadtstaaten Hamburg (+10,6), Berlin (+10,0) und Bremen (+7,9). Bei den Flächenländern rangierten Baden-Württemberg, Hessen und Bayern (alle +6,7) vorn. Die geringste Intensität gab es in Sachsen (+2,4). In allen Ländern stieg der Saldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner sowohl kurz- als auch mittelfristig an und hatte einen positiven Wert.

Ursächlich für die positiven Zahlen waren die immer noch relativ günstige Arbeitsmarktsituation und die guten Verdienstmöglichkeiten in Deutschland, die Menschen aus anderen EU-Ländern, in denen die Lage schlechter war, anzog. Es gab aber auch einen erheblichen Zuwachs an Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Vertreibung flohen.

Darstellungsweise der Kern- und Extrahaushalte

Seit Ende der 1980er Jahre verlagern Bund, Länder und Kommunen zunehmend Teile ihres Wirkungskreises in ausgegliederte Einheiten, die in der amtlichen Statistik als öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (kurz FEU) bezeichnet werden. Beispiele hierfür können kommunale Entsorgungsbetriebe in einer privaten Rechtsform, IT-Dienstleister als Landesbetriebe oder auch Fonds wie die Klosterkammer in Niedersachsen sein. Diese Einheiten wurden schon seit den 1990er Jahren in das Berichtssystem der öffentlichen Finanzen in der amtlichen Statistik einbezogen, sofern sie mehrheitlich von der öffentlichen Hand kontrolliert wurden und der Hauptsitz in Deutschland lag. Eine Teilmenge der FEU stellen die **Extrahaushalte** dar. Extrahaushalte sind FEU, die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Das ist immer dann der Fall, wenn diese Einheiten zu mehr als 50 % durch die öffentliche Hand alimentiert werden. Finanziert sich die Einheit zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u.ä., wie beispielsweise ein kommunales Versorgungsunternehmen, handelt es sich um einen sogenannten Marktproduzenten und damit keinen Extrahaushalt.

Die unmittelbaren Haushalte des Bundes und der Länder, der Kommunen sowie der Sozialversicherungen werden als **Kernhaushalte** bezeichnet. Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den **öffentlichen Gesamthaushalt**, der für das Land Niedersachsen und seine Kommunen in den Tabellen 38 bis 44 dargestellt ist.

Die betrachteten Finanzgrößen in den Tabellen 38 bis 44 beziehen sich, um die Daten unter den Ländern vergleichbar zu machen, auf die Haushalte der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden insgesamt. Tabelle 45 hingegen bildet den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Gesamteinnahmen und Steuereinnahmen gestiegen

Mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens und Sachsen-Anhalts konnten 2013 in allen Ländern im Vergleich zum Vorjahr um +3,6 % steigende Gesamteinnahmen (Tab. 38) registriert werden. Die höchsten Steigerungsraten ergaben sich in Hamburg (+9,0 %) und Bayern (+7,4 %). In Niedersachsen fiel der Zuwachs der bereinigten Einnahmen mit +3,4 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt etwas geringer aus. Gegenüber 2010 wuchsen die Einnahmen Niedersachsens um etwa ein Fünftel (+19,5 %, bundesweit um +18,3 %).

Pro Kopf gerechnet konnten Länder und Kommunen bundesweit über Einnahmen von 5 681 Euro verfügen. Die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Einnahmen hatten die Stadtstaaten Hamburg mit 7 913 Euro, Bremen mit 7 302 Euro und Berlin mit 7 227 Euro. Die Gesamteinnahmen des Landes und der Kommunen in Niedersachsen lagen mit 5 156 Euro deutlich unter dem Schnitt aller Länder. Geringere Pro-Kopf-Einnahmen wurden nur im Saarland (4 975 Euro) verzeichnet.

Die Steuereinnahmen (Tab. 39) entwickelten sich im Jahr 2013 in allen Ländern positiv; im Schnitt aller Länder und Kommunen um +4,0 %. Insgesamt machten so die Steuereinnahmen mit 65,9 % etwa zwei Drittel der Gesamteinnahmen der Haushalte aus. Die höchsten Zuwächse konnten in Schleswig-Holstein mit +8,2 % und Brandenburg mit +7,6 % erzielt werden, die geringsten in Hamburg (+1,8 %) und Nordrhein-Westfalen (+2,6 %). Die Steigerung in Niedersachsen belief sich auf +3,8 % und lag damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt (+4,0 %). Pro Kopf gerechnet nahmen 2013 das Land Niedersachsen und seine Kommunen 3 526 Euro Steuern ein, bundesweit betrug dieser Wert 3 744 Euro.

Alle Länder und Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland beanspruchten 11,0 % des Bruttoinlandsproduktes als Steuereinnahmen für sich.

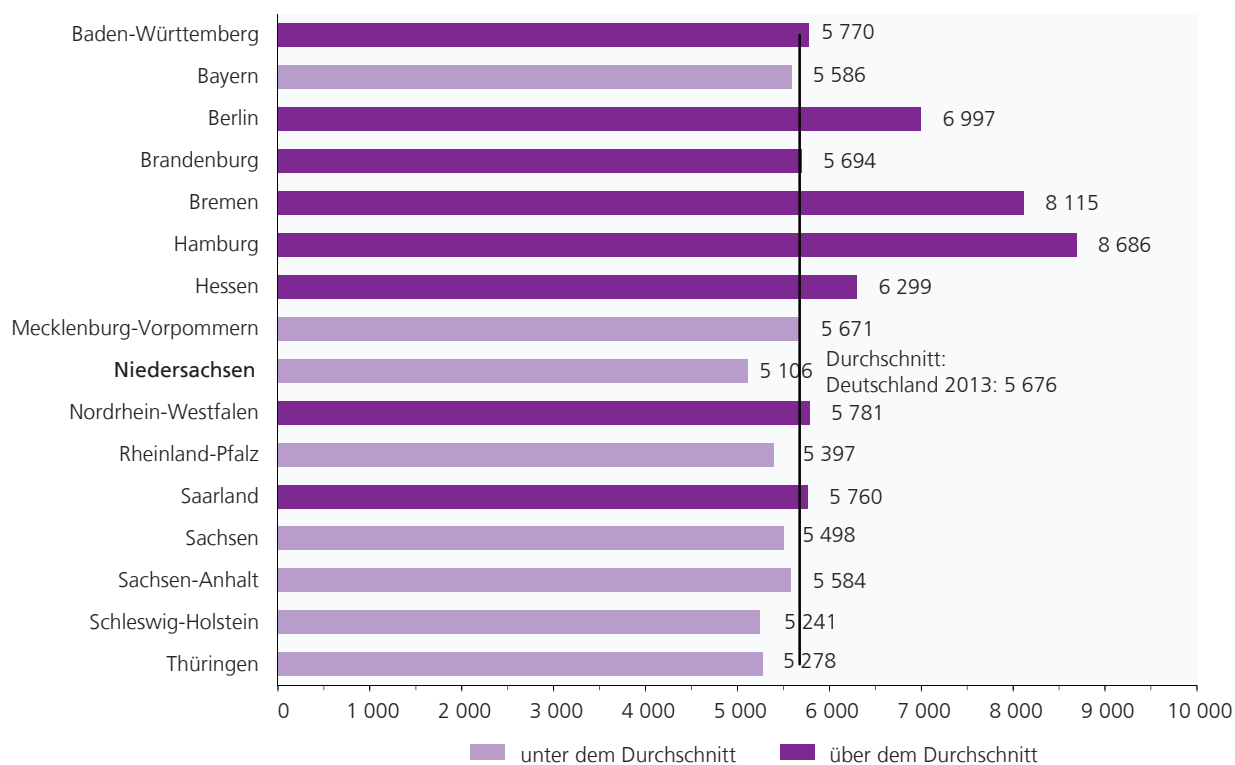
Gesamtausgaben moderat gestiegen

In den meisten Ländern wuchsen im Jahr 2013 die Gesamtausgaben moderat, im Bundesdurchschnitt um +1,6 % (Tab. 40). In Niedersachsen stiegen die Ausgaben von Land und Gemeinden überdurchschnittlich um +2,0 % auf einen Betrag von 5 106 Euro je Einwohner. Die signifikantesten Zuwächse wurden in Hamburg (+10,6 %) und Baden-Württemberg (+8,2 %) gemessen. Immerhin in fünf Ländern (Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hessen) konnten die Pro-Kopf-Gesamtausgaben dagegen reduziert werden.

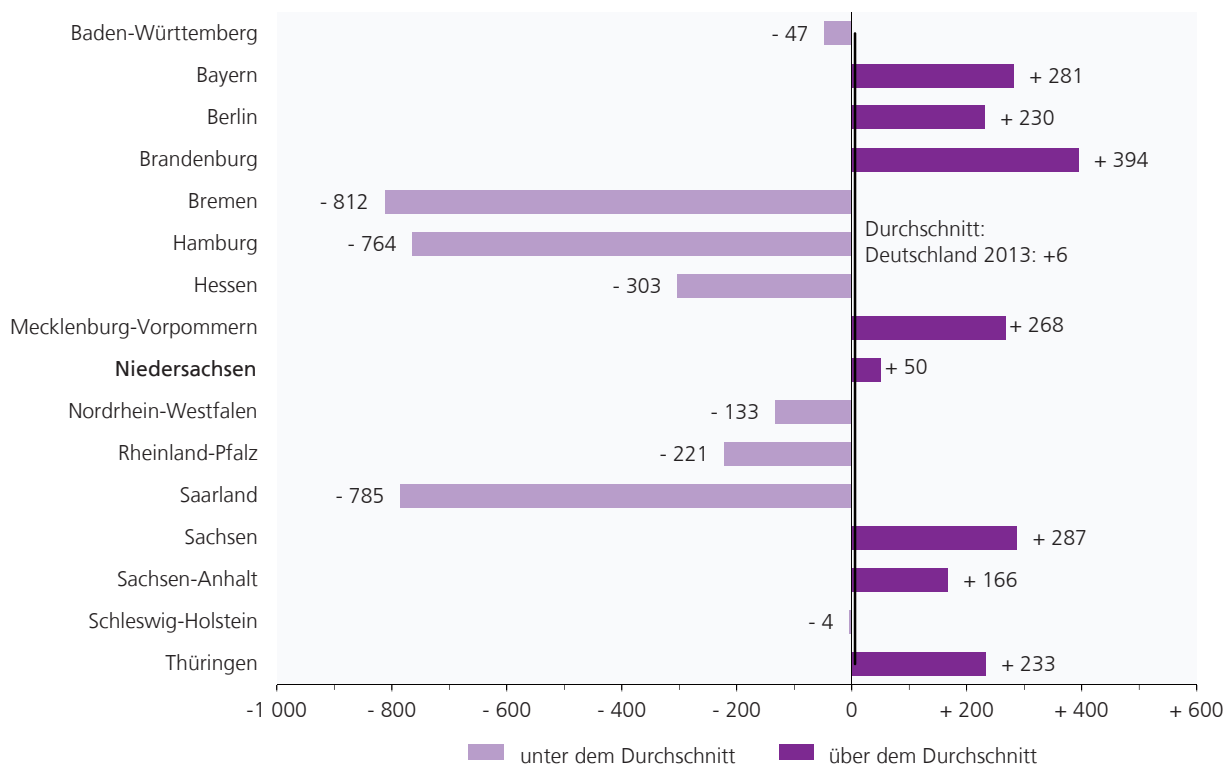
Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben wiesen 2013 wie seit jeher die Stadtstaaten auf: Hamburg 8 686 Euro, Bremen 8 115 Euro und Berlin 6 997 Euro. Bundesweit betrug dieser Wert 5 676 Euro. Vom Land und den Kommunen Niedersachsens hingegen wurden 2013 mit 5 106 Euro die geringsten Ausgaben je Einwohner getätigt.

Signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Ländern werden beim Anteil der Gesamtausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich. In Westdeutschland belief sich dieser Quotient 2013 auf 16,0 %, in Ostdeutsch-

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen je Einwohner 2013 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohner 2013 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



land auf 22,7 %. Diese Unterschiede sind ein Indiz für die immer noch unterschiedliche Wirtschaftskraft zwischen west- und ostdeutschen Ländern. In Niedersachsen lag der Quotient bei 16,6 %.

Die Personalausgaben (Tab. 41) wuchsen bundesweit mit +3,3 % deutlich stärker als die Gesamtausgaben. Bei dem Land und den Kommunen Niedersachsens betrug dieser Zuwachs sogar +4,4 %. Auch hier zeigten sich bei den Stadtstaaten – pro Kopf gerechnet – die höchsten Ausgaben: Bremen mit 3 014 Euro, Hamburg mit 2 926 Euro und Berlin mit 2 497 Euro. Niedersachsen hat in dieser Kategorie zwar nicht den niedrigsten Wert, jedoch lag dieser mit 2 198 Euro noch unter dem Bundesdurchschnitt von 2 246 Euro. Die geringsten Ausgaben für Personal wurden in Thüringen (2 012 Euro), Brandenburg und Schleswig-Holstein (jeweils 2 015 Euro) gezahlt.

Bundesweit belief sich die Personalausgabenquote, der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben, auf 39,6 %, in Niedersachsen auf 43,1 %.

Positiver Finanzierungssaldo in Niedersachsen

Bundesweit konnten alle Länder und Kommunen einen knappen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben erzielen. In absoluten Zahlen beträgt der Saldo 411 Mio. Euro, pro Kopf gerechnet 6 Euro. In der Hälfte aller Länder, darunter alle ostdeutschen, konnten 2013 positive Salden erwirtschaftet werden, so auch in Niedersachsen (388 Mio. Euro absolut, 50 Euro je Einwohner).

Betrug für Ostdeutschland der Finanzierungssaldo auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen +1,0 %, lag dieser Wert in Westdeutschland hingegen bei -0,2 %.

Die höchsten Überschüsse pro Kopf konnten in Brandenburg (394 Euro), Sachsen (287 Euro) und Bayern (281 Euro), die größten Defizite in Bremen (-812 Euro), Saarland (-785 Euro) und Hamburg (-764 Euro) berechnet werden.

Öffentliche Verschuldung in Niedersachsen leicht gestiegen, Zinsausgaben rückläufig

Insgesamt hatten die öffentlichen Haushalte der Länder und Kommunen am Ende des Jahres 2013 einen Schulden-

stand von 760 032 Mio. Euro, wobei mit 68 879 Mio. Euro rund 9,1 % auf das Land Niedersachsen und seine Gemeinden entfielen (Tab. 44). Die Schuldenlast in allen Ländern konnte gegenüber dem Vorjahr um -2,6 % reduziert werden. Im Gegensatz zu diesem Trend nahm die Verschuldung in Niedersachsen um +0,4 % zu. Am deutlichsten konnten die Schulden in Sachsen (-9,5 %), Nordrhein-Westfalen (-7,0 %) und Bayern (-4,9 %) reduziert werden. Die höchsten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr wurden im Saarland (+4,5 %), Thüringen (+3,2 %) und Baden-Württemberg (+2,5 %) verzeichnet.

Mit einer Verschuldung pro Kopf von 8 843 Euro lag Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt von 9 431 Euro. Die mit deutlichem Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung war wiederum in Bremen zu verzeichnen (30 615 Euro); danach folgten Berlin (17 799 Euro) und das Saarland (16 859 Euro). Die geringste Verschuldung konnte für Sachsen (2 086 Euro), Bayern (3 200 Euro) und Baden-Württemberg (6 662 Euro) errechnet werden.

Die Kreditfinanzierungsquote – als Quotient der Differenz der Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung und der Gesamtausgaben – betrug in Niedersachsen 3,2 %. Die mit Abstand höchsten Kreditfinanzierungsquoten wurden für Bremen (+11,3 %) und das Saarland (+11,0 %) berechnet. Bundesweit betrug dieser Wert -3,8 %.

Spiegelbildlich zu den Schuldenständen verhält es sich zu den Zinsausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte (Tab. 42). In Niedersachsen waren 2013 die Zinsausgaben mit -10,7 % gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Sie beliefen sich auf insgesamt 2 042 Mio. Euro oder 262 Euro je Einwohner.

Bundesweit reduzierten sich die Ausgaben der Länder und Kommunen um -9,3 %. Die deutlichsten Senkungen der Zinslast konnten in Nordrhein-Westfalen (-24,5 %), Brandenburg (-17,5 %) und Sachsen-Anhalt (-12,1 %) berechnet werden, wohingegen für Baden-Württemberg eine Zunahme von +18,5 % ausgewiesen wurde.

Die höchsten Zinszahlungen pro Kopf wurden für Bremen (983 Euro), Berlin (565 Euro) und das Saarland (577 Euro) berechnet. Die geringsten Zinsausgaben je Einwohner wurden für Sachsen (105 Euro) und Bayern (117 Euro) registriert.

Immer weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher

In Niedersachsen verließen 2012 insgesamt 4 773 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 46). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 312 bzw. 6,1 % Schülerinnen und Schüler weniger. Im bundesweiten Durchschnitt wurde ein Rückgang von -3,8 % auf 47 584 verzeichnet. Im Saarland (+8,2 %), Brandenburg (+2,0 %), Sachsen (+1,3 %) und Baden-Württemberg (+0,5 %) gab es hingegen einen Anstieg der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss. Mittelfristig ist die Zahl der sogenannten Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher jedoch in allen Ländern – teilweise sehr deutlich – zurückgegangen, der Bundesdurchschnitt betrug -32,5 %. In Niedersachsen ging die Zahl ebenfalls um fast ein Drittel (-31,1 %) im Zeitraum 2007 bis 2012 zurück. Die Spanne reichte von einem Rückgang um ein Fünftel (-19,9 %) in Baden-Württemberg bis hin zur Halbierung der Zahl (-52,4 %) in Brandenburg. In den ostdeutschen Flächenländern war der Rückgang der Zahl der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss mit -39,8 % höher als in Westdeutschland mit -30,2 %.

Die „Schulabbrecherquote“ lag 2012 in Niedersachsen wie auch in Hessen bei 5,4 % und war im Vergleich zu 2011 um -0,4 Prozentpunkte zurückgegangen. Bundesweit betrug der Rückgang -0,2 Prozentpunkte auf 5,9 %. Nur Bayern (4,8 %), Baden-Württemberg (5,1 %) und das Saarland (5,2 %) hatten 2012 einen geringeren Anteil der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher als Niedersachsen.

Die „Schulabbrecherquote“ wird ab dieser Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors* nach dem Quotensummenverfahren (siehe hierzu auch die Erläuterungen im Kapitel Wissenschaft und Kultur) berechnet, indem zunächst die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt wird. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger weiter rückläufig

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ fasst Personen zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind (Tab. 47). In dieser Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors* wurden die Ergebnisse der Berechnungen des Europäischen Amtes für Statistik als Quelle herangezogen, da Angaben zum Jahr 2013 von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder

bis Redaktionsschluss noch nicht vorlagen. Die Berechnungsmethode ist identisch, Abweichungen bei den Ergebnissen bewegten sich in der Vergangenheit im Bereich von einem Zehntelprozentpunkt.

10,9 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen waren 2013 frühe Schulabgänger. Das war ein starker Rückgang von -1,2 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr (-2,1 Prozentpunkte gegenüber 2008). Dabei ist eine fortwährende Annäherung an den ebenfalls sinkenden Bundesdurchschnitt von 9,9 % (2012 noch 10,6 % und 2008 11,8 %) zu beobachten.

In sechs Ländern stieg 2013 der Anteil im Vorjahresvergleich an. Die Werte reichten von +0,4 Prozentpunkte in Thüringen bis +2,0 Prozentpunkte in Bremen, wo der Anteil mit 15,1 % ohnehin am höchsten war. Den stärksten Rückgang verzeichnete Schleswig-Holstein mit -2,5 Prozentpunkten. Den niedrigsten Anteil hatte mit Abstand Sachsen mit 6,6 %. Nur dort und in Hamburg lag der Anteil bei den Frauen höher als bei den Männern. Berlin verzeichnete nicht nur den höchsten Anteil bei den Männern von 15,2 %, sondern hier war auch der Abstand zu den Frauen mit 5,8 Prozentpunkten am größten. In Niedersachsen betrug die Differenz lediglich 0,6 Prozentpunkte (Männer: 11,2 %, Frauen: 10,6 %), im Bundesdurchschnitt lag er bei 1,1 Prozentpunkten.

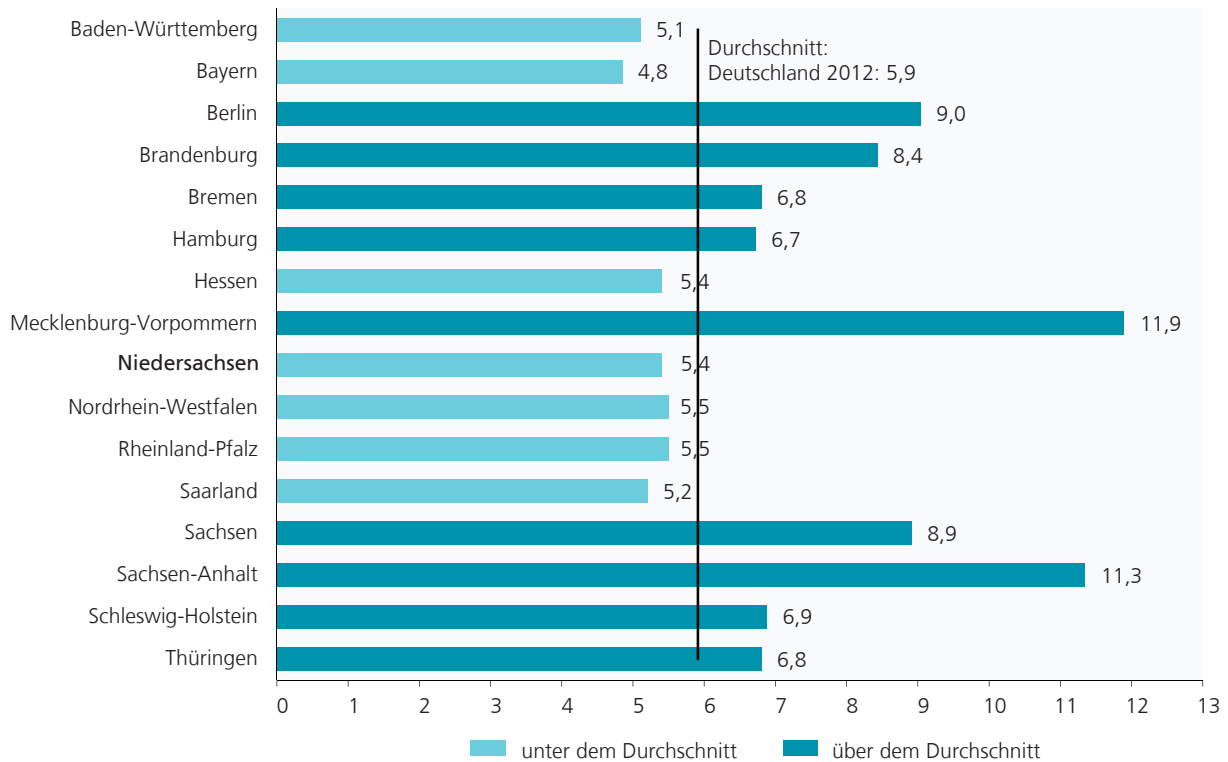
Abiturientenquote unterdurchschnittlich

Im Jahr 2012 erlangten 32 987 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife (Tab. 48). Der Rückgang gegenüber dem vorangegangenen Jahr von -14 898 Absolventen (-31,1 %) ist darauf zurückzuführen, dass in Niedersachsen im Jahr 2011 eine Verkürzung der Schulzeit von dreizehn auf zwölf Schuljahre zum Abitur eingeführt wurde.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche werden Abiturientenquoten berechnet – und zwar im *Niedersachsen-Monitor* wie zuvor schon die Schulabbrecherquote – nun erstmals nach dem sogenannten Quotensummenverfahren: Die Anzahl der Absolventen mit Hochschulreife jedes Geburtsjahres wird zur Bevölkerung im jeweiligen Alter gesetzt und schließlich werden die Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

In Niedersachsen lag die Abiturientenquote 2012 bei 36,7 %, was einem Rückgang um -15,2 Prozentpunkte gegenüber der sehr hohen Vorjahreszahl entsprach. Ursächlich hierfür war der doppelte Abiturjahrgang im Jahr 2011.

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss 2012 - Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent



Der Wert für Niedersachsen lag zwar klar unter dem Bundesdurchschnitt von 42,3 %. Die Differenz würde jedoch geringer ausfallen, wenn die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012 keinen doppelten Abiturjahrgang gehabt und somit nicht den Bundesdurchschnitt nach oben verzerrt hätten. Die Quoten lagen in diesen Ländern mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozentpunkte überall bei über 62 %. Am höchsten war sie in Bremen (65,4 %).

Auf Grund der doppelten Abiturjahrgänge ist die Aussagekraft dieser Indikatoren stark eingeschränkt. Aussagekräftig ist aber die mittelfristige Entwicklung: Im Vergleich von 2007 zu 2012 gab es in Niedersachsen einen Anstieg der Abiturientenquote um gerundet +9,2 Prozentpunkte.

Da es erklärtes bildungspolitisches Ziel ist, möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen, rücken Abschlüsse seit einiger Zeit stärker

in den Fokus, die – wenn auch zum Teil fachlich eingeschränkt – zu einem Studium berechtigen. Zu nennen ist hier insbesondere die Fachhochschulreife. Bezieht man Absolventinnen und Absolventen mit solchen Abschlüssen mit in die Berechnung des Anteils der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung ein, ergibt sich die sogenannte Studienberechtigtenquote (Tab. 48), die ebenfalls mit dem Quotensummenverfahren berechnet wird.

Aufgrund des doppelten Abiturjahrganges in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen lag die Studienberechtigtenquote in diesen Ländern im Jahr 2012 bei über 70 %. In Baden-Württemberg lag diese Quote sogar bei 78,8 %. In Niedersachsen betrug der Anteil der Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung 51,5 %. Eine Studienberechtigtenquote von unter 40 % hatten Sachsen-Anhalt (37,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (39,2 %).

2012: Niedersachsen stellt 9,3 % der Studienberechtigten, aber nur 7,1 % der Erstsemester

Im Sommersemester 2012 und darauffolgendem Wintersemester nahmen insgesamt 35 304 Frauen und Männer ein Studium in Niedersachsen auf (Tab. 49). Das waren rund 7,1 % der bundesweit 495 088 Erstsemester. Im Vergleich dazu betrug der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner und berufsbildender Hochschulzugangsberechtigung an allen „Abiturienten“ 2012 in Niedersachsen 9,3 % (Tab. 48).

Die absolute Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ging in Niedersachsen wie im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. 2011 war die Zahl in Niedersachsen noch um 2 100 Personen höher. Dieser Wert ist allerdings durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre und dem doppelten Abiturjahrgang 2011 beeinflusst. Im Vergleich 2010 zu 2012 stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um ein Siebtel. Dies zeigt sich auch bei Betrachtung der Werte für Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen: Hier absolvierten 2012 zwei Jahrgänge das Abitur. Es sind gleichzeitig die einzigen Länder, in denen die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger zunahm.

Entsprechend zur Abiturientenquote kann auch für die Zahl der Erstimmatrikulierten eine Studienanfängerquote berechnet werden. Im Unterschied zu den vorangegangenen Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* wird die Studienanfängerquote erstmals nach dem „Quotensummenverfahren“ berechnet (Tab. 49). Durch die Anwendung des Verfahrens können Strukturbrüche in der Altersgliederung der Bevölkerung besser berücksichtigt werden. Zudem findet es im internationalen Vergleich Anwendung. Für die Berechnung wird zunächst die Studienanfängerzahl jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert. Abweichungen gegenüber den bisher dargestellten Studienanfängerquoten, bei denen die Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Bezug zum Durchschnitt der Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 25 Jahren gesetzt wurden, sind daher unvermeidlich.

Die Studienanfängerquote betrug 2012 in Niedersachsen 38,8 % und war damit nach Schleswig-Holstein (30,8 %) die niedrigste im Bundesgebiet (54,6 %). Mit deutlichem Abstand am höchsten waren die Quoten in den Stadtstaaten Bremen (97,3 %), Berlin (84,5 %) und Hamburg (83,2 %), in denen zahlreiche Studienplätze für Einwohner aus anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Sie verdeutlichen zudem die starke Anziehungskraft, die Großstädte

mit ihrem breiteren kulturellen und sozialen Angebot auf junge Menschen ausüben.

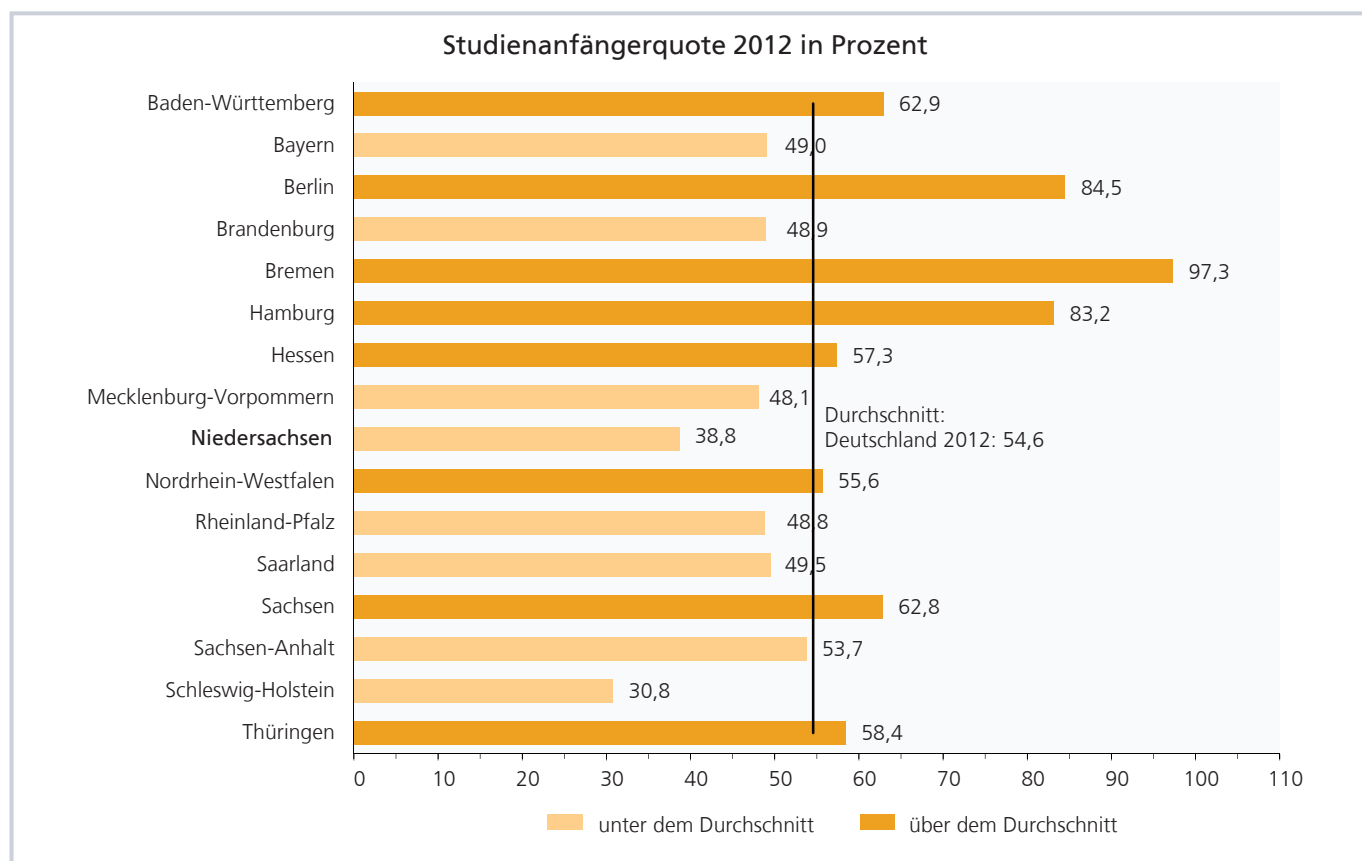
Im Vergleich zu 2007 nahm die Studienanfängerquote in Niedersachsen um +8,9 Prozentpunkte zu. Damit lag das Land deutlich unter der bundesweit durchschnittlichen Zuwachsrate von +17,5 Prozentpunkten, auch wenn diese durch doppelte Abiturjahrgänge in vier Ländern etwas verzerrt war. Geringere Zunahmen gab es nur in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.

Anteil der Bildungsausländer gesunken

Der Anteil von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern – d.h. Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben – kann als ein Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden. Bundesweit lag der Anteil 2012 bei 8,1 % (Tab. 50). Die bundesweit höchsten Anteile an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern wiesen 2012 Berlin (13,1 %) und das Saarland (11,8 %) auf. In Mecklenburg-Vorpommern (4,8 %) und Schleswig-Holstein (5,5 %) waren die Werte am niedrigsten. Niedersachsen verzeichnete mit 7,0 % einen unterdurchschnittlichen Anteil, der mittelfristig gegenüber 2007 zudem um -2,1 Prozentpunkte gesunken ist. Dieser Trend zeigt sich in abgeschwächter Form auch im Bundesdurchschnitt (-1,0 Prozentpunkte). Bis auf Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war die Entwicklung in allen Ländern rückläufig. Dies ist allerdings nicht mit einer absoluten Abnahme gleichzusetzen: Im Fünfjahresvergleich hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in den meisten Ländern erhöht.

Absolventenzahlen leicht rückläufig

2012 beendeten in Niedersachsen 21 615 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium (Tab. 51). Das waren fast 5 % weniger als im Jahr zuvor (-4,7 %). Mittelfristig war hingegen ein Anstieg von +5,6 % zu verzeichnen. Dies stellte allerdings die geringste Zunahme im Vergleich aller Länder dar: Im Durchschnitt nahm die Zahl der Absolventinnen und Absolventen zwischen 2007 und 2012 um +29,1 % zu, in Hamburg stieg sie in diesem Zeitraum um knapp die Hälfte (+48,5 %) am stärksten an. Die zeitliche Vergleichbarkeit der Zahlen ist allerdings eingeschränkt, da bis 2009 auch der Erwerb eines Masterabschlusses als Erststudium gezählt wurde. Da das Angebot an Masterstudiengängen an den Universitäten und je nach Studiengang zeitlich versetzt ausgebaut wurde, sind die Veränderungsdaten von 2007 zu 2012 nur eingeschränkt aussagefähig.



Steigende Zahl von Promovendinnen und Professorinnen

Das Geschlechterverhältnis bei den Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums war in allen Ländern nahezu ausgeglichen. Insgesamt schlossen etwas mehr Frauen (51,3 %) als Männer ein Studium erfolgreich ab. In Niedersachsen war der Wert mit 53,0 % noch etwas höher (Tab. 51). Auch die Zahl der Promovendinnen nimmt seit Jahren stetig zu (Tab. 52). Ihr Anteil lag 2012 in Niedersachsen bei 46,2 % gemessen an allen bestandenen Promotionen (2 240). In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurden 2012 sogar mehr Frauen als Männern der akademische Grad des „Doktors“ verliehen.

Der Anteil an Professorinnen ist ebenfalls steigend, allerdings sind diese nach wie vor unterrepräsentiert. Von den insgesamt 3 557 Professuren in Niedersachsen waren erst ein Viertel (24,3 %) von Frauen besetzt (Tab. 53). Etwa gleich hoch war der Anteil in Bremen (24,4 %), nur in Berlin war er deutlich höher (30,3 %). Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil nur rund ein Fünftel (20,4 %). Den Minimalwert im Ländervergleich verzeichnete Schleswig-Holstein mit 15,8 %. Im Zeitraum von 2007 zu 2012 nahm der Anteil der Professorinnen in allen Ländern jedoch zu.

Bundesweit höchste Ausgaben für Hochschulen je Studierenden

In Niedersachsen wurden 2010 rund 2,6 Mrd. Euro für die Hochschulen, d.h. Forschung, Lehre und zusätzliche Dienst-

leistungen wie Studentenwerke, ausgegeben (Tab. 55). Das entspricht 18 300 Euro je Studentin bzw. Student. Wie schon in den Vorjahren waren dies bundesweit die höchsten Ausgaben – im Durchschnitt betrugen sie 14 300 Euro. Der Anteil an sogenannten teuren Fächern (MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik sowie Medizin und Agrarwissenschaften) ist in Niedersachsen traditionell höher als in anderen Ländern. Bezieht man die Ausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), ändert sich dieses Bild ein wenig: Mit einem Anteil von 1,2 % am BIP lag Niedersachsen im Bundesdurchschnitt.

Im Jahr 2010 sind bezogen auf 2009 die Ausgaben für Hochschulen in allen Ländern gestiegen. In Niedersachsen lag die Zunahme mit +6,5 % um einen Prozentpunkt unter der des Bundesdurchschnitts (+7,5 %). Gegenüber 2005 stiegen die Ausgaben ebenfalls merklich: in Niedersachsen mit +32,0 % um fast ein Drittel (bundesweit +31,0 %). Auffällig ist das Saarland, welches als einziges Land die Ausgaben für Hochschulen zwischen 2005 und 2010 senkte (- 4,7 %).

Aktualisierte Daten zu öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher wurden in Tab. 54 die Angaben für 2009 aus dem *Niedersachsen-Monitor 2013* übernommen.

Aufkommen an Haushaltsabfällen leicht gesunken – hohe Recycling-Quote

Das Aufkommen an Haushaltsabfällen belief sich 2012 auf knapp 4 Mio. Tonnen. Unter diese Abfälle fallen Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle und getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung, wie z.B. Verpackungen, Glas und Papier bzw. Pappe und Karton. Der Einwohnerzahl entsprechend lag Niedersachsen bei der Höhe an vierter Stelle (hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, vgl. Tab. 59). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Abfallmenge um -1,2 % zurück, was etwa dem Bundesdurchschnitt (Abnahme um -1,3 % auf 36,7 Mio. Tonnen) entsprach. Aufgrund des hohen Aufkommens an Bioabfällen und Wertstoffen war die Gesamtabfallmenge Niedersachsens von 508 Kilogramm je Einwohner mit Rheinland-Pfalz (512 kg/Einwohner) mit am höchsten unter den Ländern.

Die große Spannweite von 192 kg je Einwohner (Sachsen: 320 kg/Einwohner, Rheinland-Pfalz: 512 kg/Einwohner) basiert mitunter auf unterschiedlich organisierten Sammelsystemen in den Ländern. Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle werden beispielsweise von den Entsorgungsträgern in unterschiedlichem Maße erfasst.

In Niedersachsen findet sich ein weiterer Grund für das hohe Gesamtaufkommen von Abfällen in der stark ausgeprägten Erfassung von Bioabfällen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Diese Verpflichtung ist weitgehend umgesetzt, und so wurden 2012 in Niedersachsen die meisten Bioabfälle (151 kg/Einwohner) gesammelt vor Rheinland-Pfalz (147 kg/Einwohner) und Bayern (144 kg/Einwohner). Bundesweit war es mit 113 kg/Einwohner rund ein Viertel weniger. Zum einen sind dies Abfälle, die über die Biotonne erfasst werden, und zum anderen Garten- und Parkabfälle. Diese werden zumeist kompostiert, in Biogasanlagen aufbereitet oder direkt in der Landwirtschaft eingesetzt.

Bei den übrigen Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Aufkommen je Einwohner mit 164 kg um 11 % höher als im Bundesdurchschnitt (148 kg/Einwohner).

Demgegenüber lag das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) mit 191 kg/Einwohner sehr nahe am Bundesdurchschnitt von 193 kg/Einwohner und genau im Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch gestiegen

Der Primärenergieverbrauch (Tab. 60) ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) vor der

Umwandlung beispielsweise in Strom. Durch Verluste bei der Umwandlung (z.B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Biomasse) ist in Niedersachsen stetig angestiegen. 2011 wurden 47 209 Mio. kWh verbraucht. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch stieg seit 2006 von 7,9 % auf 12,6 % im Jahr 2011. Für Deutschland lag dieser Wert 2011 bei 10,8 %.

Anteil erneuerbarer Energien in der Stromproduktion über Bundesdurchschnitt

Im Stromexportland Niedersachsen wurden 2011 rund 19 772 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt (Tab. 61). Im Vergleich zu 2010 (16 259 Mio. kWh) war dies ein Anstieg um +21,6 %. Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an der gesamten Stromproduktion lag 2011 in Niedersachsen bei 28,0 %, eine merkliche Steigerung um +6,3 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr zuvor. Der Anteilswert lag zudem deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 20,2 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag 2011 nach vorläufigen Zahlen nur in Bayern (25 414 Mio. kWh) höher als in Niedersachsen.

Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht gesunken

Tabelle 62 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt.

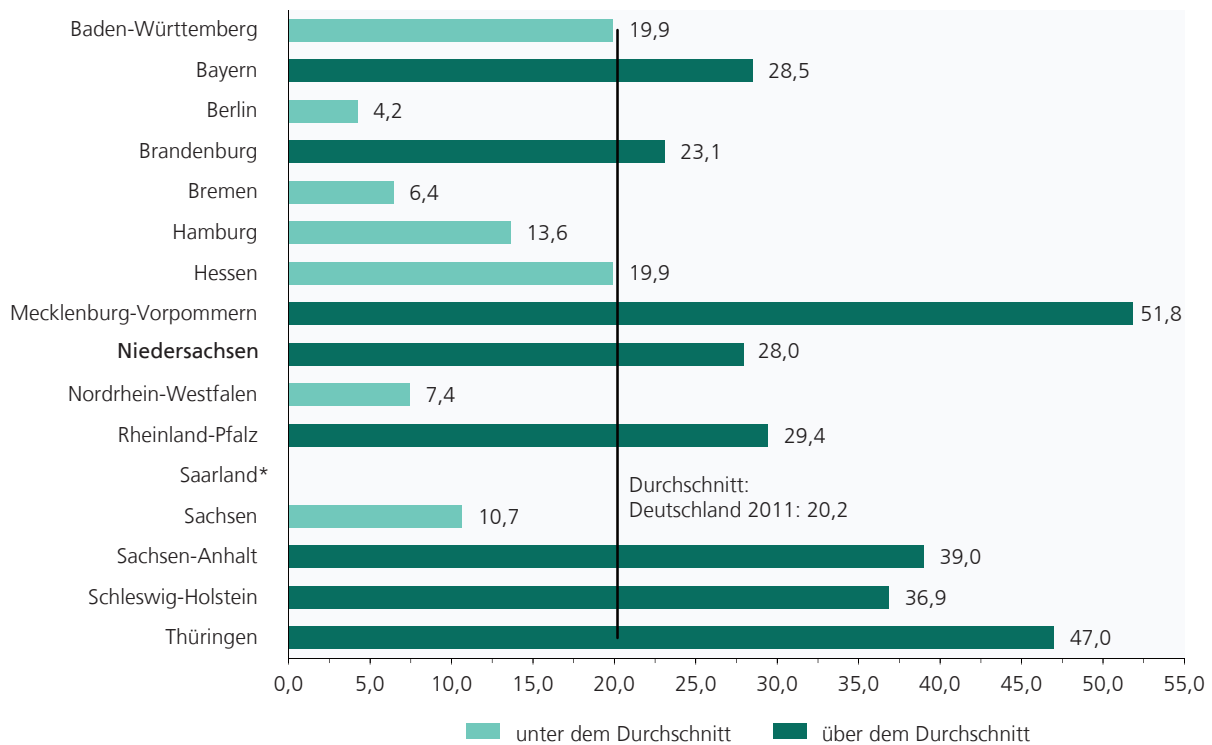
Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von der Konjunktur und von den Witterungsverhältnissen ab.

Die Gesamtmenge der energiebedingten effektiven CO₂-Emissionen belief sich 2011 auf rund 66,6 Mio. Tonnen, 2010 betrug sie rund 67,5 Mio. Tonnen – eine Abnahme in Höhe von -1,3 %. Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner in Höhe von rund 8,5 Tonnen haben sich im Vergleich zu 2010 nicht verändert.

Flächenverbrauch konstant

Da bis Redaktionsschluss keine aktuelleren Daten zur Siedlungs- und Verkehrsfläche vorlagen, werden hier die Ergebnisse des Jahres 2012 betrachtet.

Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2011 in Prozent



Ende 2012 wurden etwa 13,8 % bzw. 6 554 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 56). Sie setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche (z.B. Sport- und Grünanlagen), der Betriebsfläche, der Erholungsfläche, der Verkehrs- und Friedhofsfläche zusammen. „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

Der „Flächenverbrauch“ eines Jahres, d.h. die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzter oder natur belassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche errechnet sich aus der Differenz dieser Fläche am 31.12. des Berichtsjahres und der Fläche am 31.12. des Vorjahres. 2012 lag der Flächenverbrauch in Niedersachsen demnach bei 9,9 Hektar pro Tag. Ein Vergleich zu 2011 ist hier nicht sinnvoll, da der Wert von 14,8 Hektar pro Tag in Niedersachsen in diesem Jahr auf einen einmaligen Umstellungseffekt auf ein anderes System der Flächennutzungsarten zurückzuführen war (Umstellung des Automatischen Liegenschaftsbuches (ALB) auf das amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)). Im Vergleich zu 2007 (10,0 Hektar pro

Tag) ist der Flächenverbrauch konstant geblieben. Bundesweit waren es 2012 insgesamt 69,5 Hektar pro Tag (2007: 96,2 Hektar pro Tag).

Nur geringe ökologisch bewirtschaftete Fläche

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2013 in Niedersachsen über eine Fläche von rund 79 500 Hektar (Tab. 57). Sie hielten damit einen Anteil von 3,1 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das Land hatte 2013 somit den geringsten Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche aller Länder. Bundesweit lag der Anteil mit 6,3 % mehr als doppelt so hoch. Der Anteilsgewinn des Öko-Landbaus war mit einem Zuwachs von nur +0,2 Prozentpunkten im Vergleich zu 2007 auch deutlich geringer als bundesweit, wo ein Plus von immerhin 1,2 Prozentpunkten gemessen wurde. Der geringe Zuwachs ist mit der Stärke der konventionell bewirtschafteten Betriebe in Niedersachsen zu erklären. Die Zunahme fiel nur in Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (beide +0,1 Prozentpunkte) sowie Thüringen (unverändert) schwächer aus.

Immer weniger Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2013 gab es 8 166 Schwangerschaftsabbrüche von Frauen aus Niedersachsen (Tab. 63). Fünf Jahre zuvor waren es noch 9 734, ein Rückgang von -16,1 %. Bundesweit betrug der Rückgang -10,6 %. Bezogen auf je 1 000 Lebendgeborene kamen in Niedersachsen 130 Abbrüche der Schwangerschaft. Dieser Wert lag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 149 und etwas höher als im Schnitt Westdeutschlands von 135. In Ostdeutschland war diese Kennzahl mit 205 deutlich höher, jedoch auch hier rückläufig. Auch in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen erreichte die Quote Werte über 200.

Anstieg bei den vorläufigen Schutzmaßnahmen

2013 führten in Niedersachsen die zuständigen Behörden 3 738 vorläufige Schutzmaßnahmen – das sind kurzfristige Maßnahmen zur Abwehr akuter Gefahr- oder Krisensituationen, vor allem die sogenannte Inobhutnahme – für Kinder und Jugendliche durch (Tab. 64). Das waren +5,0 % mehr als im Vorjahr und sogar +27,4 % mehr als 2008. Diese Zuwachsraten bewegten sich in etwa im Bundes-trend. Vorläufige Schutzmaßnahmen reagieren auf Gefahrensituationen, die zumeist auf schwerwiegende familiäre Probleme, z.B. Überforderung oder Überlastung der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, zurückgehen. Die starke mittelfristige Zunahme deutet einerseits auf einen tatsächlichen Anstieg solcher schwerer Problemlagen, andererseits auch auf eine erhöhte Sensibilität der Bevölkerung sowie ein genaueres Hinsehen und früheres Eingreifen der Behörden hin.

Der Zuwachs in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr lag in erster Linie an einem starken Plus bei Schutzmaßnahmen, die auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung ergingen. Eine Gefährdungseinschätzung wird nach §8a SGB VIII seit 2012 dann vorgenommen, wenn dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden. Die Jugendämter verschaffen sich dann einen unmittelbaren Eindruck von dem Minderjährigen und seiner persönlichen Umgebung und schätzen anschließend das Gefährdungsrisiko ein. Die Zunahme wird zum Teil auch darauf zurückgeführt, dass die Zahl Minderjähriger, die ohne Begleitung von Erziehungsberechtigten aus dem Ausland einreisen, zunahm. Dies gilt vor allem für Hessen, das 2013 einen sehr hohen Anstieg von insgesamt +22,9 % aufwies.

2013 gab es, bezogen auf je 10 000 Kinder und Jugendliche, in Niedersachsen 28 solcher Maßnahmen. 2008 lag

dieser Indikator erst bei 20. Im Vergleich zu den anderen Ländern war dieser Wert jedoch relativ gering: Bundesweit lag er bei 32, wobei die Spanne von 14 in Bayern bis 69 in Hamburg reichte.

Armutsgefährdungsquote gestiegen

Die Armutsgefährdung nahm 2013 bundesweit und in Niedersachsen weiter zu. Nahezu jede sechste Person im Land, exakt 15,8 %, gilt als armutsgefährdet. Bundesweit lag die Quote mit 15,5 % etwas niedriger (Tab. 65). Als armutsgefährdet gelten diejenigen Personen, deren monatliches Nettoeinkommen weniger als 60 % des regionalen Durchschnitts (Median) beträgt. Diese international übliche Berechnungsmethode der relativen Armut basiert auf der Erkenntnis, dass für eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ein Mindestmaß materieller Einkommensressourcen erforderlich ist. Es bemisst sich an dem, was gesellschaftlich üblich ist: 2013 betrug es in Niedersachsen bei einem Einpersonenhaushalt 887 Euro.

Die zugrundeliegenden Daten stammen aus dem Mikrozensus. Da dieser wegen der Ergebnisse des Zensus 2011 rückwirkend ab 2011 einen neuen Hochrechnungsrahmen erhielt, wurden die Daten für 2011 und 2012 gegenüber früheren Veröffentlichungen geringfügig revidiert.

Die höchsten Armutsgefährdungsquoten gab es 2013 in den Stadtstaaten Bremen (18,9 %) und Hamburg (18,7 %). Hier sind die Einkommen sehr ungleich verteilt. Die niedrigste Quote von nur 11,7 % wies Thüringen auf. In allen ostdeutschen Ländern sind die Einkommen zwar geringer als im Westen, aber sie sind gleichmäßiger verteilt.

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Disparitätenmaß, das mit der 60%-Schwelle ein bestimmtes Maß für die Ungleichverteilung der Einkommen als Indikator für die Armut nimmt. So ist die Zunahme der Armutsgefährdungsquote auch darauf zurückzuführen, dass die Einkommenszuwächse ungleich verteilt sind: Das untere Sechstel der Gesellschaft partizipierte vom allgemeinen Einkommenszuwachs – so stiegen z.B. die Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen 2013 um +1,6 % – weniger. Ein besonders hohes Armutsrisiko hatten 2013 die Erwerbslosen (56,8 %), Alleinerziehende (42,3 %) und Haushalte von Geringqualifizierten (42,4 %). Auch die Armutsrisikoquote der Ausländerinnen und Ausländer war mit 36,0 % sehr hoch. Im Vergleich zum Vorjahr gab es Rückgänge der Quoten bei Erwerbslosen, Alleinerziehenden und Ausländerinnen und Ausländern. Demgegenüber stieg die Armutsrisikoquote der Geringqualifizierten. Auch die Altersarmut nahm im Vorjahresvergleich zu, und zwar von 14,4 auf 15,4 %. Bei den über 65-jährigen Frauen lag

sie 2013 schon bei 17,7 %. Bemerkenswert sind die regionalen Unterschiede in der Armutsgefährdung der Senioren: Diese ist in Ostdeutschland viel geringer ausgeprägt als im Westen.

Weniger Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen

Die Tabellen 66 und 67 informieren über die „bekämpfte Armut“, also über die Empfänger und Empfängerinnen von Mindestsicherungsleistungen: Das sind Leistungen im Bereich SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld), SGB XII (Kriegsopferfürsorge, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe) und Leistungen für Asylbewerber. Leistungen nach SGB II sind die quantitativ bei weitem bedeutendste Leistungsart.

Ende 2012 bezogen in Niedersachsen 700 558 Menschen Mindestsicherungsleistungen. Das waren -0,8 % weniger als 2011 und sogar -12,1 % weniger als 2007. Der Frauenanteil stieg leicht von 50,9 % auf 51,1 %. Die Abnahme fiel deutlicher aus als bundesweit, wo die entsprechenden Veränderungsraten bei -0,1 % bzw. -10,0 % lagen. In den westdeutschen Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland stiegen 2012 die Zahlen an. Im Gesamtvergleich gab es in Westdeutschland eine Zunahme von +0,6 % und in Ostdeutschland eine Abnahme von -1,7 %.

Auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen wie auch im Bundesdurchschnitt 9,0 Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherungsleistungen, was dem Bundesdurchschnitt entsprach. Im Ländervergleich reichten die Werte von 4,4 in Bayern bis 19,5 in Berlin. In allen Stadtstaaten gab es überdurchschnittliche Werte; zudem gab es ein Gefälle von Südwest nach Nordost. Unter den Flächenländern traten die höchsten Werte in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und die niedrigsten in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf. Da in Bayern und Baden-Württemberg aber die Zahlen stiegen und in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zurückgingen, haben sich die regionalen Disparitäten leicht abgeschwächt.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen lag im Dezember 2013 in Niedersachsen bei 573 751. Das waren -0,3 % weniger als 2012 und sogar -11,0 % weniger als 2008. Die Entwicklung war insgesamt günstiger als bundesweit, wo die entsprechenden Werte bei +0,1 % bzw. -8,6 % lagen. Wie schon bei den Daten der Mindestsicherungsleistungen, die ein Jahr weniger aktuell sind, stehen kräftigen kurz- und mittelfristigen Abnahmeraten in Ostdeutschland eine deutlich geringere mittelfristige Abnahmerate und sogar eine Zunahme im Vorjahresvergleich in Westdeutschland gegenüber. Die regio-

nal Disparitäten zwischen West und Ost haben sich damit verringert.

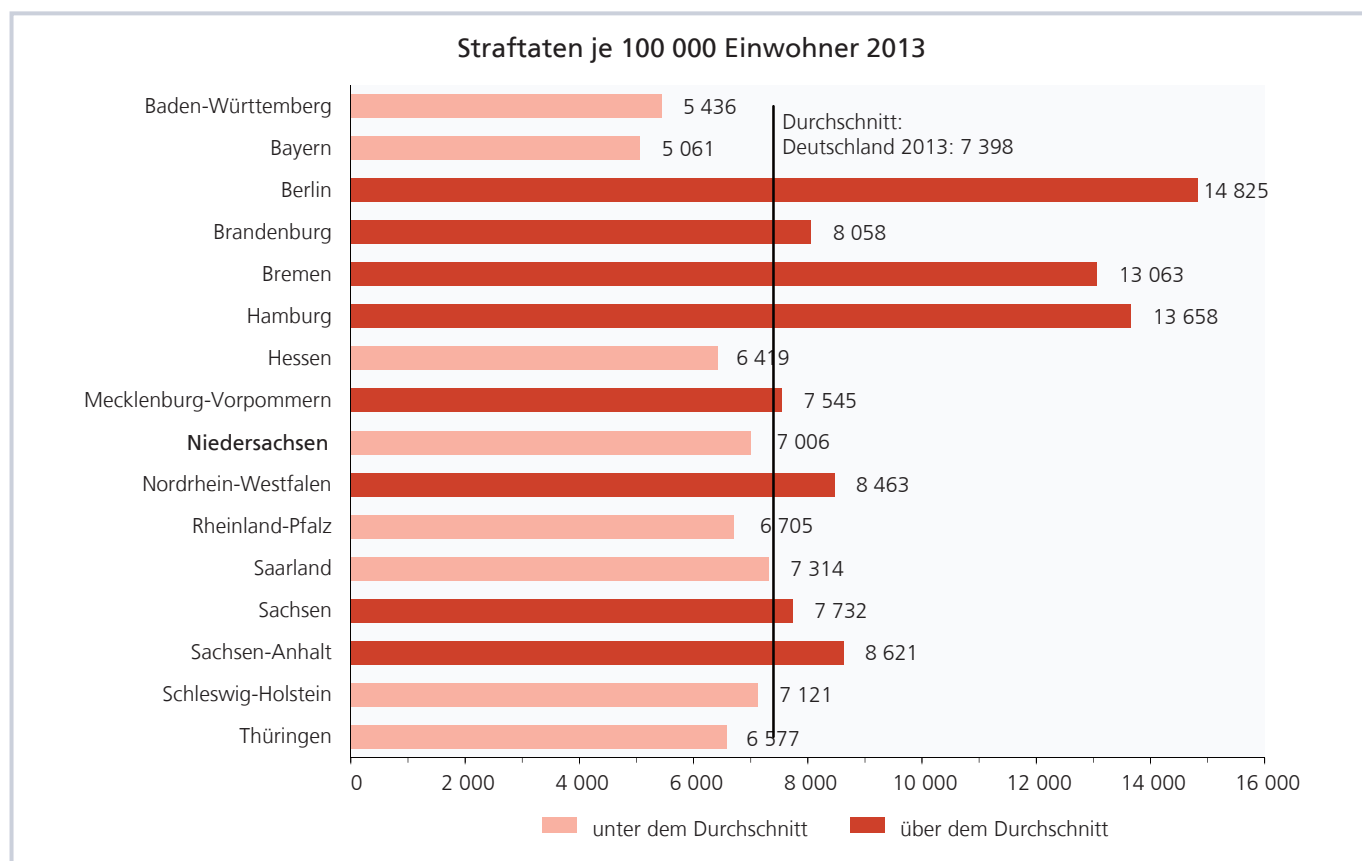
Erneut nahm die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ab (Tab. 68): 2013 waren es in Niedersachsen 12 727, ein Rückgang um -4,2 % gegenüber dem Vorjahr. Bundesweit ging die Zahl um -6,6 % zurück. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es in Niedersachsen 16,3 Verbraucherinsolvenzen, fünf mehr als im Bundesdurchschnitt (11,3). Nur in Bremen (19,5) lag diese Kennzahl höher als in Niedersachsen.

Höhere Sicherheit: Weniger Straftaten, weniger Unfallopfer

Nachdem für 2012 sowohl eine Zunahme der Zahl der Straftaten als auch der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr registriert wurde, gingen 2013 beide Kennzahlen, mit denen die Sicherheitslage der Bevölkerung dargestellt werden soll, im kurz- und mittelfristigen Vergleich zurück. Allerdings nahm die Zahl der Wohnungseinbrüche zu.

Die Zahl der Straftaten, die der Polizei bekannt wurden (Tab. 70), verringerte sich 2013 im Vorjahresvergleich um -2,1 % und im Fünfjahresvergleich gar um -7,5 %. Beide Abnahmeraten lagen deutlich über den entsprechenden Bundeswerten von -0,6 % bzw. -2,6 %. Die 545 704 Straftaten in Niedersachsen bedeuteten 2013 eine „Kriminalitätsbelastung“ von 7 006 je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Diese Häufigkeitszahl lag unter dem Bundesdurchschnitt von 7 398 und leicht über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (6 944). Die Kriminalitätsbelastung lag in den Stadtstaaten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der Flächenländer lagen die Werte Ostdeutschlands zumeist höher als die Westdeutschlands.

Alle Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik haben aber ein Dunkelfeld-Problem: Die Zahl der angezeigten Straftaten ist auch vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung und von der polizeilichen Ermittlungspraxis abhängig. Zudem gehen in den aggregierten Indikator „Straftaten insgesamt“ Delikte wie Mord und Totschlag einerseits, Schwarzfahren andererseits gleichermaßen ein. Darum weist Tabelle 70 auch den Indikator „Wohnungseinbruchdiebstahl“ aus: Dieser hat eine relativ geringe Dunkelziffer und ist gut geeignet, eine Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung abzubilden. Dieses Delikt trat in Niedersachsen 15 743 mal auf (Vorjahr 14 598). Die Häufigkeitszahl wuchs von 188 auf 202. Bundesweit stieg die Häufigkeitszahl ebenfalls, und zwar von 179 auf 186. In Niedersachsen gab es also relativ mehr Wohnungseinbrüche als bundesweit, und auch deren Zunahme war überdurchschnittlich. Im Ländervergleich zeigten sich bei diesem Indikator extreme Unterschiede: Die Spanne der Häufigkeitszahl reichte von



525 in Bremen und 397 in Hamburg bis zu 51 in Bayern und 55 in Thüringen.

Auf der anderen Seite nahm gerade die Zahl besonders schwerer Delikte ab: So gab es im Vergleich zu 2012 6,5 % weniger Gewaltdelikte; bei den schweren Sexualdelikten Vergewaltigung und sexuelle Nötigung gab es einen Rückgang um - 8,8 %.

2013 verunglückten auf Niedersachsens Straßen 40 778 Menschen (Tab. 71). Das waren -3,0 % Getötete und Verletzte weniger als 2012 und -8,6 % weniger als 2008. Beide Abnahmeraten lagen in etwa im Bundestrend von -2,7 %

bzw. -8,7 %. Dieser Trend hält schon lange Jahre an. Das zeigt vor allem ein langfristiger Vergleich: Noch im Jahr 1990 gab es in Niedersachsen exakt 59 000 Verunglückte, seitdem geht deren Zahl fast kontinuierlich zurück. Das liegt daran, dass Autos und Straßen sicherer geworden sind und dass die verstärkten Geschwindigkeitskontrollen wirken. Dennoch lag die Maßzahl „Verunglückte je 100 000 Einwohner“ in Niedersachsen mit 524 weiterhin deutlich höher als der entsprechende Bundeswert von 468. Die Hauptursache könnte sein, dass es – ungeachtet dieses positiven Trends – im Flächenland Niedersachsen sehr viele gut ausgebaut, aber vergleichsweise gering frequentierte Landstraßen gibt, auf denen immer noch oftmals zu schnell gefahren wird.

Gleichstellung von Frauen und Männern

51 % der Bevölkerung Niedersachsens und 46 % der Erwerbstätigen sind weiblichen Geschlechts; Ende 2013 gab es im Lande 3,97 Millionen Frauen. In nahezu allen Themenbereichen und Politikfeldern muss genau untersucht werden, ob und wenn ja wie bestimmte Strukturen, Entwicklungen und Maßnahmen auf die Geschlechter unterschiedlich wirken. Die Untergliederung soziodemografischer Daten nach Frauen und Männern ist daher ein absoluter Standard der amtlichen Statistik. In diesem Kapitel werden die wichtigsten Informationen über Stand und Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit, die in zahlreichen Tabellen des *Monitors* enthalten sind, zusammengefasst. Die Untersuchung geht dabei vom Gender Pay Gap (GPG) aus, denn im Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern konzentrieren sich **in einer Maßzahl** Unterschiede und Benachteiligungen.

Der GPG ist definiert als der prozentuale Unterschied des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) von Männern und Frauen. Die Formel lautet: Durchschnittsstundenverdienst Männer minus Durchschnittsstundenverdienst Frauen, dividiert durch Durchschnittsstundenverdienst Männer mal Hundert. Üblicherweise wird er ohne Nachkommastelle nachgewiesen, was die Interpretation zeitlicher Entwicklungen erschwert. Man kann versuchen, den GPG um Einflüsse wie Branche, Alter, Qualifikation oder Dauer der Betriebszugehörigkeit zu bereinigen (bereinigter GPG). Der bereinigte GPG drückt die reine Lohndiskriminierung aus, er bereinigt aber gedanklich Strukturen, die selbst schon das Ergebnis gesellschaftlicher Benachteiligung sind. Solche Berechnungen hat es für 2006 auf Bundesebene gegeben. Sie zeigten, dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit tendenziell schlechter bezahlt werden als Männer. Der bereinigte GPG lag seinerzeit bundesweit bei 8,3 %. Die Berechnung des bereinigten GPG ist methodisch aufwendig und kompliziert, so dass hier der um solche Einflüsse unbereinigte GPG dargestellt wird; aktuelle Daten für den bereinigten GPG liegen nicht vor.

Der unbereinigte GPG lag in Niedersachsen 2012 und 2013 bei 20 %. Um die Frage beantworten zu können, ob dies ein hoher oder ein niedriger Wert ist, kommt es auf den Vergleichsmaßstab an:

Im Zeitverlauf hat sich der GPG abgeschwächt; 2008 lag er noch bei 23 %, sank also in fünf Jahren um 3 Prozentpunkte. Würde sich dieses Tempo der allmählichen Angleichung fortsetzen, sich auch an der heutigen Arbeitsmarktsituation nichts schlagartig ändern, gäbe es im Jahr 2046 theoretisch eine gleiche Entlohnung der Geschlechter. Wenn man übrigens die Nachkommastelle des GPG in Niedersachsen mitberücksichtigt, stellt man auch im Jahr

2013 einen leichten Rückgang um einen Viertelprozentpunkt gegenüber 2012 fest, denn die Frauenverdienste stiegen etwas schneller als die der Männer. Das Tempo ist gering, aber die Richtung stimmt.

Im Vergleich der Bundesländer 2013 liegt Niedersachsens 20 %-Wert um 10 % bzw. 2 Prozentpunkte deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der nationale Durchschnitt von 22 % setzt sich aber zusammen aus einem Wert von 23 % für West- und nur 8 % für Ostdeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern lag der GPG bei nur 4 %. In Ostdeutschland gibt es seit DDR-Zeiten eine größere Gleichheit der Geschlechter, wenngleich der GPG hier langsam sinkt, während er im Westen allmählich sinkt.

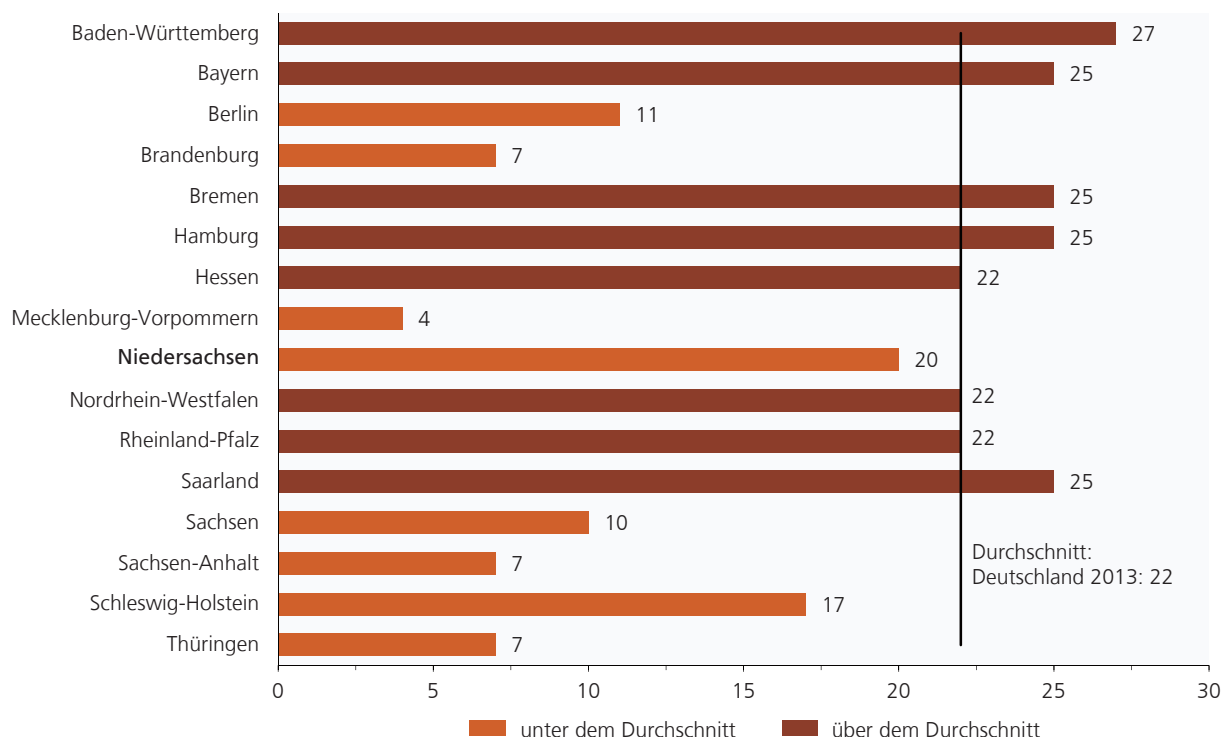
Im europäischen Vergleich ist der GPG in Niedersachsen von 20% relativ hoch, denn EU-weit lag er 2012 bei 17 % – ein Prozentpunkt mehr als 2011. In einigen Kleinststaaten wie Slowenien (3 %), Malta (6 %) und Luxemburg (9 %) werden Männer und Frauen fast gleich bezahlt. Aber auch Staaten wie Polen (6 %) und Italien (7 %) wiesen hier niedrige Werte auf. Negativer Spitzenreiter war Estland mit 30 %. Die Werte für Frankreich (18 %) und Großbritannien (19 %) lagen leicht niedriger als der GPG Niedersachsens.

Wie kommt der GPG von ca. 20 % zustande? Alle Untersuchungen haben ergeben, dass die Hauptrolle unterschiedliche Qualifikationen, Leistungsgruppen sowie Voll- und Teilzeitarbeit spielen. Dies wiederum geht auf Lücken in den Erwerbsbiographien der Frauen zurück. Kindererziehung und andere familiäre Verpflichtungen werden immer noch überwiegend von Frauen wahrgenommen, was zu einer Reduzierung und/oder Unterbrechung der Erwerbsarbeit führt.

Das Erwerbsverhalten von Männern und Frauen ist nach wie vor sehr unterschiedlich, wenngleich die Geschlechter sich langsam annähern. Folgende Fakten weisen darauf hin:

- Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2013 bei 68,4 % und damit deutlich niedriger als die der Männer von 77,8 %. Sie stieg aber im Fünfjahresvergleich um +6,2 Prozentpunkte, die der Männer nur um +3,2 Prozentpunkte.
- Frauen stellten 2013 81,5 % aller sozialversicherungspflichtigen Teilzeitjobs. Fünf Jahre zuvor waren es 83,8 %.
- Mehr als 350 000 Frauen arbeiteten 2013 als „ausschließlich geringfügig Beschäftigte“. 66,5 % aller Minijobs werden von Frauen wahrgenommen. Fünf Jahre zuvor waren es noch 69,3 %.

Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) 2013 in Prozent



- 2013 waren 85,4 % aller Alleinerziehenden Frauen. Fünf Jahre zuvor waren es 87,7 %.
- Unter den Beziehern von Elterngeld für ihre im Jahre 2012 geborenen Kinder gab es im März 2014 einen Frauenanteil von 78,5 %. Ein Jahr zuvor lag er bei gerundet 79,7 % (für im Jahre 2011 geborene Kinder).

Im Qualifikationsniveau holen die Frauen immer mehr auf; statistisch-formal lässt sich sagen, dass bei den wenig variablen **Bestandsdaten** nach wie vor die Männer meist die besseren Qualifikationen aufweisen, dass aber bei **Bewegungsdaten** die Frauen vorne liegen oder zumindest aufholen.

- 2013 gab es in Niedersachsen 631 000 hochqualifizierte Erwerbstätige mit akademischem Abschluss. 270 000 davon, also 42,7 % waren Frauen. Dieser Anteil ist niedriger als der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von 46,4 %.
- Der Frauenanteil an den Professuren lag 2012 bei 24,3 % und 2007 bei 20,8 %.

- Der Anteil der „frühen Schulabgänger“ lag 2013 für Frauen bei 10,6 %, für Männer bei 11,2 %. Geringe schulische und berufliche Qualifikationen treten also bei jungen Männern deutlich häufiger auf als bei jungen Frauen.
- Exakte Geschlechtergleichheit ist bei den Erstsemestern erreicht. 2012 begannen 17 657 Frauen ein Studium an einer niedersächsischen Hochschule. Das war ein Anteil von genau 50,0 % an allen Erstsemestern.
- Schon seit Jahren absolvieren mehr Frauen als Männer erfolgreich ein Hochschul-Erststudium. 2012 lag der Frauenanteil bei 53,0 %, obwohl der Frauenanteil unter den Studierenden ebenfalls schon seit Jahren unter 50 % liegt, im Jahr 2012 z.B. bei 47,6 %.
- Bei den Promotionen stieg der Frauenanteil von 43,7 % im Jahr 2007 auf 46,2 % im Jahr 2012.

Die aufgeführten strukturellen Unterschiede zwischen den Geschlechtern haben sich im Betrachtungszeitraum verringert. Es gab alles in allem Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung.

Niedersachsen in Europa

Die Tabellen 73 bis 80 stellen Niedersachsen im europäischen Vergleich dar. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>). Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der NUTS-Systematik, der Grundlage der EU-Regionalstatistik. Die nachfolgenden Tabellen weisen den aktuellsten Datenstand für die Analyseebenen NUTS I (Länder) und NUTS II (Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) auf. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück.

Tabelle 73 enthält Bevölkerungsdaten für das Jahr 2012, und zwar noch ohne Kroatien, das erst im Juli 2013 der EU beitrug, sowie für die 16 Länder Deutschlands. Die neue Tabelle 74 mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten schließt Kroatien mit ein, da hier bereits der Stand von 2013 vorliegt. Auch in den Tabellen zu Erwerbslosen- und Erwerbstätigenquoten für 2013 mit Ausgliederung der Statistischen Regionen Niedersachsens fließen die Werte Kroatiens in das EU-Vergleichsergebnis mit ein, auch für die Jahre vor dessen EU-Beitritt. Einige Tabellen wurden weiter aufgefächert und enthalten jetzt zusätzliche Informationen. So gibt Tabelle 73 nun auch Auskunft über den Anteil der Senioren im Alter von 65 Jahren und älter. Zudem wurden die Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquoten nach Geschlecht differenziert. Der zeitliche Vergleich wurde in Tabelle 76 bis 78 kurz- und mittelfristig (Vergleich zum Vorjahr und fünf Jahre in der Vergangenheit) ausgewiesen. Die Tabellen 76 bis 80 geben Auskunft über Daten aus dem Bereich Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt für Niedersachsen und seine Statistischen Regionen, Deutschland und die EU.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

In Bezug auf die Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 73 und 74). Gemessen an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist Niedersachsen in etwa so groß wie Bulgarien und Österreich und würde an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten liegen. Im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung ist Niedersachsen mit Griechenland und Dänemark vergleichbar.

Bevölkerungsentwicklung Niedersachsens von 2011 bis 2012 leicht unter EU-Durchschnitt

In der EU lebten Ende 2012 mehr als eine halbe Milliarde Menschen (Tab. 73). Seit 2007 ist ein Anstieg um +1,1 %

(Tab. 76) zu verzeichnen. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die EU-Volkszählungsrunde 2010/11 zu Korrekturen der Bevölkerungszahl führte, was in einigen Fällen die Vergleichbarkeit leicht beeinträchtigt.

Im Vergleich von 2011 bis 2012 gewann die EU +0,2 % an Einwohnerinnen und Einwohnern hinzu, Niedersachsens Bevölkerung wuchs um +0,1 %. Die Statistischen Regionen des Landes gruppierten sich um diesen Wert; in Braunschweig gab es eine leichte Abnahme, in Weser-Ems eine Zunahme in Höhe des EU-Durchschnitts.

Die Entwicklung im EU-Ländervergleich war gegensätzlich: Vor allem die osteuropäischen Staaten verloren im Zeitraum 2010 bis 2012 Einwohnerinnen und Einwohner (vgl. Tab. 73). Als einziges westeuropäisches Land verzeichnete auch Deutschland einen wertmäßigen Rückgang der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner. Dieser ist jedoch auch durch den Zeitreihenbruch aufgrund der Durchführung des Zensus 2011 beeinflusst. Mehrheitlich waren es die wirtschaftlich stärkeren Staaten, die Einwohner hinzugewannen – auf Kosten der Abwanderung aus wirtschaftlich schwächeren Staaten. Eine Ausnahme ist beispielsweise Zypern mit einem Anstieg von +3,1 % von 2010 zu 2012. Den stärksten Rückgang verzeichnete Litauen mit -2,6 %.

Deutschland und Niedersachsen weisen im Europavergleich einen sehr hohen Seniorenanteil auf (Tab. 73). Der Anteil der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren lag 2012 EU-weit bei 18,2 %. Höher als in Deutschland (20,7 %) war er nur in Italien (21,2 %). In Niedersachsen betrug der Anteil 21,0 %. Am niedrigsten war der Seniorenanteil mit 12,2 % in Irland gefolgt von der Slowakei mit 13,1 %.

Niedersachsens BIP stärker gestiegen als im EU-Durchschnitt

Im Vergleich mit den anderen Staaten der EU lag Niedersachsen im Zeitraum 2010 bis 2011 bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (+4,8 %) im oberen Drittel (Tab. 74). Auch mittelfristig stieg das niedersächsische BIP im Zeitraum 2006 bis 2011 mit +14,8 % auf 226 Milliarden Euro stärker an als das der Europäischen Union (+8,0 %) (Tab. 77). Vor allem der Zuwachs von +18,9 % in der Statistischen Region Braunschweig war bemerkenswert. Das höchste BIP wies jedoch weiterhin die Statistische Region Weser-Ems auf mit 70,1 Milliarden Euro (+15,8 %).

Der Produktivitätsindikator „BIP je Einwohner“ (Tab. 78) ist eine der wichtigsten Kennzahlen der EU-Politik, jedoch methodisch problematisch: Bei großen Pendlerströmen über

die Grenzen einer NUTS II-Region wird der Indikator verzerrt, da er die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort bezieht. Insbesondere in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendlerzentren Berlin, Hamburg und Bremen ist dies zu berücksichtigen. 2011 betrug das BIP je Einwohner in Niedersachsen 28 500 Euro und war damit etwa 13,1 % höher als der EU-Durchschnitt von 25 200 Euro. Innerhalb Niedersachsens war das BIP in der Statistischen Region Braunschweig mit 32 400 Euro am höchsten. Rund 12,7 % unterhalb des EU-Durchschnitts lag dagegen das BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg (22 000 Euro). Das ist zum großen Teil auf die hohe Zahl an Pendlern bzw. die Zentralität Hamburgs und Bremens zurückzuführen. Auch die Zunahme des BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg war mittel- und kurzfristig geringer als im EU-Durchschnitt, jedoch höher als im niedersächsischen Durchschnitt.

Arbeitsmarktentwicklung weiterhin positiv

Grundlage für die Daten der Tabellen 79 und 80 ist die EU-Arbeitskräftestichprobe, die für alle Mitgliedsstaaten europaweit vergleichbare Daten liefert. Sie sind aber mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel. In Tabelle 79 sind die Erwerbstätigenquoten dargestellt. Sie beziehen sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Tabelle 80 enthält die Arbeitslosenquoten nach europäischer Definition. Diese ist im nationalen Kontext mit der Erwerbslosenquote vergleichbar und daher auch so überschrieben. Die Quote bezieht sich auf die 15-Jährigen und älter. Alle Angaben sind wohnortbezogen.

Von 2008 bis 2013 ging die Erwerbstätigenquote EU-weit um -1,6 % zurück auf 64,1 %. Der Abwärtstrend der letzten Jahre scheint jedoch vorerst gestoppt; die Zahl blieb 2013 gegenüber dem Vorjahr unverändert. In Niedersachsen stieg die Quote hingegen mittelfristig kräftig an, um +4,5 Prozentpunkte und von 2012 zu 2013 um +0,7 Prozentpunkte auf 73,0 %. Dies sind rund 9,0 Prozentpunkte über dem EU-Wert. In der Statistischen Region Braunschweig war die Erwerbstätigenquote vergleichsweise niedrig (69,5 %) und am höchsten in Lüneburg (74,6 %).

Wie auch in den Jahren zuvor war die Erwerbstätigenquote der Männer in Niedersachsen mit 77,7 % höher als die der Frauen mit 68,3 %. Der Abstand der Erwerbstätigenquote zwischen den Geschlechtern war in der Statistischen Region Lüneburg mit 9,9 Prozentpunkten am höchsten, et-

was ausgeglichener und am niedrigsten waren die Quoten in der Statistischen Region Braunschweig, wo der Abstand 8,6 Prozentpunkte betrug. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 10,7 Prozentpunkten waren die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern in Niedersachsen nicht nur höher, sondern auch näher beieinander.

Die Entwicklung der Erwerbslosenquoten Niedersachsens und der EU verlief ähnlich konträr wie die der Erwerbstätigenquoten. Allerdings fiel der Anstieg der Erwerbslosigkeit in der EU 2013 niedriger aus als in den Jahren davor: Im Vergleich zu 2012 stieg die Quote um +0,4 Prozentpunkte auf 10,8 %. In Niedersachsen blieb sie unverändert bei 5,0 %. Nur in der Statistischen Region Braunschweig stieg die Quote im Vorjahresvergleich an. Die Erwerbslosenquote der Frauen lag in allen Statistischen Regionen unter der der Männer. Im Durchschnitt der EU liegt demgegenüber die Quote der Frauen leicht über der Quote der Männer.

Weniger frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger als im EU-Durchschnitt

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ (Tab. 75) kann Aussagen darüber machen, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Er misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung. 2013 lag der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Eurostat-Berechnungen in Niedersachsen mit 10,9 % – und damit das zweite Jahr in Folge – unter dem EU-Durchschnitt von 12,0 %. In Niedersachsen sank 2013 der Anteil im Vorjahresvergleich um -1,2 Prozentpunkte (EU: -0,7) und mittelfristig um -2,1 Prozentpunkte (EU: -2,7). Die höchsten Anteile verzeichneten weiterhin südeuropäische Staaten: In Spanien gab es 23,6 % frühe Schulabgängerinnen bzw. frühe Schulabgänger; auf Malta waren es 20,8 % und in Portugal 18,9 %. Allerdings sanken hier die Werte kontinuierlich und mittelfristig sehr deutlich. Die niedrigsten Anteile fanden sich 2013 wie schon im Jahr zuvor in osteuropäischen Staaten, allen voran in Slowenien (3,9 %). In den allermeisten Fällen waren die Anteile der frühen Schulabgänger an der gleichaltrigen Bevölkerung bei den Männern höher, oft deutlich wie in Portugal (Männer: 23,4 %, Frauen: 14,3 %). EU-weit betrug der Abstand 3,4 Prozentpunkte, in Niedersachsen waren es 0,6 Prozentpunkte.

Fazit und aktuelle Entwicklungen 2014

Die Bevölkerung wächst wieder, aber der demografische Wandel setzt sich fort

Entgegen früherer Prognosen wächst die Bevölkerung wieder. Das gilt für Deutschland mit einem Zuwachs im Jahresvergleich von +0,3 % und auch für Niedersachsen mit einem schwächeren Gewinn von +0,1 % bzw. 11 564 Personen. Ursächlich dafür ist die gestiegene Zuwanderung aus dem Ausland. Ein positiver Wanderungssaldo von 36 475 Menschen, der zu 96 % auf der Zuwanderung über die Bundesgrenze basiert, glich das Geburtendefizit mehr als aus.

In der Bevölkerungsentwicklung markiert das Jahr 2012 eine Trendwende. Seit 2005 schrumpfte die Bevölkerung Jahr für Jahr, 2012 aber stieg sie erstmals wieder um +0,1 % an. Die Ursachen waren die gleichen wie 2013: Zuwanderung aus dem Ausland, vor allem aus Polen, Russland, Rumänien, Italien, Spanien – aber auch Syrien. Ein immer noch relativ stabiler Arbeitsmarkt und gute Verdienstmöglichkeiten ziehen vor allem Zuwanderer aus der Europäischen Union an. Die meisten der 2 508 Menschen, die 2013 aus Syrien kamen, suchten hingegen als Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Vertreibung.

Die grundlegenden demografischen Trends – relativ geringe Fertilität und Alterung der Gesellschaft – bleiben bestehen. Auch wenn es 2013 ein erfreuliches Plus von 2,3 % bei den Geburten gab, stieg das Geburtendefizit bzw. der Sterbeüberschuss von -25 562 auf -27 690 – ein noch nie dagewesener Rekordwert. Kurz- und mittelfristig kann nur die Zuwanderung aus dem Ausland einen Bevölkerungsrückgang aufhalten oder verhindern.

Weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher

Der durch die demografische Entwicklung ausgelöste künftige Fachkräftemangel kann aufgehalten werden, wenn erstens Fachkräfte aus dem Ausland kommen und wenn zweitens die Begabungsreserven der einheimischen Bevölkerung besser erschlossen werden. Vor diesem Hintergrund ist es äußerst positiv zu sehen, dass die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher von 2007 bis 2012 um -31,1 % zurückging. Auch der Rückgang der Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Fünfjahresvergleich um -2,8 Prozentpunkte auf nur noch 10,9 % im Jahr 2013 weist in die richtige Richtung: Die frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger von heute sind die Geringqualifizierten von morgen. Das moderne Wirtschaftsleben benötigt dringend gut ausgebildete Kräfte, aber die Chancen der Geringqualifizierten werden langfristig schlechter.

Armutsquote steigt abermals an

15,8 % der Niedersachsen, also knapp jede bzw. jeder Sechste, das sind rund 1,2 Millionen Menschen, galten 2013 als armutsgefährdet. Nach einem Tiefpunkt im Jahre 2010 nahm die Armutsgefährdung im dritten Jahr in Folge zu, 2013 um +0,6 Prozentpunkte. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, dass die Einkommenszuwächse von oben nach unten ungleich verteilt sind und dass das untere Sechstel der Bevölkerung darum zunehmend „abgehängt“ wurde. Vor allem Erwerbslose, Geringqualifizierte, Ausländerinnen und Ausländer und Alleinerziehende tragen hohe Armutsrisiken. Ein sich langsam verschärfendes Problem ist die Altersarmut von Frauen: Diese stieg 2013 stark an und lag bei 17,7 %.

Mehr Beschäftigte trotz stagnierender Wirtschaft

Die niedersächsische Wirtschaft wuchs 2013 nicht. Das Wachstumstempo nahm seit 2010 kontinuierlich ab. Seinerzeit lag es real bei +4,9 %, 2011 bei +4,2 %, 2012 bei +0,4 % und 2013 bei einer „roten Null“, -0,0 %. Trotzdem stieg die Erwerbstätigkeit auf ein Rekordniveau: Die gut 3,8 Millionen Erwerbstätigen in Niedersachsen 2013 sind die höchste jemals ermittelte Zahl. Einen spürbaren Rückgang der Wirtschaftsleistung von -1,5 % musste 2013 das Produzierende Gewerbe hinnehmen; trotzdem stieg auch hier die Zahl der Erwerbstätigen gleichzeitig um +1,7 % an. Eine positive Rolle dürfte dabei der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung spielen, denn dieser führt unter anderem dazu, dass junge Eltern, vor allem die Mütter, in stärkerem Maße erwerbstätig sein können. Mehr Erwerbstätige erbrachten allerdings nur eine nahezu gleichbleibende bzw. sektoral sogar sinkende Wirtschaftsleistung – die Arbeitsproduktivität nahm also jedenfalls vorübergehend ab.

Offenbar waren Niedersachsens Unternehmen 2013 gut für den Wettbewerb gerüstet. Auch die zurückgehende Zahl der Insolvenzen weist darauf hin. Niedersachsens Wirtschaft und ihre Unternehmen konnten darauf vertrauen, dass die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen und die Produktivität ihrer Belegschaften so hoch sind, dass sie trotz einer sich eintrübenden internationalen Konjunkturlage auch weiterhin für sich sehr gute Chancen auf dem nationalen und globalen Markt sahen.

Zugewinn an Sicherheit

Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger konnten sich 2013 sicherer fühlen. Die Zahl der Verunglückten bei Ver-

kehrsunfällen sank im Vorjahresvergleich um -3,0 %. Autos und Straßen sind sicherer geworden. Auch die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten sank um -2,1 %; allerdings stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche.

Aktuelle Entwicklungen 2014

Erste Daten für 2014 bestätigen die Trends in Wirtschaft und Arbeitsmarkt (vgl. Tab. 72). Das BIP stieg im 1. Halbjahr 2014 real um +1,3 % (Bund: +1,7 %). Trotz dieses schwachen Wachstums stieg die Zahl der Erwerbstätigen

im 1. Quartal noch einmal um +0,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal an. Das bedeutet einen Zuwachs von 32 800 Personen. Die Arbeitslosenquote lag Mitte 2014 unverändert bei 6,3 %, bundesweit gab es einen leichten Rückgang. Erfreulicherweise ging die Quote der Bezieherinnen und Bezieher von SGB II-Leistungen leicht um -0,1 % zurück. 9,5 % der Einwohnerinnen und Einwohner bis 65 Jahre sind auf SGB II-Leistungen angewiesen. Die öffentliche Kinderbetreuung wurde weiter ausgebaut. So lag bei den unter 3-Jährigen die Quote des Landes mit 27,9 % über dem westdeutschen Durchschnitt, wenn auch noch immer unter dem nationalen Durchschnitt von 32,3 %.

Tabellen

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am 31.12.			Länderanteil	Anteil der 65-Jährigen und älter	Ausländer- anteil	Einwohner je qkm ¹⁾	Veränderung der Einwohnerzahl				
	2008	2012	2013					2013	2012	2013	2013/2008 ²⁾	2013/2012
	Anzahl							%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 749 506	10 569 111	10 631 278	13,2	19,6	11,4	297	- 1,1	+ 0,6			
Bayern	12 519 728	12 519 571	12 604 244	15,6	19,8	9,0	179	+ 0,7	+ 0,7			
Berlin	3 431 675	3 375 222	3 421 829	4,2	19,1	12,6	3 837	- 0,3	+ 1,4			
Brandenburg	2 522 493	2 449 511	2 449 193	3,0	22,8	2,0	83	- 2,9	- 0,0			
Bremen	661 866	654 774	657 391	0,8	21,3	11,6	1 568	- 0,7	+ 0,4			
Hamburg	1 772 100	1 734 272	1 746 342	2,2	18,8	12,9	2 312	- 1,5	+ 0,7			
Hessen	6 064 953	6 016 481	6 045 425	7,5	20,1	11,7	286	- 0,3	+ 0,5			
Mecklenburg-Vorpommern	1 664 356	1 600 327	1 596 505	2,0	22,4	2,0	69	- 4,1	- 0,2			
Niedersachsen	7 947 244	7 778 995	7 790 559	9,6	21,2	5,8	164	- 2,0	+ 0,1			
Nordrhein-Westfalen	17 933 064	17 554 329	17 571 856	21,8	20,5	9,5	515	- 2,0	+ 0,1			
Rheinland-Pfalz	4 028 351	3 990 278	3 994 366	4,9	20,6	7,2	201	- 0,8	+ 0,1			
Saarland	1 030 324	994 287	990 718	1,2	22,3	7,1	386	- 3,8	- 0,4			
Sachsen	4 192 801	4 050 204	4 046 385	5,0	24,7	2,2	220	- 3,5	- 0,1			
Sachsen-Anhalt	2 381 872	2 259 393	2 244 577	2,8	24,7	2,0	110	- 5,8	- 0,7			
Schleswig-Holstein	2 834 260	2 806 531	2 815 955	3,5	22,3	4,5	178	- 0,6	+ 0,3			
Thüringen	2 267 763	2 170 460	2 160 840	2,7	23,7	1,8	134	- 4,7	- 0,4			
Deutschland	82 002 356	80 523 746	80 767 463	100	20,8	8,2	226	- 1,5	+ 0,3			
Westdeutschland	65 541 396	64 618 629	64 848 134	80,3	20,3	9,2	261	- 1,1	+ 0,4			
Ostdeutschland	16 460 960	15 905 117	15 919 329	19,7	22,8	4,3	147	- 3,3	+ 0,1			

1) Fläche 2012.

2) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2008 (Volkszählung 1987) und 2013 (Zensus 2011) ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner			Geburten-/ Sterbesaldo je 1 000 Einwohner	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		2013/2008	2013/2012
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	91 909	89 477	91 504	8,5	8,5	8,6	- 1,0	- 0,4	+ 2,3
Bayern	106 298	107 039	109 577	8,5	8,6	8,7	- 1,4	+ 3,1	+ 2,4
Berlin	31 936	34 678	35 038	9,3	10,4	10,3	+ 0,7	+ 9,7	+ 1,0
Brandenburg	18 808	18 482	18 355	7,4	7,5	7,5	- 4,6	- 2,4	- 0,7
Bremen	5 569	5 639	5 749	8,4	8,6	8,8	- 3,3	+ 3,2	+ 2,0
Hamburg	16 751	17 706	18 138	9,5	10,3	10,4	+ 0,5	+ 8,3	+ 2,4
Hessen	51 752	51 607	52 187	8,5	8,6	8,7	- 1,9	+ 0,8	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 098	12 715	12 560	7,8	7,9	7,9	- 4,6	- 4,1	- 1,2
Niedersachsen	64 887	61 478	62 879	8,1	7,9	8,1	- 3,6	- 3,1	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	150 007	145 755	146 428	8,3	8,3	8,3	- 3,1	- 2,4	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	32 223	31 169	31 989	8,0	7,8	8,0	- 3,4	- 0,7	+ 2,6
Saarland	7 158	6 878	6 848	6,9	6,9	6,9	- 6,0	- 4,3	- 0,4
Sachsen	34 411	34 686	34 800	8,2	8,6	8,6	- 4,5	+ 1,1	+ 0,3
Sachsen-Anhalt	17 697	16 888	16 797	7,4	7,5	7,5	- 6,5	- 5,1	- 0,5
Schleswig-Holstein	22 678	22 005	21 822	8,0	7,8	7,8	- 3,9	- 3,8	- 0,8
Thüringen	17 332	17 342	17 426	7,6	8,0	8,1	- 4,7	+ 0,5	+ 0,5
Deutschland	682 514	673 544	682 097	8,3	8,4	8,5	- 2,6	- 0,1	+ 1,3
Westdeutschland	549 232	538 753	547 121	8,4	8,4	8,5	- 2,4	- 0,4	+ 1,6
Ostdeutschland	133 282	134 791	134 976	8,1	8,5	8,5	- 3,7	+ 1,3	+ 0,1

3. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Wanderungssaldo			Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+ 4 407	+ 65 806	+ 70 172	+ 0,4	+ 6,2	+ 6,6	+ 65 765	+ 4 366
Bayern	+ 14 049	+ 91 586	+ 97 647	+ 1,1	+ 7,3	+ 7,8	+ 83 598	+ 6 061
Berlin	+ 15 310	+ 41 324	+ 41 892	+ 4,5	+ 12,4	+ 12,3	+ 26 582	+ 568
Brandenburg	- 5 280	+ 5 729	+ 10 636	- 2,1	+ 2,3	+ 4,3	+ 15 916	+ 4 907
Bremen	+ 560	+ 4 103	+ 4 542	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,9	+ 3 982	+ 439
Hamburg	+ 1 751	+ 15 011	+ 11 959	+ 1,0	+ 8,7	+ 6,9	+ 10 208	- 3 052
Hessen	- 1 409	+ 30 641	+ 37 663	- 0,2	+ 5,1	+ 6,3	+ 39 072	+ 7 022
Mecklenburg-Vorpommern	- 10 612	- 615	+ 2 869	- 6,3	- 0,4	+ 1,8	+ 13 481	+ 3 484
Niedersachsen	- 4 337	+ 28 653	+ 36 475	- 0,5	+ 3,7	+ 4,7	+ 40 812	+ 7 822
Nordrhein-Westfalen	- 23 910	+ 53 493	+ 64 564	- 1,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 88 474	+ 11 071
Rheinland-Pfalz	- 6 645	+ 12 783	+ 17 092	- 1,6	+ 3,2	+ 4,3	+ 23 737	+ 4 309
Saarland	- 884	+ 1 548	+ 2 296	- 0,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 3 180	+ 748
Sachsen	- 12 519	+ 11 728	+ 13 429	- 3,0	+ 2,9	+ 3,3	+ 25 948	+ 1 701
Sachsen-Anhalt	- 18 566	- 4 255	- 848	- 7,7	- 1,9	- 0,4	+ 17 718	+ 3 407
Schleswig-Holstein	+ 5 054	+ 13 138	+ 18 067	+ 1,8	+ 4,7	+ 6,4	+ 13 013	+ 4 929
Thüringen	- 12 693	- 1 728	+ 152	- 5,6	- 0,8	+ 0,1	+ 12 845	+ 1 880
Deutschland	- 55 724	+ 368 945	+ 428 607	- 0,7	+ 4,6	+ 5,3	+ 484 331	+ 59 662
Westdeutschland	- 11 364	+ 316 762	+ 360 477	- 0,2	+ 4,9	+ 5,6	+ 371 841	+ 43 715
Ostdeutschland	- 44 360	+ 52 183	+ 34 306	- 2,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 78 666	- 17 877

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

Familie und Beruf

4. Eheschließungen

Land	Eheschließungen			Eheschließungen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 612	50 555	48 423	45,2	48,0	45,7	- 0,4	- 4,2
Bayern	58 300	61 768	59 623	46,6	49,5	47,5	+ 2,3	- 3,5
Berlin	11 762	13 222	12 963	34,3	39,5	38,2	+ 10,2	- 2,0
Brandenburg	11 757	12 505	12 248	46,5	51,0	50,0	+ 4,2	- 2,1
Bremen	2 804	2 706	2 619	42,4	41,5	40,0	- 6,6	- 3,2
Hamburg	6 615	6 774	6 746	37,4	39,3	38,7	+ 2,0	- 0,4
Hessen	26 685	27 721	26 894	44,0	46,2	44,6	+ 0,8	- 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	10 464	10 713	10 269	62,5	66,8	64,3	- 1,9	- 4,1
Niedersachsen	39 234	38 947	37 405	49,2	50,0	48,0	- 4,7	- 4,0
Nordrhein-Westfalen	81 515	81 759	79 899	45,4	46,6	45,5	- 2,0	- 2,3
Rheinland-Pfalz	20 059	20 242	19 223	49,7	50,7	48,2	- 4,2	- 5,0
Saarland	4 936	4 968	4 502	47,7	49,9	45,4	- 8,8	- 9,4
Sachsen	17 397	18 348	17 323	41,4	45,3	42,9	- 0,4	- 5,6
Sachsen-Anhalt	10 515	10 707	10 084	43,8	47,2	44,8	- 4,1	- 5,8
Schleswig-Holstein	16 590	16 383	15 861	58,5	58,4	56,5	- 4,4	- 3,2
Thüringen	9 810	10 105	9 578	43,1	46,5	44,3	- 2,4	- 5,2
Deutschland	377 055	387 423	373 660	45,9	48,2	46,4	- 0,9	- 3,6
Westdeutschland	305 350	311 823	301 195	46,5	48,3	46,6	- 1,4	- 3,4
Ostdeutschland	71 705	75 600	72 465	43,4	47,6	45,6	+ 1,1	- 4,1

5. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen			Ehescheidungen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	22 792	22 226	20 933	21,2	21,1	19,8	- 8,2	- 5,8
Bayern	27 566	25 644	24 797	22,0	20,6	19,8	- 10,0	- 3,3
Berlin	7 716	7 267	6 628	22,5	21,7	19,5	- 14,1	- 8,8
Brandenburg	5 060	5 031	5 003	20,0	20,5	20,4	- 1,1	- 0,6
Bremen	1 647	1 391	1 404	24,9	21,3	21,4	- 14,8	+ 0,9
Hamburg	4 476	3 446	3 199	25,3	20,0	18,4	- 28,5	- 7,2
Hessen	15 437	14 334	13 180	25,4	23,9	21,9	- 14,6	- 8,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 195	3 276	2 903	19,1	20,4	18,2	- 9,1	- 11,4
Niedersachsen	20 368	17 806	17 307	25,6	22,9	22,2	- 15,0	- 2,8
Nordrhein-Westfalen	46 098	43 399	40 450	25,7	24,7	23,1	- 12,3	- 6,8
Rheinland-Pfalz	10 273	9 724	9 377	25,4	24,4	23,5	- 8,7	- 3,6
Saarland	2 734	2 491	2 237	26,4	25,0	22,6	- 18,2	- 10,2
Sachsen	7 716	7 104	7 272	18,3	17,6	18,0	- 5,8	+ 2,4
Sachsen-Anhalt	4 994	4 620	4 220	20,8	20,4	18,8	- 15,5	- 8,7
Schleswig-Holstein	7 459	7 113	6 683	26,3	25,4	23,8	- 10,4	- 6,0
Thüringen	4 417	4 275	4 240	19,4	19,7	19,6	- 4,0	- 0,8
Deutschland	191 948	179 147	169 833	23,4	22,3	21,1	- 11,5	- 5,2
Westdeutschland	158 850	147 574	139 567	24,2	22,9	21,6	- 12,1	- 5,4
Ostdeutschland	33 098	31 573	30 266	20,0	19,9	19,0	- 8,6	- 4,1

6. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztagsbetreuungsquote	Personal-schlüssel	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013			2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%			
Baden-Württemberg	38 214	62 732	67 948	13,6	23,1	24,9	8,3	3,3	+ 77,8	+ 8,3
Bayern	42 704	73 003	79 714	13,2	23,0	24,8	8,6	3,9	+ 86,7	+ 9,2
Berlin	35 923	41 820	43 890	40,4	42,6	43,7	29,9	x	+ 22,2	+ 4,9
Brandenburg	24 880	30 708	30 960	44,8	53,4	53,6	38,3	6,5	+ 24,4	+ 0,8
Bremen	2 067	3 432	3 776	12,7	21,2	23,2	12,5	3,2	+ 82,7	+ 10,0
Hamburg	9 659	17 738	19 337	20,1	35,8	38,4	21,5	5,4	+ 100,2	+ 9,0
Hessen	22 349	36 729	40 134	14,2	23,7	25,7	15,0	4,0	+ 79,6	+ 9,3
Mecklenburg-Vorpommern	16 916	21 025	21 251	44,9	53,6	54,5	39,7	6,1	+ 25,6	+ 1,1
Niedersachsen	18 085	41 772	46 134	9,1	22,1	24,4	8,5	4,2	+ 155,1	+ 10,4
Nordrhein-Westfalen	42 390	79 118	87 185	9,3	18,1	19,9	13,4	3,6	+ 105,7	+ 10,2
Rheinland-Pfalz	14 606	25 589	27 039	15,0	27,0	28,2	9,9	3,8	+ 85,1	+ 5,7
Saarland	3 104	4 670	5 181	14,1	22,1	24,6	17,0	3,7	+ 66,9	+ 10,9
Sachsen	36 127	48 244	49 527	36,5	46,4	47,2	38,4	6,6	+ 37,1	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	26 984	29 559	29 577	52,7	57,5	57,7	38,8	6,7	+ 9,6	+ 0,1
Schleswig-Holstein	8 096	16 295	17 700	11,6	24,2	26,3	10,6	3,9	+ 118,6	+ 8,6
Thüringen	19 519	25 774	26 936	38,9	49,8	51,4	44,8	5,4	+ 38,0	+ 4,5
Deutschland	361 623	558 208	596 289	17,6	27,6	29,3	15,8	4,6	+ 64,9	+ 6,8
Westdeutschland	201 274	361 078	394 148	12,1	22,3	24,2	10,4	...	+ 95,8	+ 9,2
Ostdeutschland	124 426	197 130	202 141	42,4	49,0	49,8	37,3	...	+ 62,5	+ 2,5

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

Stichtag im Berichtsjahr 2008: 15.03.; Berichtsjahre 2012/2013: jeweils 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	27 638	45 462	49 877	9,3	16,1	17,7	+ 80,5	+ 9,7
Bayern	68 433	87 864	95 213	20,1	27,0	29,2	+ 39,1	+ 8,4
Berlin	44 481	53 937	56 963	53,7	58,7	60,2	+ 28,1	+ 5,6
Brandenburg	28 630	35 024	36 799	49,9	59,1	60,9	+ 28,5	+ 5,1
Bremen	3 139	4 296	4 893	20,0	26,6	30,2	+ 55,9	+ 13,9
Hamburg	13 153	18 200	19 779	29,2	38,4	41,5	+ 50,4	+ 8,7
Hessen	47 728	65 187	69 998	29,3	41,4	44,3	+ 46,7	+ 7,4
Mecklenburg-Vorpommern	20 187	24 186	25 485	52,9	62,6	64,8	+ 26,2	+ 5,4
Niedersachsen	23 653	37 966	42 887	10,9	19,0	21,6	+ 81,3	+ 13,0
Nordrhein-Westfalen	129 237	172 594	180 416	26,8	37,9	39,8	+ 39,6	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	24 491	44 021	45 683	23,4	44,7	46,6	+ 86,5	+ 3,8
Saarland	4 440	7 554	8 423	19,0	34,8	39,2	+ 89,7	+ 11,5
Sachsen	63 782	77 085	80 410	66,0	76,5	78,1	+ 26,1	+ 4,3
Sachsen-Anhalt	27 826	32 707	33 926	54,5	63,5	65,1	+ 21,9	+ 3,7
Schleswig-Holstein	9 791	15 489	17 453	12,8	21,6	24,4	+ 78,3	+ 12,7
Thüringen	43 036	44 474	45 584	84,9	87,4	88,1	+ 5,9	+ 2,5
Deutschland	579 645	766 046	813 789	27,1	37,1	39,3	+ 40,4	+ 6,2
Westdeutschland	351 703	498 633	534 622	19,9	29,8	32,0	+ 52,0	+ 7,2
Ostdeutschland	183 461	267 413	279 167	62,4	68,0	69,6	+ 52,2	+ 4,4

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag im Berichtsjahr 2008: 15.03.; Berichtsjahre 2012/2013: jeweils 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil männlicher Elterngeldbezieher		Durchschnittl. Elterngeldbezugsdauer bei Vätern für im Jahre ... geb. Kinder	Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren			
	für im Jahre 2011 geborene Kinder	für im Jahre 2012 geborene Kinder	für im Jahre 2011 geborene Kinder	für im Jahre 2012 geborene Kinder		2013		2014	
	2013	2014	2013	2014		männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl		%		Monate	%			
Baden-Württemberg	110 833	116 274	23,4	25,2	2,9	90,5	65,0	89,8	65,7
Bayern	135 443	143 459	26,8	27,8	2,8	91,9	70,3	92,6	72,1
Berlin	40 431	43 376	25,7	26,8	3,9	84,6	63,5	85,6	64,4
Brandenburg	22 649	23 504	23,4	24,7	3,1	88,4	73,2	89,1	75,5
Bremen	6 004	6 409	18,4	19,2	4,4	86,3	56,7	87,0	55,5
Hamburg	20 848	22 063	24,0	25,6	3,4	89,7	68,6	90,6	70,0
Hessen	61 626	63 188	21,4	22,8	3,2	88,7	64,1	90,1	65,4
Mecklenburg-Vorpommern	14 746	15 254	18,6	20,3	3,4	87,3	70,4	88,6	72,9
Niedersachsen	72 291	75 417	20,4	21,5	3,3	86,1	63,9	87,1	64,5
Nordrhein-Westfalen	160 628	165 789	17,6	18,3	3,8	87,8	60,1	89,3	62,2
Rheinland-Pfalz	35 922	36 643	19,2	20,2	3,2	87,8	63,0	88,3	63,8
Saarland	7 838	7 787	15,8	16,1	3,5	87,3	60,2	89,2	61,5
Sachsen	45 016	46 872	26,7	28,1	2,9	91,4	75,0	91,9	75,9
Sachsen-Anhalt	19 187	19 502	18,4	19,1	3,4	88,6	66,5	89,6	67,7
Schleswig-Holstein	24 908	26 145	19,6	20,0	3,4	90,3	69,2	91,6	69,7
Thüringen	21 803	22 677	24,4	25,8	2,9	88,3	72,8	89,3	74,6
Deutschland	800 173	834 359	22,1	23,3	3,2	89,2	65,7	89,9	67,1
Westdeutschland	636 341	663 174	21,6	22,8	...	89,4	64,6	90,2	66,0
Ostdeutschland	163 832	171 185	24,0	25,3	...	88,3	70,2	89,0	71,5

9. Erwerbstätige in Teilzeitarbeit¹⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauen			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen ²⁾	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		2013/2008	2013/2012
	1 000							%	
Baden-Württemberg	1 441	1 507	1 585	1 186	1 222	1 274	30,0	+ 10,0	+ 5,2
Bayern	1 574	1 734	1 772	1 318	1 424	1 450	28,0	+ 12,6	+ 2,2
Berlin	400	430	448	261	274	284	28,8	+ 12,0	+ 4,3
Brandenburg	256	254	262	191	192	199	22,4	+ 2,1	+ 3,0
Bremen	86	94	98	63	69	71	34,1	+ 14,1	+ 4,5
Hamburg	220	224	239	156	161	170	27,8	+ 8,8	+ 6,6
Hessen	789	830	867	634	652	681	30,0	+ 9,9	+ 4,5
Mecklenburg-Vorpommern	169	160	166	126	120	123	23,1	- 2,0	+ 3,5
Niedersachsen	971	1 076	1 099	814	878	896	30,4	+ 13,1	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	2 168	2 243	2 321	1 754	1 805	1 846	29,5	+ 7,1	+ 3,5
Rheinland-Pfalz	526	550	562	436	445	453	29,8	+ 6,8	+ 2,1
Saarland	124	129	130	103	105	106	29,1	+ 4,5	+ 0,7
Sachsen	410	405	424	310	300	310	22,8	+ 3,2	+ 4,8
Sachsen-Anhalt	234	224	226	181	174	176	22,2	- 3,3	+ 0,7
Schleswig-Holstein	387	398	390	306	314	308	30,3	+ 0,8	- 2,1
Thüringen	218	221	229	169	168	174	22,1	+ 5,1	+ 3,6
Deutschland	9 975	10 481	10 819	8 006	8 303	8 521	28,4	+ 8,5	+ 3,2
Westdeutschland	8 287	8 786	9 064	6 768	7 075	7 255	29,5	+ 9,4	+ 3,2
Ostdeutschland	1 688	1 695	1 755	1 238	1 228	1 266	23,9	+ 3,9	+ 3,6

1) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

2) Ohne Auszubildende.

Quelle: Mikrozensus. Daten bis 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

10. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Darunter Frauen		Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2008	2012	2013	2008	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	1 000			%	1 000	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	305	327	324	85,8	85,6	85	28	31	+ 6,0	- 1,0
Bayern	394	389	397	85,3	85,1	84	31	31	+ 0,8	+ 2,2
Berlin	155	148	150	86,9	86,9	87	45	44	- 2,7	+ 1,3
Brandenburg	101	102	98	86,8	88,7	88	40	42	- 3,6	- 4,3
Bremen	28	28	27	84,0	88,0	90	42	43	- 0,9	- 3,8
Hamburg	66	72	69	88,1	88,1	87	37	42	+ 5,6	- 3,1
Hessen	191	187	186	87,2	85,5	86	31	31	- 2,6	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	63	64	57	90,4	89,2	87	38	40	- 9,6	- 10,2
Niedersachsen	246	236	240	87,7	85,7	85	31	30	- 2,6	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	541	580	569	87,0	85,9	86	30	33	+ 5,2	- 1,9
Rheinland-Pfalz	131	135	130	86,0	84,1	83	33	34	- 1,1	- 3,5
Saarland	39	37	37	87,6	81,0	80	38	37	- 6,3	- 0,1
Sachsen	142	135	135	88,3	87,7	86	34	33	- 5,3	- 0,1
Sachsen-Anhalt	91	82	82	89,3	88,4	88	38	36	- 9,8	- 0,2
Schleswig-Holstein	89	93	92	87,0	83,7	87	31	33	+ 3,5	- 0,5
Thüringen	85	83	85	86,2	84,9	87	37	38	- 0,6	+ 1,7
Deutschland	2 669	2 698	2 679	86,8	85,9	86	32	34	+ 0,4	- 0,7
Westdeutschland	2 031	2 083	2 072	86,5	85,5	85	31	32	+ 2,0	- 0,6
Ostdeutschland	638	615	607	87,8	87,5	87	39	39	- 4,9	- 1,3

Quelle: Mikrozensus. Daten bis 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige¹⁾

Land	Erwerbstätige insgesamt			Frauenanteil	Selbstständigenquote		Veränderung insgesamt	
	2008	2012	2013		2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl (1 000)				%			
Baden-Württemberg	5 373	5 397	5 513	46,4	10,3	10,2	+ 2,6	+ 2,2
Bayern	6 301	6 496	6 590	46,2	11,6	11,2	+ 4,6	+ 1,5
Berlin	1 512	1 570	1 605	47,8	17,2	16,7	+ 6,1	+ 2,2
Brandenburg	1 229	1 203	1 201	47,7	11,1	11,0	- 2,2	- 0,2
Bremen	288	299	299	47,2	11,6	10,2	+ 3,9	- 0,1
Hamburg	861	864	886	48,3	14,4	13,7	+ 2,8	+ 2,5
Hessen	2 872	2 965	3 007	46,6	11,7	11,3	+ 4,7	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	776	745	743	47,4	8,7	8,5	- 4,3	- 0,2
Niedersachsen	3 603	3 733	3 779	46,4	10,2	9,8	+ 4,9	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	8 093	8 151	8 196	46,1	10,3	10,0	+ 1,3	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	1 923	1 956	1 966	46,0	10,4	10,0	+ 2,3	+ 0,5
Saarland	455	460	465	45,4	7,8	7,7	+ 2,3	+ 1,2
Sachsen	1 937	1 892	1 908	47,0	11,3	11,1	- 1,5	+ 0,9
Sachsen-Anhalt	1 089	1 056	1 050	46,8	8,7	8,5	- 3,6	- 0,6
Schleswig-Holstein	1 334	1 350	1 339	46,8	11,5	11,6	+ 0,4	- 0,8
Thüringen	1 088	1 070	1 071	46,5	10,4	9,7	- 1,6	+ 0,0
Deutschland	38 734	39 206	39 618	46,5	11,0	10,7	+ 2,3	+ 1,1
Westdeutschland	31 102	31 670	32 040	46,3	10,8	10,5	+ 3,0	+ 1,2
Ostdeutschland	7 632	7 536	7 578	47,2	11,7	11,5	- 0,7	+ 0,6

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus bis 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

12. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Frauen- erwerbs- tätigenquote	Veränderung der Männer- erwerbs- tätigenquote
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2012	
	%						Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	67,6	70,3	71,6	80,5	80,6	80,9	+ 1,2	+ 0,3
Bayern	67,5	70,9	71,9	80,5	81,7	82,0	+ 0,9	+ 0,3
Berlin	60,2	65,5	65,9	64,7	71,0	71,1	+ 0,4	+ 0,0
Brandenburg	67,8	71,7	72,8	73,6	75,8	76,4	+ 1,1	+ 0,6
Bremen	60,0	63,7	64,0	68,7	72,6	70,9	+ 0,3	- 1,7
Hamburg	65,6	69,6	70,7	75,0	76,9	76,6	+ 1,1	- 0,4
Hessen	64,1	67,7	68,9	76,5	78,4	78,3	+ 1,1	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	65,4	67,8	68,1	70,4	72,6	72,5	+ 0,3	- 0,1
Niedersachsen	62,2	67,3	68,4	74,6	77,3	77,8	+ 1,1	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	60,4	63,9	64,5	74,4	75,6	75,1	+ 0,6	- 0,5
Rheinland-Pfalz	64,6	67,5	68,2	77,9	78,7	78,8	+ 0,7	+ 0,1
Saarland	60,2	62,3	63,9	73,2	75,2	75,8	+ 1,6	+ 0,6
Sachsen	66,7	70,7	71,7	71,8	76,1	76,4	+ 1,0	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	64,5	69,6	70,0	70,7	74,5	75,3	+ 0,5	+ 0,7
Schleswig-Holstein	64,8	68,7	68,4	76,3	77,6	77,5	- 0,3	- 0,1
Thüringen	65,6	71,2	72,3	74,2	77,5	77,9	+ 1,1	+ 0,4
Deutschland	64,3	68,0	68,8	75,7	77,6	77,7	+ 0,8	+ 0,1
Westdeutschland	64,1	67,7	68,5	77,0	78,4	78,4	+ 0,9	+ 0,0
Ostdeutschland	64,9	69,3	70,0	70,6	74,6	74,9	+ 0,7	+ 0,3

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus bis 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil d. Frauen am Insgesamt	Veränderung insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		2013/2008	2013/2012
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	3 913 754	4 111 777	4 173 813	1 713 011	1 842 081	1 877 096	45,0	+ 6,6	+ 1,5
Bayern	4 549 401	4 869 740	4 952 048	2 024 993	2 210 909	2 255 088	45,5	+ 8,9	+ 1,7
Berlin	1 085 692	1 198 816	1 228 276	557 459	615 060	630 240	51,3	+ 13,1	+ 2,5
Brandenburg	748 601	783 785	785 472	361 931	378 969	380 270	48,4	+ 4,9	+ 0,2
Bremen	287 119	299 262	301 317	122 511	130 335	131 644	43,7	+ 4,9	+ 0,7
Hamburg	797 999	858 086	873 665	362 157	397 256	406 029	46,5	+ 9,5	+ 1,8
Hessen	2 180 756	2 295 315	2 314 263	964 087	1 037 468	1 050 694	45,4	+ 6,1	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	528 230	542 440	543 429	269 127	278 826	280 209	51,6	+ 2,9	+ 0,2
Niedersachsen	2 437 510	2 632 663	2 666 978	1 078 108	1 185 315	1 204 263	45,2	+ 9,4	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	5 850 500	6 133 344	6 192 635	2 520 672	2 720 813	2 765 292	44,7	+ 5,8	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	1 214 586	1 284 872	1 299 299	543 785	588 819	599 018	46,1	+ 7,0	+ 1,1
Saarland	353 670	369 274	369 657	148 608	161 383	162 542	44,0	+ 4,5	+ 0,1
Sachsen	1 412 446	1 474 666	1 484 329	687 172	722 827	729 608	49,2	+ 5,1	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	755 306	773 165	769 214	371 488	382 269	381 692	49,6	+ 1,8	- 0,5
Schleswig-Holstein	822 633	872 379	882 298	384 257	413 857	419 699	47,6	+ 7,3	+ 1,1
Thüringen	747 891	773 674	773 965	356 573	373 037	374 469	48,4	+ 3,5	+ 0,0
Deutschland ²⁾	27 695 398	29 280 034	29 615 680	12 469 559	13 441 817	13 649 914	46,1	+ 6,9	+ 1,1
Westdeutschland	22 407 928	23 726 712	24 025 973	9 862 189	10 688 236	10 871 365	45,2	+ 7,2	+ 1,3
Ostdeutschland	5 278 166	5 546 546	5 584 685	2 603 750	2 750 988	2 776 488	49,7	+ 5,8	+ 0,7

1) Aufgrund einer umfangreichen Datenrevision weichen die Angaben von früheren Veröffentlichungen ab.

2) Einschließlich Beschäftigter, die keinem Land zuzuordnen waren sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

14. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Geringfügig Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil d. Frauen am Insgesamt	Veränderung insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		2013/2008	2013/2012
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	717 891	723 301	723 794	494 949	483 741	479 411	66,2	+ 0,8	+ 0,1
Bayern	766 852	776 414	783 767	546 982	534 567	534 645	68,2	+ 2,2	+ 0,9
Berlin	145 789	150 214	153 901	81 342	82 601	84 310	54,8	+ 5,6	+ 2,5
Brandenburg	100 381	101 666	102 155	57 031	57 337	57 295	56,1	+ 1,8	+ 0,5
Bremen	49 037	47 501	48 168	31 094	29 201	29 157	60,5	- 1,8	+ 1,4
Hamburg	103 238	107 081	109 181	65 361	65 599	66 009	60,5	+ 5,8	+ 2,0
Hessen	377 068	381 794	384 577	256 611	250 135	249 220	64,8	+ 2,0	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	68 670	67 048	68 227	39 136	36 986	37 190	54,5	- 0,6	+ 1,8
Niedersachsen	525 119	522 921	527 408	363 770	351 956	350 663	66,5	+ 0,4	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	1 274 017	1 278 488	1 282 925	869 802	848 288	841 491	65,6	+ 0,7	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	259 455	263 439	266 840	181 298	177 829	177 331	66,5	+ 2,8	+ 1,3
Saarland	72 655	71 326	71 432	51 073	47 859	47 207	66,1	- 1,7	+ 0,1
Sachsen	186 410	179 263	180 302	111 678	104 962	104 416	57,9	- 3,3	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	92 725	88 078	88 272	56 668	52 687	52 314	59,3	- 4,8	+ 0,2
Schleswig-Holstein	178 760	181 081	181 755	118 162	115 760	114 837	63,2	+ 1,7	+ 0,4
Thüringen	94 703	87 792	87 591	58 100	51 679	51 104	58,3	- 7,5	- 0,2
Deutschland ²⁾	5 012 770	5 027 407	5 060 295	3 383 057	3 291 187	3 276 600	64,8	+ 0,9	+ 0,7
Westdeutschland	4 324 092	4 353 346	4 379 847	2 979 102	2 904 935	2 889 971	66,0	+ 1,3	+ 0,6
Ostdeutschland	688 678	674 061	680 448	403 955	386 252	386 629	56,8	- 1,2	+ 0,9

1) Aufgrund einer umfangreichen Datenrevision weichen die Angaben von früheren Veröffentlichungen ab.

2) Einschließlich Beschäftigter, die keinem Land zuzuordnen waren sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

15. Erwerbstätige (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion

Land	Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion insgesamt			Darunter Frauen	Anteil an allen Erwerbstätigen			Veränderung insgesamt	
	2008	20012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl (1 000)				%				
Baden-Württemberg	954	1 032	1 096	437	17,8	19,1	19,9	+ 14,9	+ 6,2
Bayern	1 077	1 210	1 266	518	17,1	18,6	19,2	+ 17,5	+ 4,6
Berlin	457	497	513	242	30,2	31,7	32,0	+ 12,2	+ 3,2
Brandenburg	210	191	207	97	17,1	15,9	17,2	- 1,6	+ 7,9
Bremen	57	67	67	32	19,9	22,3	22,3	+ 16,3	+ 0,1
Hamburg	215	223	244	120	24,9	25,8	27,6	+ 13,8	+ 9,6
Hessen	584	626	663	283	20,3	21,1	22,1	+ 13,6	+ 5,9
Mecklenburg-Vorpommern	110	95	104	54	14,1	12,8	14,0	- 5,4	+ 9,0
Niedersachsen	555	596	631	270	15,4	16,0	16,7	+ 13,7	+ 5,8
Nordrhein-Westfalen	1 403	1 447	1 515	660	17,3	17,8	18,5	+ 7,9	+ 4,7
Rheinland-Pfalz	301	322	336	137	15,7	16,5	17,1	+ 11,4	+ 4,1
Saarland	64	73	72	27	14,0	15,9	15,5	+ 12,8	- 1,4
Sachsen	336	334	352	168	17,4	17,6	18,5	+ 4,8	+ 5,7
Sachsen-Anhalt	134	145	154	77	12,3	13,7	14,7	+ 15,1	+ 6,1
Schleswig-Holstein	211	217	225	95	15,9	16,1	16,8	+ 6,3	+ 3,5
Thüringen	155	157	159	76	14,3	14,6	14,9	+ 2,5	+ 1,7
Deutschland	6 824	7 232	7 603	3 294	17,6	18,5	19,2	+ 11,4	+ 5,1
Westdeutschland	5 422	5 813	6 114	2 580	17,4	18,4	19,1	+ 12,8	+ 5,2
Ostdeutschland	1 402	1 419	1 489	714	18,4	18,8	19,6	+ 6,2	+ 4,9

Quelle: Mikrozensus. Daten bis 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (Jahresdurchschnitt)			Unterbeschäftigungsquote ²⁾	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	Juni 2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	228 615	222 196	233 945	4,1	3,9	4,1	5,4	+ 2,3	+ 5,3
Bayern	276 333	248 840	264 523	4,2	3,7	3,8	5,1	- 4,3	+ 6,3
Berlin	233 322	215 353	210 083	13,8	12,3	11,7	15,6	- 10,0	- 2,4
Brandenburg	174 459	136 115	132 328	12,9	10,2	9,9	12,7	- 24,1	- 2,8
Bremen	36 726	36 826	37 197	11,4	11,2	11,1	14,4	+ 1,3	+ 1,0
Hamburg	72 847	70 435	71 557	8,1	7,5	7,4	10,3	- 1,8	+ 1,6
Hessen	203 309	178 320	185 607	6,5	5,7	5,8	7,5	- 8,7	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	124 030	101 891	98 950	14,1	12,0	11,7	15,2	- 20,2	- 2,9
Niedersachsen	303 165	264 533	269 201	7,6	6,6	6,6	8,5	- 11,2	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	757 200	733 276	762 756	8,5	8,1	8,3	10,4	+ 0,7	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	116 090	111 079	116 353	5,6	5,3	5,5	7,1	+ 0,2	+ 4,7
Saarland	36 942	34 283	37 383	7,3	6,7	7,3	9,9	+ 1,2	+ 9,0
Sachsen	278 725	207 796	200 628	12,8	9,8	9,4	12,3	- 28,0	- 3,4
Sachsen-Anhalt	174 515	136 678	132 133	13,9	11,5	11,2	15,5	- 24,3	- 3,3
Schleswig-Holstein	107 294	100 048	101 749	7,6	6,9	6,9	8,8	- 5,2	+ 1,7
Thüringen	134 882	99 316	95 858	11,2	8,5	8,2	10,8	- 28,9	- 3,5
Deutschland	3 258 453	2 896 985	2 950 250	7,8	6,8	6,9	8,9	- 9,5	+ 1,8
Westdeutschland	2 138 521	1 999 837	2 080 270	6,4	5,9	6,0	7,8	- 2,7	+ 4,0
Ostdeutschland	1 119 933	897 148	869 980	13,1	10,7	10,3	13,6	- 22,3	- 3,0

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

2) Vorläufige Werte.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
				insgesamt		männlich	weiblich		
	2008	2012	2013	2012	2013			2013/2008	2013/2012
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	22 059	19 095	20 623	2,8	3,0	3,3	2,7	- 6,5	+ 8,0
Bayern	28 918	23 893	26 027	3,0	3,2	3,5	2,9	- 10,0	+ 8,9
Berlin	24 355	21 304	19 108	13,3	12,0	13,9	10,1	- 21,5	- 10,3
Brandenburg	19 297	11 949	10 755	9,8	9,7	10,6	8,6	- 44,3	- 10,0
Bremen	3 277	3 369	3 436	9,4	9,6	10,9	8,3	+ 4,9	+ 2,0
Hamburg	6 254	5 213	5 468	5,6	5,8	6,7	4,9	- 12,6	+ 4,9
Hessen	21 203	17 463	18 251	5,3	5,5	6,1	4,9	- 13,9	+ 4,5
Mecklenburg-Vorpommern	14 060	9 950	8 990	11,1	11,1	12,2	9,8	- 36,1	- 9,6
Niedersachsen	31 524	26 343	27 429	5,8	6,0	6,5	5,5	- 13,0	+ 4,1
Nordrhein-Westfalen	73 077	71 241	74 088	7,2	7,4	8,3	6,5	+ 1,4	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	13 919	12 162	12 750	4,8	5,1	5,5	4,6	- 8,4	+ 4,8
Saarland	3 457	3 624	3 983	6,5	7,1	7,9	6,3	+ 15,2	+ 9,9
Sachsen	31 933	17 764	16 117	8,4	8,3	8,8	7,6	- 49,5	- 9,3
Sachsen-Anhalt	18 834	11 976	10 887	10,2	10,2	10,6	9,6	- 42,2	- 9,1
Schleswig-Holstein	12 367	10 752	11 166	6,7	6,8	7,8	5,9	- 9,7	+ 3,9
Thüringen	12 992	7 938	7 184	7,0	7,0	7,1	6,8	- 44,7	- 9,5
Deutschland	338 525	274 035	276 262	5,9	6,0	6,5	5,3	- 18,4	+ 0,8
Westdeutschland	216 089	193 155	203 221	5,0	5,2	5,8	4,6	- 6,0	+ 5,2
Ostdeutschland	122 500	80 880	73 041	10,0	9,6	10,5	8,7	- 40,4	- 9,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wirtschaft und Einkommen

18. Bruttoinlandsprodukt

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	363 852	395 568	407 245	64 054	68 180	69 460	+ 4,6	+ 0,9
Bayern	419 468	473 568	487 987	63 315	68 066	69 530	+ 8,5	+ 1,0
Berlin	95 097	105 149	109 186	58 147	59 944	61 069	+ 6,2	+ 1,2
Brandenburg	53 064	57 269	59 125	50 602	53 328	55 229	+ 2,4	+ 0,7
Bremen	26 896	27 819	28 578	66 331	66 939	68 533	- 0,2	+ 0,5
Hamburg	92 406	94 922	97 731	83 799	81 315	82 916	+ 0,1	+ 0,8
Hessen	223 286	227 978	235 685	71 503	70 524	72 605	- 1,1	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	34 106	36 650	37 061	46 210	50 487	51 563	+ 0,1	- 1,1
Niedersachsen	212 117	233 811	238 981	57 978	61 190	62 122	+ 5,0	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	553 972	586 675	599 752	63 911	65 964	67 167	+ 0,8	- 0,1
Rheinland-Pfalz	107 654	118 882	121 579	57 268	61 873	63 196	+ 4,5	+ 0,2
Saarland	31 150	31 814	32 056	61 080	61 786	62 849	- 3,6	- 1,3
Sachsen	91 526	97 225	99 894	46 924	49 159	50 246	+ 0,7	+ 0,3
Sachsen-Anhalt	50 306	52 573	53 004	49 470	52 318	53 063	- 3,4	- 1,2
Schleswig-Holstein	72 932	76 769	78 702	57 055	58 639	59 919	+ 0,1	- 0,1
Thüringen	45 968	49 728	51 034	44 741	47 998	49 544	+ 2,8	+ 0,5
Deutschland	2 473 800	2 666 400	2 737 600	61 312	64 084	65 429	+ 3,1	+ 0,4
Westdeutschland	2 103 734	2 267 806	2 328 295	64 629	66 448	67 830	+ 3,3	+ 0,5
Ostdeutschland	370 066	398 594	409 305	49 349	52 206	53 452	+ 2,0	+ 0,3

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2008	2012	2013	2013			2013/2008	2013/2012
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	5 680 359	5 801 820	5 862 974	1,3	31,3	67,5	+ 3,2	+ 1,1
Bayern	6 625 095	6 957 476	7 018 407	2,0	27,7	70,3	+ 5,9	+ 0,9
Berlin	1 635 457	1 754 129	1 787 928	0,0	12,2	87,7	+ 9,3	+ 1,9
Brandenburg	1 048 641	1 073 907	1 070 534	2,9	22,9	74,2	+ 2,1	- 0,3
Bremen	405 474	415 583	416 990	0,1	19,1	80,8	+ 2,8	+ 0,3
Hamburg	1 102 707	1 167 331	1 178 673	0,2	12,6	87,2	+ 6,9	+ 1,0
Hessen	3 122 771	3 232 637	3 246 131	0,9	21,7	77,4	+ 4,0	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	738 052	725 931	718 752	3,2	19,4	77,4	- 2,6	- 1,0
Niedersachsen	3 658 597	3 821 058	3 846 943	2,7	24,1	73,3	+ 5,1	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	8 667 920	8 893 927	8 929 234	0,9	23,3	75,8	+ 3,0	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	1 879 849	1 921 405	1 923 836	2,2	26,1	71,7	+ 2,3	+ 0,1
Saarland	509 984	514 905	510 048	0,5	28,0	71,5	+ 0,0	- 0,9
Sachsen	1 950 512	1 977 777	1 988 100	1,5	26,9	71,6	+ 1,9	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	1 016 896	1 004 868	998 890	2,2	26,4	71,5	- 1,8	- 0,6
Schleswig-Holstein	1 278 268	1 309 190	1 313 482	2,8	19,8	77,4	+ 2,8	+ 0,3
Thüringen	1 027 418	1 036 056	1 030 078	2,3	30,1	67,6	+ 0,3	- 0,6
Deutschland	40 348 000	41 608 000	41 841 000	1,5	24,7	73,8	+ 3,7	+ 0,6
Westdeutschland	32 931 024	34 035 332	34 246 718	1,5	25,2	73,3	+ 4,0	+ 0,6
Ostdeutschland	7 416 976	7 572 668	7 594 282	1,7	22,6	75,7	+ 2,4	+ 0,3

20. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2012	2013	2008	2013			2013/2008	2013/2012
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 046	1 922	1 813	0,6	0,5	9,4	24 679	- 30,5	- 2,6
Bayern	4 246	3 760	3 583	1,1	0,8	18,6	25 423	- 36,3	- 2,9
Berlin	8	7	7	0,0	0,0	0,0	14 004	- 38,6	- 0,6
Brandenburg	1 031	988	994	2,2	1,9	5,2	31 507	- 23,4	+ 7,3
Bremen	10	10	9	0,0	0,0	0,0	21 122	- 23,6	- 4,3
Hamburg	86	94	90	0,1	0,1	0,5	37 490	- 20,8	- 0,6
Hessen	1 008	770	750	0,5	0,4	3,9	24 872	- 39,2	+ 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 131	1 080	1 042	3,7	3,1	5,4	45 677	- 24,2	+ 4,9
Niedersachsen	3 664	3 241	3 394	1,9	1,6	17,6	32 997	- 32,1	+ 4,2
Nordrhein-Westfalen	2 517	2 749	2 636	0,5	0,5	13,7	34 368	- 22,2	- 1,3
Rheinland-Pfalz	1 447	1 399	1 329	1,5	1,2	6,9	31 307	- 29,3	- 1,5
Saarland	58	58	58	0,2	0,2	0,3	23 061	- 21,2	+ 4,1
Sachsen	983	952	870	1,2	1,0	4,5	29 695	- 31,5	- 4,5
Sachsen-Anhalt	1 084	1 122	971	2,4	2,0	5,0	44 926	- 27,4	- 4,5
Schleswig-Holstein	1 179	980	963	1,8	1,4	5,0	26 638	- 38,8	+ 0,1
Thüringen	692	849	763	1,7	1,7	4,0	32 811	- 11,9	- 2,0
Deutschland	21 190	19 980	19 270	1,0	0,8	100	30 251	- 30,3	- 0,2
Westdeutschland	16 261	14 983	14 623	0,9	0,7	75,9	28 787	- 24,5	+ 0,3
Ostdeutschland	4 929	4 997	4 647	1,5	1,3	24,1	24 679	- 24,5	+ 0,3

21. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2012	2013	2008	2013			2013/2008	2013/2012
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	124 824	138 018	141 585	38,3	38,8	19,1	77 201	+ 5,2	+ 1,2
Bayern	117 276	142 519	146 229	31,2	33,4	19,7	75 304	+ 15,7	+ 1,1
Berlin	14 708	15 659	15 984	17,3	16,3	2,2	73 002	- 0,8	- 0,6
Brandenburg	13 038	14 388	14 896	27,4	28,1	2,0	60 770	+ 2,4	- 0,1
Bremen	6 544	6 772	7 008	27,2	27,4	0,9	87 875	- 0,4	+ 1,2
Hamburg	13 472	14 142	14 430	16,3	16,5	1,9	97 093	- 0,9	+ 0,2
Hessen	47 223	49 148	50 296	23,6	23,8	6,8	71 424	- 0,9	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 374	6 712	6 763	20,9	20,4	0,9	48 429	- 5,0	- 2,5
Niedersachsen	59 484	66 661	66 876	31,3	31,2	9,0	72 258	+ 4,1	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	150 968	153 035	154 198	30,4	28,7	20,8	74 053	- 6,2	- 1,5
Rheinland-Pfalz	33 193	37 802	38 206	34,4	35,1	5,2	76 024	+ 5,4	- 0,2
Saarland	10 403	10 192	9 921	37,3	34,5	1,3	69 440	- 10,6	- 4,3
Sachsen	25 611	26 640	27 543	31,2	30,8	3,7	51 433	- 2,1	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	14 921	15 464	15 366	33,1	32,3	2,1	58 309	- 7,0	- 2,8
Schleswig-Holstein	16 058	16 120	16 739	24,6	23,7	2,3	64 354	- 5,3	+ 0,8
Thüringen	13 991	14 986	15 240	34,0	33,3	2,1	49 073	+ 1,4	- 0,2
Deutschland	668 090	728 260	741 280	30,1	30,2	100	71 725	+ 2,4	- 0,1
Westdeutschland	579 447	634 410	645 489	30,7	30,9	87,1	74 868	+ 3,0	+ 0,0
Ostdeutschland	88 643	93 850	95 791	26,7	26,1	12,9	77 201	- 1,7	- 0,6

22. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2012	2013	2008	2013			2013/2008	2013/2012
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	199 211	214 147	221 655	61,1	60,7	13,1	56 037	+ 4,0	+ 0,9
Bayern	254 402	277 629	287 619	67,7	65,8	17,0	58 274	+ 5,6	+ 1,1
Berlin	70 509	78 457	81 883	82,7	83,7	4,8	52 205	+ 7,7	+ 1,5
Brandenburg	33 486	35 887	37 110	70,4	70,0	2,2	46 745	+ 2,8	+ 0,9
Bremen	17 549	18 119	18 599	72,8	72,6	1,1	55 224	- 0,2	+ 0,2
Hamburg	69 255	70 732	73 086	83,6	83,4	4,3	71 120	+ 0,3	+ 1,0
Hessen	151 876	154 152	160 222	75,9	75,8	9,5	63 787	- 1,1	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	23 060	25 015	25 417	75,4	76,5	1,5	45 689	+ 2,3	- 0,9
Niedersachsen	126 950	139 392	143 952	66,8	67,2	8,5	51 073	+ 6,1	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	342 980	369 370	380 783	69,1	70,8	22,5	56 243	+ 3,9	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	61 839	67 215	69 448	64,1	63,7	4,1	50 367	+ 4,4	+ 0,6
Saarland	17 455	18 228	18 756	62,5	65,3	1,1	51 433	+ 0,6	+ 0,4
Sachsen	55 431	59 438	61 132	67,6	68,3	3,6	42 951	+ 2,4	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	29 079	30 474	31 177	64,5	65,6	1,8	43 679	- 1,0	- 0,2
Schleswig-Holstein	48 124	51 618	52 847	73,6	74,9	3,1	51 951	+ 2,7	- 0,3
Thüringen	26 513	28 679	29 744	64,4	65,0	1,8	42 719	+ 3,5	+ 1,0
Deutschland	1 527 720	1 638 550	1 693 430	68,9	69,0	100	54 859	+ 3,6	+ 0,7
Westdeutschland	1 289 642	1 380 601	1 426 967	68,4	68,4	84,3	56 813	+ 3,6	+ 0,7
Ostdeutschland	238 078	257 949	266 463	71,8	72,6	15,7	56 037	+ 3,7	+ 0,6

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2008	2012	2013	2008	2013 ²⁾	2013/2008	2013/2012
	Anzahl				%		
Baden-Württemberg	2 202	2 169	2 017	50,1	44,9	- 8,4	- 7,0
Bayern	3 397	3 286	3 018	59,0	50,0	- 11,2	- 8,2
Berlin	1 365	1 286	1 278	102,8	90,8	- 6,4	- 0,6
Brandenburg	710	608	584	79,9	64,2	- 17,7	- 3,9
Bremen	190	230	231	83,1	102,3	+ 21,6	+ 0,4
Hamburg	643	781	1 009	73,2	111,2	+ 56,9	+ 29,2
Hessen	1 638	1 548	1 660	65,2	66,5	+ 1,3	+ 7,2
Mecklenburg-Vorpommern	505	375	311	92,5	55,8	- 38,4	- 17,1
Niedersachsen	2 333	2 314	2 227	86,3	80,8	- 4,5	- 3,8
Nordrhein-Westfalen	10 388	10 548	8 799	155,7	130,8	- 15,3	- 16,6
Rheinland-Pfalz	1 279	1 094	1 085	81,3	69,5	- 15,2	- 0,8
Saarland	350	352	345	97,2	98,2	- 1,4	- 2,0
Sachsen	1 850	1 388	1 255	124,8	83,4	- 32,2	- 9,6
Sachsen-Anhalt	780	657	708	114,0	104,8	- 9,2	+ 7,8
Schleswig-Holstein	1 114	1 143	1 026	102,4	91,1	- 7,9	- 10,2
Thüringen	547	518	442	71,1	57,8	- 19,2	- 14,7
Deutschland	29 291	28 297	25 995	91,9	80,0	- 11,3	- 8,1
Westdeutschland	23 534	23 465	21 417	89,9	80,3	- 9,0	- 8,7
Ostdeutschland	5 757	4 832	4 578	101,0	78,7	- 20,5	- 5,3

1) Ohne Steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2012.

24. Umsatzsteuerpflichtige kleinere und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinstunternehmen	Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistungen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinstunternehmen	Veränderung des KMU-Anteils	
	2012				2007	2011	2012		2012/2007	2012/2011
	Anzahl		Mio. €		%				Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	447 441	418 999	965 666	320 313	33,8	32,8	33,2	10,5	- 0,6	+ 0,3
Bayern	601 828	568 550	958 666	377 343	39,0	39,4	39,4	13,6	+ 0,4	- 0,1
Berlin	140 491	134 565	175 317	68 799	40,2	39,4	39,2	15,8	- 1,0	- 0,2
Brandenburg	90 792	86 437	75 919	47 359	59,9	62,1	62,4	24,2	+ 2,5	+ 0,3
Bremen	22 395	20 369	67 922	22 916	37,6	35,0	33,7	7,7	- 3,8	- 1,3
Hamburg	90 195	83 827	434 583	69 388	19,6	16,2	16,0	4,7	- 3,7	- 0,2
Hessen	248 864	234 888	457 036	157 465	33,7	34,7	34,5	11,9	+ 0,7	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	55 664	52 583	44 508	31 490	73,0	71,3	70,8	28,5	- 2,3	- 0,5
Niedersachsen	274 448	256 574	514 736	198 163	39,3	38,7	38,5	12,8	- 0,8	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	669 940	628 132	1 381 708	471 393	34,3	34,1	34,1	10,9	- 0,2	+ 0,0
Rheinland-Pfalz	155 763	147 705	211 857	91 410	46,6	43,4	43,1	16,1	- 3,5	- 0,2
Saarland	35 016	32 750	70 273	24 509	36,3	34,1	34,9	11,9	- 1,5	+ 0,8
Sachsen	150 278	142 938	121 417	80 077	65,8	66,7	66,0	25,3	+ 0,2	- 0,8
Sachsen-Anhalt	67 414	63 670	64 067	39 597	63,3	61,8	61,8	23,1	- 1,5	- 0,0
Schleswig-Holstein	112 317	105 971	152 296	71 767	51,1	47,2	47,1	16,2	- 3,9	- 0,1
Thüringen	76 375	72 238	56 281	43 680	76,0	77,5	77,6	27,9	+ 1,6	+ 0,1
Deutschland	3 239 221	3 050 196	5 752 249	2 115 671	37,5	36,8	36,8	12,4	- 0,7	- 0,0
Westdeutschland	2 658 207	2 497 765	5 214 741	1 804 667	35,5	34,6	34,6	11,4	- 0,8	- 0,0
Ostdeutschland	581 014	552 431	537 508	311 002	58,7	58,2	57,9	22,3	- 0,8	- 0,4

1) KMU = Unternehmen unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz; KMU-Anteil bzw. Anteil der Kleinstunternehmen: Jeweils Anteil der Lieferungen und Leistungen der KMU bzw. der Kleinstunternehmen an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen.

25. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2013	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2008 ¹⁾	2012	2013	2008	2013		2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	302 707	308 985	313 640	17,4	17,9	257 060	+ 3,6	+ 1,5
Bayern	333 417	336 793	339 204	19,2	19,4	282 900	+ 1,7	+ 0,7
Berlin	28 108	23 327	23 240	1,6	1,3	252 484	- 17,3	- 0,4
Brandenburg	23 657	25 432	25 532	1,4	1,5	257 883	+ 7,9	+ 0,4
Bremen	20 989	24 913	23 341	1,2	1,3	446 453	+ 11,2	- 6,3
Hamburg	78 419	88 419	83 060	4,5	4,7	978 871	+ 5,9	- 6,1
Hessen	104 077	110 573	110 340	6,0	6,3	275 117	+ 6,0	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	13 834	12 729	13 344	0,8	0,8	238 596	- 3,5	+ 4,8
Niedersachsen	190 055	195 405	191 375	10,9	10,9	366 597	+ 0,7	- 2,1
Nordrhein-Westfalen	366 322	342 530	339 998	21,1	19,4	279 630	- 7,2	- 0,7
Rheinland-Pfalz	83 448	89 666	91 785	4,8	5,2	319 560	+ 10,0	+ 2,4
Saarland	27 404	27 147	25 188	1,6	1,4	272 586	- 8,1	- 7,2
Sachsen	58 577	59 529	58 589	3,4	3,3	222 177	+ 0,0	- 1,6
Sachsen-Anhalt	39 574	42 413	42 830	2,3	2,4	325 970	+ 8,2	+ 1,0
Schleswig-Holstein	34 709	36 150	36 865	2,0	2,1	300 554	+ 6,2	+ 2,0
Thüringen	30 763	31 462	31 791	1,8	1,8	188 956	+ 3,3	+ 1,0
Deutschland	1 736 061	1 755 473	1 750 121	100	100	291 306	+ 0,8	- 0,3
Westdeutschland	1 541 548	1 560 581	1 554 794	88,8	88,8	299 141	+ 0,9	- 0,4
Ostdeutschland	194 513	194 892	195 326	11,2	11,2	241 048	+ 0,4	+ 0,2

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

26. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2013	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2008 ¹⁾	2012	2013	2008	2013		2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	11 023	11 768	12 451	12,7	12,9	137 961	+ 12,9	+ 5,8
Bayern	16 761	18 054	19 601	19,3	20,3	139 751	+ 16,9	+ 8,6
Berlin	2 274	2 752	2 897	2,6	3,0	139 276	+ 27,4	+ 5,3
Brandenburg	3 342	3 732	3 747	3,8	3,9	111 234	+ 12,1	+ 0,4
Bremen	656	541	559	0,8	0,6	160 101	- 14,7	+ 3,3
Hamburg	1 870	1 625	1 792	2,2	1,9	197 144	- 4,1	+ 10,3
Hessen	5 771	6 291	6 708	6,6	6,9	129 732	+ 16,2	+ 6,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 641	1 902	1 613	1,9	1,7	101 149	- 1,7	- 15,2
Niedersachsen	9 175	10 548	10 765	10,6	11,1	132 199	+ 17,3	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	14 754	15 801	15 445	17,0	16,0	119 289	+ 4,7	- 2,2
Rheinland-Pfalz	4 493	4 726	4 923	5,2	5,1	126 953	+ 9,6	+ 4,2
Saarland	1 049	1 070	1 085	1,2	1,1	122 573	+ 3,5	+ 1,4
Sachsen	5 647	6 163	6 173	6,5	6,4	108 322	+ 9,3	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	3 156	3 329	3 137	3,6	3,2	104 439	- 0,6	- 5,8
Schleswig-Holstein	2 353	2 576	2 740	2,7	2,8	117 907	+ 16,4	+ 6,4
Thüringen	2 874	2 946	2 967	3,3	3,1	108 931	+ 3,2	+ 0,7
Deutschland	86 839	93 823	96 603	100	100	126 898	+ 11,2	+ 3,0
Westdeutschland	67 906	72 999	76 069	78,2	78,7	131 934	+ 12,0	+ 4,2
Ostdeutschland	18 933	20 824	20 533	21,8	21,3	111 178	+ 8,5	- 1,4

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

27. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen							Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	Gästeübernachtungen insgesamt			darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾				
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl (1 000)			%	Tage			%	
Baden-Württemberg	43 617	47 672	47 756	20,7	2,6	2,6	2,6	+ 9,5	+ 0,2
Bayern	76 910	84 070	84 159	18,9	2,9	2,7	2,7	+ 9,4	+ 0,1
Berlin	17 770	24 896	26 942	42,9	2,2	2,3	2,4	+ 51,6	+ 7,6
Brandenburg	10 172	11 481	11 520	7,2	2,7	2,8	2,7	+ 13,3	+ 0,3
Bremen	1 651	1 916	2 061	21,5	1,8	1,8	1,8	+ 24,8	+ 7,0
Hamburg	7 728	10 634	11 603	22,9	1,9	1,9	2,0	+ 50,2	+ 8,4
Hessen	27 326	29 965	30 321	21,0	2,4	2,3	2,3	+ 11,0	+ 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	27 502	27 941	28 157	3,4	4,2	4,0	4,0	+ 2,4	+ 0,8
Niedersachsen	36 902	40 004	39 901	8,9	3,2	3,1	3,1	+ 8,1	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	41 521	45 419	46 141	20,6	2,3	2,3	2,3	+ 11,1	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	20 233	21 091	20 976	24,9	2,7	2,6	2,6	+ 3,7	- 0,5
Saarland	2 264	2 284	2 572	13,3	2,9	2,9	2,9	+ 13,6	+ 11,2
Sachsen	16 182	18 355	18 285	10,2	2,7	2,6	2,6	+ 13,0	- 0,4
Sachsen-Anhalt	6 700	7 354	7 131	7,1	2,5	2,5	2,5	+ 6,4	- 3,1
Schleswig-Holstein	23 855	24 484	24 806	6,9	2,9	4,0	3,9	+ 4,0	+ 1,3
Thüringen	9 247	9 695	9 535	5,9	2,8	2,7	2,7	+ 3,1	- 1,7
Deutschland	369 580	407 260	411 868	17,5	2,8	2,7	2,7	+ 11,4	+ 1,1
Westdeutschland	282 007	307 539	310 297	17,9	+ 10,0	+ 0,9
Ostdeutschland	87 573	99 721	101 571	16,0	+ 16,0	+ 1,9

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen pro Einwohner

Land	Verfügbares Einkommen pro Einwohner			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner	
	2007	2011	2012	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	19 993	21 574	21 968	107,5	107,1	+ 9,9	+ 1,8
Bayern	20 232	22 241	22 767	110,8	111,0	+ 12,5	+ 2,4
Berlin	16 184	17 314	17 601	86,3	85,8	+ 8,8	+ 1,7
Brandenburg	15 801	17 793	18 026	88,6	87,9	+ 14,1	+ 1,3
Bremen	17 963	19 821	20 206	98,7	98,5	+ 12,5	+ 1,9
Hamburg	20 403	21 638	21 999	107,8	107,3	+ 7,8	+ 1,7
Hessen	18 923	20 761	21 119	103,4	103,0	+ 11,6	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	15 062	16 675	17 036	83,1	83,1	+ 13,1	+ 2,2
Niedersachsen	17 210	19 314	19 739	96,2	96,3	+ 14,7	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	18 165	19 894	20 409	99,1	99,5	+ 12,4	+ 2,6
Rheinland-Pfalz	19 027	21 218	21 608	105,7	105,4	+ 13,6	+ 1,8
Saarland	17 386	19 116	19 421	95,2	94,7	+ 11,7	+ 1,6
Sachsen	15 891	17 479	17 802	87,1	86,8	+ 12,0	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	14 944	17 018	17 374	84,8	84,7	+ 16,3	+ 2,1
Schleswig-Holstein	18 376	20 274	20 892	101,0	101,9	+ 13,7	+ 3,0
Thüringen	15 537	17 150	17 496	85,4	85,3	+ 12,6	+ 2,0
Deutschland	18 263	20 073	20 507	100	100	+ 12,3	+ 2,2
Westdeutschland	18 920	20 763	21 225	103,4	103,5	+ 12,2	+ 2,2
Ostdeutschland	15 665	17 301	17 614	86,2	85,9	+ 12,4	+ 1,8

29. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahres- verdienste ¹⁾
	2008	2012	2013	2008	2013	2008	2012	2013	2013/2012
	€			%					
Baden-Württemberg	44 123	48 938	49 434	73,3	74,7	28	27	27	+ 1,0
Bayern	43 488	47 520	48 174	76,6	77,9	25	25	25	+ 1,4
Berlin	40 382	43 119	43 304	82,9	86,1	16	13	11	+ 0,4
Brandenburg	32 785	35 132	35 740	96,8	96,6	7	8	7	+ 1,7
Bremen	43 428	46 178	47 078	74,7	78,2	27	26	25	+ 1,9
Hamburg	46 447	51 463	51 961	78,7	79,1	22	25	25	+ 1,0
Hessen	47 186	50 395	51 252	78,3	81,0	24	24	22	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	30 368	33 030	33 294	92,4	95,9	3	5	4	+ 0,8
Niedersachsen	39 402	42 347	43 026	80,1	82,9	23	20	20	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	42 770	47 188	47 352	79,6	81,7	24	23	22	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	40 689	44 129	45 476	80,7	81,6	22	23	22	+ 3,1
Saarland	39 672	43 055	43 874	79,7	80,3	26	25	25	+ 1,9
Sachsen	31 429	33 900	34 612	93,8	91,7	9	11	10	+ 2,1
Sachsen-Anhalt	30 876	33 883	34 094	98,8	96,7	3	6	7	+ 0,6
Schleswig-Holstein	37 924	41 176	41 661	79,7	82,9	19	18	17	+ 1,2
Thüringen	30 117	32 953	33 408	93,2	92,7	5	6	7	+ 1,4
Deutschland	41 260	44 991	45 523	79,0	80,7	23	22	22	+ 1,2
Westdeutschland ³⁾	42 905	46 871	47 410	78,0	79,8	24	24	23	+ 1,1
Ostdeutschland ⁴⁾	31 201	33 840	34 344	95,0	94,1	6	8	8	+ 1,5

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010; fortgeschätzt mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. Bei der Berechnung der Veränderungsraten des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes für Mecklenburg-Vorpommern konnten für 2006 bis 2009 geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

30. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Bruttoausgaben	
	insgesamt			je tätige Person		
	2007 ¹⁾	2011	2012		2012/2007 ¹⁾	2012/2011
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	10 399	9 936	10 940	9 074	+ 5,2	+ 10,1
Bayern	11 918	10 767	11 332	9 508	- 4,9	+ 5,2
Berlin	841	803	838	9 076	- 0,4	+ 4,3
Brandenburg	1 046	1 056	827	8 469	- 20,9	- 21,6
Bremen	583	779	802	15 747	+ 37,5	+ 2,9
Hamburg	869	966	1 044	12 560	+ 20,1	+ 8,0
Hessen	3 177	3 230	3 227	8 273	+ 1,6	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	625	387	396	7 252	- 36,6	+ 2,4
Niedersachsen	4 535	5 282	5 493	10 662	+ 21,1	+ 4,0
Nordrhein-Westfalen	10 504	9 403	9 574	7 915	- 8,9	+ 1,8
Rheinland-Pfalz	2 550	2 542	2 753	9 591	+ 7,9	+ 8,3
Saarland	1 027	1 101	1 105	11 802	+ 7,6	+ 0,4
Sachsen	3 371	4 611	3 975	15 325	+ 17,9	- 13,8
Sachsen-Anhalt	1 777	1 417	1 533	11 995	- 13,7	+ 8,2
Schleswig-Holstein	923	850	875	7 300	- 5,2	+ 2,9
Thüringen	1 452	1 456	1 642	10 021	+ 13,1	+ 12,8
Deutschland	55 597	54 585	56 355	9 483	+ 1,4	+ 3,2
Westdeutschland	46 487	44 857	47 144	9 160	+ 1,4	+ 5,1
Ostdeutschland	9 111	9 728	9 211	11 577	+ 1,1	- 5,3

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

31. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		
	Anzahl						2013/2008	2013/2012
							%	
Baden-Württemberg	15 081	14 242	14 564	140	135	137	- 3,4	+ 2,3
Bayern	13 528	14 355	14 829	108	115	118	+ 9,6	+ 3,3
Berlin	891	856	897	26	26	26	+ 0,7	+ 4,8
Brandenburg	366	299	322	14	12	13	- 12,0	+ 7,7
Bremen	144	150	160	22	23	24	+ 11,1	+ 6,7
Hamburg	1 100	761	741	62	44	43	- 32,6	- 2,6
Hessen	2 678	2 294	2 162	44	38	36	- 19,3	- 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	186	180	181	11	11	11	- 2,7	+ 0,6
Niedersachsen	3 351	2 958	2 924	42	38	38	- 12,7	- 1,1
Nordrhein-Westfalen	7 797	6 762	7 073	43	39	40	- 9,3	+ 4,6
Rheinland-Pfalz	1 274	1 129	1 036	32	28	26	- 18,7	- 8,2
Saarland	295	249	252	29	25	25	- 14,6	+ 1,2
Sachsen	998	1 057	966	24	26	24	- 3,2	- 8,6
Sachsen-Anhalt	356	247	228	15	11	10	- 36,0	- 7,7
Schleswig-Holstein	590	516	465	21	18	17	- 21,2	- 9,9
Thüringen	605	594	536	27	27	25	- 11,4	- 9,8
Deutschland	49 240	46 649	47 336	60	58	59	- 3,9	+ 1,5
Westdeutschland	45 838	43 416	44 206	70	67	68	- 3,6	+ 1,8
Ostdeutschland	3 402	3 233	3 130	21	20	20	- 8,0	- 3,2

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt.

Globalisierung

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2013	Veränderung der Ausfuhren	
	2008	2012	2013 ¹⁾		2013/2008	2013/2012
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	149 338	175 104	173 262	19,5	+ 16,0	- 1,1
Bayern	154 333	164 588	167 494	18,8	+ 8,5	+ 1,8
Berlin	11 575	13 631	12 823	1,4	+ 10,8	- 5,9
Brandenburg	12 172	13 316	13 112	1,5	+ 7,7	- 1,5
Bremen	13 202	17 858	14 675	1,6	+ 11,2	- 17,8
Hamburg	31 271	50 813	49 157	5,5	+ 57,2	- 3,3
Hessen	50 940	55 059	57 376	6,4	+ 12,6	+ 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 965	6 156	7 189	0,8	+ 20,5	+ 16,8
Niedersachsen	74 979	78 891	77 631	8,7	+ 3,5	- 1,6
Nordrhein-Westfalen	171 294	180 815	179 357	20,2	+ 4,7	- 0,8
Rheinland-Pfalz	44 506	46 297	46 650	5,2	+ 4,8	+ 0,8
Saarland	13 857	14 778	13 309	1,5	- 4,0	- 9,9
Sachsen	23 200	31 828	31 465	3,5	+ 35,6	- 1,1
Sachsen-Anhalt	12 630	14 806	14 873	1,7	+ 17,8	+ 0,5
Schleswig-Holstein	18 266	18 825	19 055	2,1	+ 4,3	+ 1,2
Thüringen	11 104	12 613	12 153	1,4	+ 9,4	- 3,6
Deutschland²⁾	984 140	1 095 766	1 093 811	100	+ 11,1	- 0,2
Westdeutschland	721 986	803 027	797 965	89,7	+ 10,5	- 0,6
Ostdeutschland	76 646	92 349	91 616	10,3	+ 19,5	- 0,8

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.
Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr			Anteil an der deutschen Einfuhr 2013	Veränderung der Einfuhren	
	2008	2012	2013 ¹⁾		2013/2008	2013/2012
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	127 737	141 342	140 178	16,0	+ 9,7	- 0,8
Bayern	129 468	147 591	145 924	16,7	+ 12,7	- 1,1
Berlin	8 836	9 885	9 708	1,1	+ 9,9	- 1,8
Brandenburg	14 053	19 046	18 683	2,1	+ 32,9	- 1,9
Bremen	12 794	13 862	13 699	1,6	+ 7,1	- 1,2
Hamburg	59 647	69 247	68 776	7,9	+ 15,3	- 0,7
Hessen	68 304	77 849	79 390	9,1	+ 16,2	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 414	4 459	4 404	0,5	- 0,2	- 1,2
Niedersachsen	73 431	89 396	82 235	9,4	+ 12,0	- 8,0
Nordrhein-Westfalen	186 329	202 288	205 227	23,5	+ 10,1	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	26 602	31 390	31 353	3,6	+ 17,9	- 0,1
Saarland	11 075	12 556	11 471	1,3	+ 3,6	- 8,6
Sachsen	15 389	19 478	18 876	2,2	+ 22,7	- 3,1
Sachsen-Anhalt	11 701	15 670	16 251	1,9	+ 38,9	+ 3,7
Schleswig-Holstein	20 973	20 176	19 197	2,2	- 8,5	- 4,9
Thüringen	7 285	8 053	8 283	0,9	+ 13,7	+ 2,9
Deutschland ²⁾	808 842	905 925	896 157	100	+ 10,8	- 1,1
Westdeutschland	716 360	805 697	797 450	91,3	+ 11,3	- 1,0
Ostdeutschland	61 679	76 591	76 206	8,7	+ 23,6	- 0,5

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe.
Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

34. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand an Auslandsinvestitionen (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2007	2011	2012	2007	2012	2012/2007	2012/2011
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	120 327	183 129	193 790	14,2	16,7	+ 61,1	+ 5,8
Bayern	196 631	245 471	262 995	23,2	22,6	+ 33,8	+ 7,1
Berlin	10 059	17 908	16 934	1,2	1,5	+ 68,3	- 5,4
Brandenburg	251	2 000	2 295	0,0	0,2	+ 814,3	+ 14,8
Bremen	736	1 734	1 230	0,1	0,1	+ 67,1	- 29,1
Hamburg	42 190	48 779	52 951	5,0	4,6	+ 25,5	+ 8,6
Hessen	125 028	155 805	166 558	14,8	14,3	+ 33,2	+ 6,9
Mecklenburg-Vorpommern	508	682	858	0,1	0,1	+ 68,9	+ 25,8
Niedersachsen	59 224	77 931	83 809	7,0	7,2	+ 41,5	+ 7,5
Nordrhein-Westfalen	249 382	312 585	316 120	29,4	27,2	+ 26,8	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	34 632	44 650	47 254	4,1	4,1	+ 36,4	+ 5,8
Saarland	3 169	3 150	3 326	0,4	0,3	+ 5,0	+ 5,6
Sachsen	990	1 201	1 344	0,1	0,1	+ 35,8	+ 11,9
Sachsen-Anhalt	467	6 236	6 862	0,1	0,6	+1 369,4	+ 10,0
Schleswig-Holstein	2 767	6 690	4 781	0,3	0,4	+ 72,8	- 28,5
Thüringen	783	966	1 024	0,1	0,1	+ 30,8	+ 6,0
Deutschland¹⁾	847 144	1 108 918	1 162 131	100	100	+ 37,2	+ 4,8
Westdeutschland	834 086	1 079 924	1 132 814	98,5	97,5	+ 35,8	+ 4,9
Ostdeutschland	13 058	28 993	29 317	1,5	2,5	+ 124,5	+ 1,1

1) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2007	2011	2012	2007	2012	2012/2007	2012/2011
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	81 925	98 639	101 912	12,7	12,9	+ 24,4	+ 3,3
Bayern	103 718	136 141	133 998	16,0	16,9	+ 29,2	- 1,6
Berlin	25 875	37 138	36 848	4,0	4,6	+ 42,4	- 0,8
Brandenburg	1 798	2 711	2 809	0,3	0,4	+ 56,2	+ 3,6
Bremen	4 441	5 202	5 602	0,7	0,7	+ 26,1	+ 7,7
Hamburg	70 681	77 539	74 866	10,9	9,4	+ 5,9	- 3,4
Hessen	119 522	129 363	136 997	18,5	17,3	+ 14,6	+ 5,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 873	6 335	7 236	0,4	0,9	+ 151,9	+ 14,2
Niedersachsen	21 364	32 864	32 352	3,3	4,1	+ 51,4	- 1,6
Nordrhein-Westfalen	179 163	203 482	217 999	27,7	27,5	+ 21,7	+ 7,1
Rheinland-Pfalz	13 375	14 393	14 120	2,1	1,8	+ 5,6	- 1,9
Saarland	2 508	1 979	2 137	0,4	0,3	- 14,8	+ 8,0
Sachsen	2 489	6 205	6 375	0,4	0,8	+ 156,1	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	5 353	4 024	4 019	0,8	0,5	- 24,9	- 0,1
Schleswig-Holstein	9 956	13 025	13 212	1,5	1,7	+ 32,7	+ 1,4
Thüringen	1 805	2 061	2 281	0,3	0,3	+ 26,4	+ 10,7
Deutschland¹⁾	646 845	771 100	792 763	100	100	+ 22,6	+ 2,8
Westdeutschland	606 653	712 627	733 195	93,8	92,5	+ 20,9	+ 2,9
Ostdeutschland	40 193	58 474	59 568	6,2	7,5	+ 48,2	+ 1,9

1) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

36. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung des Auslandsumsatzes	
	2008 ¹⁾	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008 ¹⁾	2013/2012
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	145 441	158 277	165 064	48,0	51,2	52,6	+ 13,5	+ 4,3
Bayern	159 558	172 665	177 094	47,9	51,3	52,2	+ 11,0	+ 2,6
Berlin	10 859	12 306	12 359	38,6	52,8	53,2	+ 13,8	+ 0,4
Brandenburg	5 562	7 256	7 215	23,5	28,5	28,3	+ 29,7	- 0,6
Bremen	10 626	13 154	12 857	50,6	52,8	55,1	+ 21,0	- 2,3
Hamburg	18 774	19 537	19 797	23,9	22,1	23,8	+ 5,5	+ 1,3
Hessen	48 956	55 532	56 138	47,0	50,2	50,9	+ 14,7	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 409	3 661	3 852	24,6	28,8	28,9	+ 13,0	+ 5,2
Niedersachsen	80 882	87 094	84 918	42,6	44,6	44,4	+ 5,0	- 2,5
Nordrhein-Westfalen	152 090	143 655	144 980	41,5	41,9	42,6	- 4,7	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	39 981	46 545	48 169	47,9	51,9	52,5	+ 20,5	+ 3,5
Saarland	12 805	13 160	11 693	46,7	48,5	46,4	- 8,7	- 11,1
Sachsen	19 875	21 239	20 743	33,9	35,7	35,4	+ 4,4	- 2,3
Sachsen-Anhalt	11 087	11 259	11 561	28,0	26,5	27,0	+ 4,3	+ 2,7
Schleswig-Holstein	13 874	14 199	14 765	40,0	39,3	40,1	+ 6,4	+ 4,0
Thüringen	9 331	9 490	9 555	30,3	30,2	30,1	+ 2,4	+ 0,7
Deutschland	743 109	789 030	800 762	42,8	44,9	45,8	+ 7,8	+ 1,5
Westdeutschland	682 987	723 819	735 477	44,3	46,4	47,3	+ 7,7	+ 1,6
Ostdeutschland	60 122	65 211	65 285	30,9	33,5	33,4	+ 8,6	+ 0,1

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

37. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets¹⁾

Land	Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets						Zu- oder Abnahme des Wanderungssaldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner				
	2008	2012	2013 ²⁾	2008	2012	2013 ²⁾	2013/2008	2013/2012
	Anzahl							
Baden-Württemberg	- 8 433	+ 63 926	+ 71 487	- 0,8	+ 6,1	+ 6,7	+ 79 920	+ 7 561
Bayern	- 12 102	+ 76 100	+ 83 562	- 1,0	+ 6,1	+ 6,7	+ 95 664	+ 7 462
Berlin	+ 2 352	+ 29 190	+ 33 824	+ 0,7	+ 8,7	+ 10,0	+ 31 472	+ 4 634
Brandenburg	- 1 178	+ 4 477	+ 6 361	- 0,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 7 539	+ 1 884
Bremen	+ 338	+ 4 481	+ 5 177	+ 0,5	+ 6,9	+ 7,9	+ 4 839	+ 696
Hamburg	- 9 447	+ 11 433	+ 18 410	- 5,3	+ 6,6	+ 10,6	+ 27 857	+ 6 977
Hessen	- 6 176	+ 33 912	+ 40 140	- 1,0	+ 5,6	+ 6,7	+ 46 316	+ 6 228
Mecklenburg-Vorpommern	- 40	+ 3 748	+ 5 292	- 0,0	+ 2,3	+ 3,3	+ 5 332	+ 1 544
Niedersachsen	+ 950	+ 27 520	+ 34 935	+ 0,1	+ 3,5	+ 4,5	+ 33 985	+ 7 415
Nordrhein-Westfalen	- 12 747	+ 69 252	+ 81 264	- 0,7	+ 3,9	+ 4,6	+ 94 011	+ 12 012
Rheinland-Pfalz	- 2 499	+ 15 705	+ 20 092	- 0,6	+ 3,9	+ 5,0	+ 22 591	+ 4 387
Saarland	+ 854	+ 3 658	+ 4 324	+ 0,8	+ 3,7	+ 4,4	+ 3 470	+ 666
Sachsen	- 1 938	+ 8 578	+ 9 831	- 0,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 11 769	+ 1 253
Sachsen-Anhalt	- 1 298	+ 4 065	+ 5 641	- 0,5	+ 1,8	+ 2,5	+ 6 939	+ 1 576
Schleswig-Holstein	- 3 539	+ 8 112	+ 10 933	- 1,2	+ 2,9	+ 3,9	+ 14 472	+ 2 821
Thüringen	- 840	+ 4 788	+ 6 030	- 0,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 6 870	+ 1 242
Deutschland	- 55 743	+ 368 945	+ 437 303	- 0,7	+ 4,6	+ 5,4	+ 493 046	+ 68 358
Westdeutschland	- 52 801	+ 314 099	+ 382 399	- 0,8	+ 4,9	+ 5,9	+ 435 200	+ 68 300
Ostdeutschland	- 5 641	+ 54 846	+ 66 979	- 0,3	+ 3,5	+ 4,2	+ 72 620	+ 12 133

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".
2) Vorläufige Ergebnisse.

Finanzen

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Einnahmen		Steuerein- nahmequote 2013 ³⁾
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	49 563	58 087	60 635	4 611	5 510	5 721	+ 22,3	+ 4,4	70,6
Bayern	61 866	68 556	73 635	4 942	5 495	5 868	+ 19,0	+ 7,4	71,6
Berlin	20 709	24 120	24 530	6 012	7 211	7 227	+ 18,5	+ 1,7	48,7
Brandenburg	12 438	13 968	14 899	4 960	5 700	6 087	+ 19,8	+ 6,7	52,8
Bremen	3 498	4 605	4 780	5 304	7 062	7 302	+ 36,6	+ 3,8	50,5
Hamburg	10 434	12 650	13 791	5 865	7 336	7 913	+ 32,2	+ 9,0	65,9
Hessen	30 064	34 421	36 127	4 958	5 734	5 996	+ 20,2	+ 5,0	69,0
Mecklenburg-Vorpommern	8 363	9 302	9 483	5 079	5 803	5 938	+ 13,4	+ 1,9	51,2
Niedersachsen	33 596	38 836	40 163	4 235	4 989	5 156	+ 19,5	+ 3,4	68,4
Nordrhein-Westfalen	86 450	99 843	99 104	4 843	5 691	5 648	+ 14,6	- 0,7	64,7
Rheinland-Pfalz	17 236	19 731	20 645	4 301	4 946	5 176	+ 19,8	+ 4,6	67,3
Saarland	4 332	4 613	4 935	4 248	4 633	4 975	+ 13,9	+ 7,0	66,2
Sachsen	21 366	22 807	23 377	5 144	5 637	5 784	+ 9,4	+ 2,5	54,5
Sachsen-Anhalt	11 810	12 993	12 930	5 037	5 733	5 749	+ 9,5	- 0,5	54,2
Schleswig-Holstein	11 657	13 836	14 706	4 117	4 935	5 237	+ 26,2	+ 6,3	67,3
Thüringen	10 708	11 619	11 923	4 778	5 342	5 511	+ 11,3	+ 2,6	56,5
Deutschland ⁴⁾	386 916	442 071	457 835	4 733	5 498	5 681	+ 18,3	+ 3,6	65,9
Westdeutschland	308 696	355 178	368 520	4 719	5 506	5 696	+ 19,4	+ 3,8	68,0
Ostdeutschland	85 394	94 809	97 142	5 227	5 968	6 112	+ 13,8	+ 2,5	52,7

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet; die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

4) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahmen/BIP 2013
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	34 872	42 175	42 792	3 244	4 001	4 038	+ 22,7	+ 1,5	10,5
Bayern	43 287	49 319	52 730	3 458	3 953	4 202	+ 21,8	+ 6,9	10,8
Berlin	10 501	11 636	11 951	3 049	3 479	3 521	+ 13,8	+ 2,7	10,9
Brandenburg	6 510	7 318	7 874	2 596	2 987	3 217	+ 20,9	+ 7,6	13,3
Bremen	2 014	2 277	2 412	3 054	3 492	3 685	+ 19,8	+ 5,9	8,4
Hamburg	8 202	8 928	9 086	4 610	5 178	5 214	+ 10,8	+ 1,8	9,3
Hessen	21 381	23 746	24 932	3 526	3 956	4 138	+ 16,6	+ 5,0	10,6
Mecklenburg-Vorpommern	4 067	4 677	4 856	2 470	2 918	3 041	+ 19,4	+ 3,8	13,1
Niedersachsen	22 836	26 455	27 462	2 879	3 398	3 526	+ 20,3	+ 3,8	11,5
Nordrhein-Westfalen	54 929	62 499	64 106	3 077	3 563	3 654	+ 16,7	+ 2,6	10,7
Rheinland-Pfalz	11 444	13 293	13 891	2 856	3 332	3 483	+ 21,4	+ 4,5	11,4
Saarland	2 789	3 124	3 269	2 735	3 137	3 296	+ 17,2	+ 4,6	10,2
Sachsen	10 764	12 242	12 736	2 591	3 026	3 151	+ 18,3	+ 4,0	12,7
Sachsen-Anhalt	5 900	6 789	7 004	2 516	2 995	3 114	+ 18,7	+ 3,2	13,2
Schleswig-Holstein	7 930	9 146	9 900	2 801	3 262	3 525	+ 24,8	+ 8,2	12,6
Thüringen	5 605	6 431	6 732	2 501	2 957	3 111	+ 20,1	+ 4,7	13,2
Deutschland ²⁾	253 030	290 053	301 733	3 095	3 608	3 744	+ 19,2	+ 4,0	11,0
Westdeutschland	209 684	240 962	250 580	3 206	3 735	3 873	+ 19,5	+ 4,0	10,8
Ostdeutschland	43 347	49 093	51 152	2 653	3 090	3 219	+ 18,0	+ 4,2	12,5

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Ausgaben		Bereinigte Ausgaben/BIP 2013
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	50 987	56 492	61 151	4 743	5 359	5 770	+ 19,9	+ 8,2	15,0
Bayern	63 520	65 867	70 102	5 074	5 279	5 586	+ 10,4	+ 6,4	14,4
Berlin	21 916	24 093	23 749	6 363	7 202	6 997	+ 8,4	- 1,4	21,8
Brandenburg	13 006	13 843	13 935	5 187	5 649	5 694	+ 7,1	+ 0,7	23,6
Bremen	4 754	5 181	5 312	7 208	7 945	8 115	+ 11,7	+ 2,5	18,6
Hamburg	11 284	13 687	15 137	6 342	7 938	8 686	+ 34,1	+ 10,6	15,5
Hessen	34 598	38 037	37 950	5 706	6 336	6 299	+ 9,7	- 0,2	16,1
Mecklenburg-Vorpommern	8 492	9 417	9 055	5 157	5 875	5 671	+ 6,6	- 3,8	24,4
Niedersachsen	35 993	38 985	39 774	4 538	5 008	5 106	+ 10,5	+ 2,0	16,6
Nordrhein-Westfalen	96 357	103 901	101 433	5 398	5 923	5 781	+ 5,3	- 2,4	16,9
Rheinland-Pfalz	19 798	20 977	21 527	4 941	5 258	5 397	+ 8,7	+ 2,6	17,7
Saarland	5 863	5 651	5 713	5 749	5 675	5 760	- 2,6	+ 1,1	17,8
Sachsen	21 488	21 157	22 220	5 173	5 229	5 498	+ 3,4	+ 5,0	22,2
Sachsen-Anhalt	12 470	12 807	12 557	5 318	5 651	5 584	+ 0,7	- 2,0	23,7
Schleswig-Holstein	13 296	14 143	14 717	4 696	5 044	5 241	+ 10,7	+ 4,1	18,7
Thüringen	11 325	11 297	11 420	5 053	5 194	5 278	+ 0,8	+ 1,1	22,4
Deutschland ³⁾	417 762	450 043	457 424	5 110	5 598	5 676	+ 9,5	+ 1,6	16,7
Westdeutschland	336 450	362 921	372 816	5 144	5 626	5 763	+ 10,8	+ 2,7	16,0
Ostdeutschland	88 697	92 614	92 936	5 429	5 830	5 848	+ 4,8	+ 0,3	22,7

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Ausgaben		Personal- ausgabenquote 2013 ²⁾
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	21 202	23 746	24 504	1 972	2 253	2 312	+ 15,6	+ 3,2	40,1
Bayern	24 198	26 095	27 475	1 933	2 092	2 189	+ 13,5	+ 5,3	39,2
Berlin	7 243	8 219	8 474	2 103	2 457	2 497	+ 17,0	+ 3,1	35,7
Brandenburg	3 940	4 799	4 933	1 571	1 959	2 015	+ 25,2	+ 2,8	35,4
Bremen	1 590	1 935	1 973	2 411	2 967	3 014	+ 24,1	+ 2,0	37,1
Hamburg	3 879	4 724	5 099	2 180	2 740	2 926	+ 31,5	+ 7,9	33,7
Hessen	12 669	14 224	14 721	2 089	2 369	2 443	+ 16,2	+ 3,5	38,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 611	3 094	3 173	1 586	1 930	1 987	+ 21,5	+ 2,5	35,0
Niedersachsen	14 863	16 394	17 123	1 874	2 106	2 198	+ 15,2	+ 4,4	43,1
Nordrhein-Westfalen	34 382	38 159	39 089	1 926	2 175	2 228	+ 13,7	+ 2,4	38,5
Rheinland-Pfalz	7 844	8 734	8 948	1 958	2 189	2 243	+ 14,1	+ 2,5	41,6
Saarland	2 136	2 313	2 373	2 094	2 323	2 393	+ 11,1	+ 2,6	41,5
Sachsen	6 805	7 981	8 220	1 638	1 973	2 034	+ 20,8	+ 3,0	37,0
Sachsen-Anhalt	3 945	4 618	4 547	1 683	2 038	2 022	+ 15,3	- 1,5	36,2
Schleswig-Holstein	5 028	5 528	5 658	1 776	1 972	2 015	+ 12,5	+ 2,3	38,4
Thüringen	3 970	4 275	4 354	1 771	1 965	2 012	+ 9,7	+ 1,8	38,1
Deutschland ³⁾	156 349	175 149	180 967	1 913	2 178	2 246	+ 15,7	+ 3,3	39,6
Westdeutschland	127 791	141 852	146 963	1 954	2 199	2 272	+ 15,0	+ 3,6	39,4
Ostdeutschland	28 514	32 986	33 700	1 745	2 076	2 120	+ 18,2	+ 2,2	36,3

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer-Quote 2013 ²⁾
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 566	2 682	3 179	239	254	300	+ 23,9	+ 18,5	7,4
Bayern	1 577	1 568	1 470	126	126	117	- 6,8	- 6,2	2,8
Berlin	2 202	2 094	1 917	639	626	565	- 13,0	- 8,5	16,0
Brandenburg	700	714	589	279	291	241	- 15,9	- 17,5	7,5
Bremen	658	625	644	998	958	983	- 2,2	+ 3,0	26,7
Hamburg	873	885	873	491	513	501	+ 0,0	- 1,3	9,6
Hessen	1 816	1 953	1 801	299	325	299	- 0,8	- 7,8	7,2
Mecklenburg-Vorpommern	452	440	418	275	274	262	- 7,5	- 5,0	8,6
Niedersachsen	2 273	2 286	2 042	287	294	262	- 10,2	- 10,7	7,4
Nordrhein-Westfalen	7 094	8 053	6 079	397	459	346	- 14,3	- 24,5	9,5
Rheinland-Pfalz	1 441	1 342	1 363	360	336	342	- 5,4	+ 1,5	9,8
Saarland	575	590	573	564	593	577	- 0,4	- 3,0	17,5
Sachsen	496	445	424	119	110	105	- 14,5	- 4,7	3,3
Sachsen-Anhalt	911	826	726	389	364	323	- 20,3	- 12,1	10,4
Schleswig-Holstein	1 082	1 040	998	382	371	355	- 7,8	- 4,1	10,1
Thüringen	744	715	668	332	329	309	- 10,2	- 6,6	9,9
Deutschland ³⁾	25 546	26 339	23 879	312	328	296	- 6,5	- 9,3	7,9
Westdeutschland	19 955	21 024	19 021	305	326	294	- 4,7	- 9,5	7,6
Ostdeutschland	5 505	5 234	4 742	337	329	298	- 13,9	- 9,4	9,3

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Finanzierungssaldo¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung des Finanzierungssaldos		Finanzierungs-saldo/BIP 2013
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	-1 424	1 595	- 515	- 132	151	- 47	+ 909	-2 110	-0,1
Bayern	-1 654	2 689	3 533	- 132	216	281	+5 187	+ 844	0,7
Berlin	-1 207	27	781	- 350	8	230	+1 988	+ 754	0,7
Brandenburg	- 568	125	964	- 227	51	394	+1 532	+ 839	1,6
Bremen	-1 256	- 576	- 532	-1 904	- 883	- 812	+ 724	+ 44	-1,9
Hamburg	- 850	-1 037	- 1 346	- 478	- 601	- 764	- 496	- 309	-1,4
Hessen	-4 534	-3 616	- 1 823	- 748	- 602	- 303	+2 711	+1 793	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	- 129	- 115	427	- 78	- 72	268	+ 556	+ 542	1,2
Niedersachsen	-2 397	- 149	388	- 302	- 19	50	+2 785	+ 537	0,2
Nordrhein-Westfalen	-9 907	-4 058	- 2 329	- 555	- 231	- 133	+7 578	+1 729	-0,4
Rheinland-Pfalz	-2 562	-1 246	- 882	- 639	- 312	- 221	+1 680	+ 364	-0,7
Saarland	-1 531	-1 038	- 779	-1 501	-1 042	- 785	+ 752	+ 259	-2,4
Sachsen	- 122	1 650	1 157	- 29	408	287	+1 279	- 493	1,2
Sachsen-Anhalt	- 660	186	373	- 281	82	166	+1 033	+ 187	0,7
Schleswig-Holstein	-1 639	- 307	- 11	- 579	- 109	- 4	+1 628	+ 296	0,0
Thüringen	- 617	322	503	- 275	148	233	+1 120	+ 181	1,0
Deutschland ²⁾	-30 846	-7 972	411	- 377	- 99	6	+31 257	+8 383	0,0
Westdeutschland	-27 754	-7 743	- 4 296	- 424	- 120	- 66	+23 458	+3 447	-0,2
Ostdeutschland	-3 303	2 195	4 205	- 207	138	265	+7 508	+2 010	1,0

1) Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben. – Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

44. Schulden beim nicht öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich d. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich d. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung der Schulden		Kreditfinan- zierungsquote 2013 ²⁾
	2010	2012	2013	2010	2012	2013	2013/2010	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 976	68 905	70 598	6 376	6 537	6 662	+ 8,7	+ 2,5	3,0
Bayern	43 197	42 220	40 152	3 391	3 384	3 200	- 7,0	- 4,9	-2,9
Berlin	60 243	60 925	60 413	17 822	18 213	17 799	+ 0,3	- 0,8	-2,4
Brandenburg	22 036	21 752	20 868	8 718	8 877	8 526	- 5,3	- 4,1	-7,0
Bremen	18 053	19 664	20 040	28 637	30 155	30 615	+ 11,0	+ 1,9	11,3
Hamburg	25 120	24 611	25 083	13 990	14 273	14 393	- 0,1	+ 1,9	2,1
Hessen	51 811	59 036	58 342	9 172	9 834	9 683	+ 12,6	- 1,2	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	12 167	11 815	7 343	7 590	7 399	- 3,4	- 2,9	-2,2
Niedersachsen	67 009	68 604	68 879	8 753	8 813	8 843	+ 2,8	+ 0,4	3,2
Nordrhein-Westfalen	219 258	257 868	239 834	12 765	14 699	13 669	+ 9,4	- 7,0	-17,2
Rheinland-Pfalz	41 334	44 536	44 765	10 796	11 164	11 223	+ 8,3	+ 0,5	3,8
Saarland	14 539	16 008	16 721	14 873	16 077	16 859	+ 15,0	+ 4,5	11,0
Sachsen	10 103	9 316	8 431	2 188	2 302	2 086	- 16,5	- 9,5	-4,9
Sachsen-Anhalt	24 244	23 924	23 328	10 279	10 555	10 373	- 3,8	- 2,5	-3,6
Schleswig-Holstein	30 699	32 088	31 680	11 165	11 444	11 281	+ 3,2	- 1,3	-2,8
Thüringen	18 827	18 483	19 082	8 385	8 498	8 819	+ 1,4	+ 3,2	4,8
Deutschland ³⁾	723 679	780 107	760 032	9 114	9 703	9 431	+ 5,0	- 2,6	-3,8
Westdeutschland	575 998	633 540	616 094	9 138	9 820	9 523	+ 7,0	- 2,8	-3,9
Ostdeutschland	147 681	146 567	143 937	9 017	9 226	9 057	- 2,5	- 1,8	-2,9

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite. – Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

45. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ ber. Einnahmen 2013
	2008	2012	2013 ¹⁾	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	- 2 499	- 2 765	- 2 429	- 232	- 262	- 229	+ 70	+ 336	- 4,0
Bayern	- 2 923	- 3 797	- 4 320	- 233	- 304	- 344	-1 397	- 523	- 5,9
Berlin	6 110	5 667	5 682	1 784	1 694	1 674	- 428	+ 15	23,2
Brandenburg	2 578	2 001	1 872	1 019	817	765	- 706	- 129	12,6
Bremen	729	751	839	1 102	1 152	1 282	+ 110	+ 88	17,6
Hamburg	- 371	- 25	129	- 210	- 14	74	+ 500	+ 154	0,9
Hessen	- 2 470	- 1 304	- 1 711	- 407	- 217	- 284	+ 759	- 407	- 4,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 005	1 549	1 489	1 198	966	932	- 516	- 60	15,7
Niedersachsen	480	237	106	60	30	14	- 374	- 131	0,3
Nordrhein-Westfalen	54	595	1 034	3	34	59	+ 980	+ 439	1,0
Rheinland-Pfalz	614	441	421	152	111	106	- 193	- 20	2,0
Saarland	237	207	268	229	208	270	+ 31	+ 61	5,4
Sachsen	4 616	3 501	3 371	1 098	865	834	-1 245	- 130	14,4
Sachsen-Anhalt	2 721	2 102	2 009	1 135	927	893	- 712	- 93	15,5
Schleswig-Holstein	326	258	314	115	92	112	- 12	+ 56	2,1
Thüringen	2 577	1 981	1 887	1 131	911	872	- 690	- 94	15,8
Deutschland	14 784	11 399	10 959	180	142	136	-3 825	- 440	2,4
Westdeutschland	- 5 823	- 5 402	- 5 349	- 89	- 84	- 83	+ 474	+ 53	- 1,5
Ostdeutschland	20 606	16 801	16 310	1 248	1 058	1 026	-4 296	- 491	4,4

1) Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schulische Qualifikation

46. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	7 434	5 922	5 951	5,9	5,1	5,1	- 19,9	+ 0,5
Bayern	9 862	6 983	6 459	6,9	5,2	4,8	- 34,5	- 7,5
Berlin	3 295	2 487	2 339	10,0	9,7	9,0	- 29,0	- 6,0
Brandenburg	3 024	1 411	1 439	12,0	8,6	8,4	- 52,4	+ 2,0
Bremen ²⁾	593	482	412	9,2	8,0	6,8	- 30,5	- 14,5
Hamburg	1 684	1 020	993	10,6	6,9	6,7	- 41,0	- 2,6
Hessen	5 435	3 370	3 351	8,3	5,5	5,4	- 38,3	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 113	1 345	1 266	12,5	13,3	11,9	- 40,1	- 5,9
Niedersachsen	6 931	5 085	4 773	7,4	5,8	5,4	- 31,1	- 6,1
Nordrhein-Westfalen	14 516	11 114	10 627	6,9	5,7	5,5	- 26,8	- 4,4
Rheinland-Pfalz	3 572	2 469	2 353	7,5	5,8	5,5	- 34,1	- 4,7
Saarland	847	487	527	7,3	4,8	5,2	- 37,8	+ 8,2
Sachsen	3 744	2 259	2 288	10,0	9,3	8,9	- 38,9	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	2 768	1 738	1 668	12,0	12,1	11,3	- 39,7	- 4,0
Schleswig-Holstein	2 953	2 143	2 114	9,1	7,0	6,9	- 28,4	- 1,4
Thüringen	1 711	1 157	1 024	7,8	7,8	6,8	- 40,2	- 11,5
Deutschland	70 482	49 472	47 584	7,7	6,1	5,9	- 32,5	- 3,8
Westdeutschland	53 827	39 075	37 560	- 30,2	- 3,9
Ostdeutschland	16 655	10 397	10 024	- 39,8	- 3,6

1) Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung nach dem Quotensummenverfahren (in den vorherigen Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* Anteil an der Bevölkerung zwischen 14 und 17 Jahren).

2) In Bremen werden im Rahmen der Inklusion seit dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungs-förderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Ohne diesen Verlagerungseffekt läge 2011 die Anzahl bei 426 und die Quote bei 7,1 %.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 204: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2003 bis 2012.

47. Frühe Schulabgänger¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2008	2012	2013	2013		2013/2008	2013/2012
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	10,1	8,5	7,6	7,9	7,3	- 2,5	- 0,9
Bayern	9,6	7,5	7,3	7,6	6,9	- 2,3	- 0,2
Berlin	15,7	13,4	12,2	15,2	9,4	- 3,5	- 1,2
Brandenburg	9,2	10,0	10,5	11,1	9,9	+ 1,3	+ 0,5
Bremen	14,5	13,1	15,1	/	/	+ 0,6	+ 2,0
Hamburg	14,7	12,5	11,5	11,4	11,5	- 3,2	- 1,0
Hessen	12,3	9,4	10,1	10,9	9,3	- 2,2	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	11,0	9,5	/	/	+ 0,8	- 1,5
Niedersachsen	13,0	12,1	10,9	11,2	10,6	- 2,1	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	14,6	13,2	11,7	12,5	10,9	- 2,9	- 1,5
Rheinland-Pfalz	12,4	12,6	13,3	13,6	12,9	+ 0,9	+ 0,7
Saarland	14,2	13,2	14	14,0	14,0	- 0,2	+ 0,8
Sachsen	7,4	7,8	6,6	6,4	6,8	- 0,8	- 1,2
Sachsen-Anhalt	12,1	11,0	9,8	10,7	/	- 2,3	- 1,2
Schleswig-Holstein	13,6	12,7	10,2	10,4	10,1	- 3,4	- 2,5
Thüringen	7,4	7,4	7,8	8,4	/	+ 0,4	+ 0,4
Deutschland	11,8	10,6	9,9	10,4	9,3	- 1,9	- 0,7
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

Quelle: Eurostat.

48. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen¹⁾

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studienberech- tigtenquote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ¹⁾					
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011	
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg ³⁾	43 433	50 628	75 936	34,3	40,0	62,4	78,8	+ 28,1	+ 22,3
Bayern ³⁾	32 953	73 477	41 930	22,9	51,4	30,3	45,0	+ 7,4	- 21,1
Berlin ³⁾	13 691	12 986	18 271	35,8	41,2	63,1	72,5	+ 27,4	+ 21,9
Brandenburg ³⁾	12 303	7 306	10 014	33,9	38,4	62,5	70,4	+ 28,6	+ 24,1
Bremen ³⁾	2 558	3 251	4 375	34,4	46,0	65,4	73,4	+ 31,0	+ 19,4
Hamburg	6 488	7 957	8 328	35,7	47,5	50,9	57,3	+ 15,2	+ 3,4
Hessen	19 975	23 550	25 274	29,9	36,6	39,0	55,0	+ 9,2	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 259	3 677	3 825	28,4	31,8	37,3	39,2	+ 8,9	+ 5,5
Niedersachsen ³⁾	27 686	47 885	32 987	27,6	51,9	36,7	51,5	+ 9,2	- 15,1
Nordrhein-Westfalen	67 450	80 611	86 080	31,9	38,3	43,2	64,4	+ 11,3	+ 5,0
Rheinland-Pfalz	14 165	16 165	16 679	29,4	34,3	36,3	49,7	+ 6,8	+ 1,9
Saarland	2 909	3 428	3 509	25,9	30,9	32,6	56,4	+ 6,8	+ 1,7
Sachsen	16 209	8 535	8 553	30,3	31,7	34,1	43,3	+ 3,9	+ 2,5
Sachsen-Anhalt ³⁾	15 775	4 397	4 405	47,5	27,9	30,9	37,2	- 16,6	+ 3,0
Schleswig-Holstein	9 828	11 029	11 326	31,1	34,3	35,8	41,7	+ 4,7	+ 1,5
Thüringen	9 923	5 097	5 184	32,5	33,9	38,2	48,8	+ 5,7	+ 4,3
Deutschland	302 605	359 979	356 676	30,9	41,1	42,3	54,5	+ 11,3	+ 1,2
Westdeutschland	227 445	317 981	306 424
Ostdeutschland	75 160	41 998	50 252

1) Prozentanteil der Absolventen mit Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung nach dem Quotensummenverfahren.

2) Prozentanteil der Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der gleichaltrigen Bevölkerung (Quotensummenverfahren).

3) In Sachsen-Anhalt 2007, in Bayern 2011 und Niedersachsen 2011, in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012 doppelter Abiturientenjahrgang. Da für Niedersachsen 2007 keine Daten vorliegen, wird hier die Quote von 2008 für 2007 abgebildet. Niedersachsen ist mit Hilfe von Schätzwerten in die Quote für Deutschland eingeflossen.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 204: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2003 bis 2012.

Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und Studienanfänger und Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Darunter weiblich	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2007	2011	2012		2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg ³⁾	47 674	78 026	79 910	37 937	37,6	60,5	62,9	+ 25,3	+ 2,4
Bayern ³⁾	52 833	85 867	71 317	35 522	36,5	58,5	49,0	+ 12,6	- 9,5
Berlin ³⁾	22 339	31 234	31 745	16 604	51,1	79,1	84,5	+ 33,4	+ 5,4
Brandenburg ³⁾	8 571	9 530	9 715	5 085	26,2	40,6	48,9	+ 22,7	+ 8,3
Bremen ³⁾	5 483	6 937	7 376	3 367	66,2	88,6	97,3	+ 31,1	+ 8,7
Hamburg	12 729	17 544	16 709	8 410	58,9	85,8	83,2	+ 24,2	- 2,7
Hessen	28 911	40 560	39 044	19 550	42,8	59,3	57,3	+ 14,5	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	6 865	7 482	6 571	3 301	28,4	47,4	48,1	+ 19,7	+ 0,8
Niedersachsen ³⁾	26 689	37 404	35 304	17 657	29,9	40,5	38,8	+ 8,9	- 1,7
Nordrhein-Westfalen	77 568	120 305	117 877	57 807	37,3	56,3	55,6	+ 18,3	- 0,6
Rheinland-Pfalz	19 222	24 180	22 936	11 960	40,7	50,6	48,8	+ 8,1	- 1,8
Saarland	3 617	5 734	5 611	2 896	30,8	49,5	49,5	+ 18,6	- 0,1
Sachsen	20 847	21 478	20 792	9 671	37,8	58,5	62,8	+ 25,0	+ 4,3
Sachsen-Anhalt ³⁾	9 346	10 896	10 118	5 212	29,0	51,0	53,7	+ 24,7	+ 2,8
Schleswig-Holstein	8 616	10 463	9 755	4 716	28,7	32,7	30,8	+ 2,1	- 1,9
Thüringen	10 149	11 108	10 308	5 218	32,9	55,4	58,4	+ 25,5	+ 3,0
Deutschland	361 459	518 748	495 088	244 913	37,1	55,6	54,6	+ 17,5	- 1,1
Westdeutschland	283 342	427 020	405 839	199 822
Ostdeutschland	78 117	91 728	89 249	45 091

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres (errechnet für jeden einzelnen Jahrgang und zu einer Quote über alle Jahrgänge addiert – Quotensummenverfahren).

3) Doppelter Abiturientenjahrgang in Sachsen-Anhalt 2007, in Bayern und Niedersachsen 2011, in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012.

50. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2007	2011	2012		2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	233 452	308 339	333 217	154 821	11,0	8,8	8,8	- 2,2	+ 0,0
Bayern	253 366	320 318	332 764	160 758	8,3	6,9	7,0	- 1,2	+ 0,2
Berlin	134 504	153 694	160 220	78 702	11,9	13,2	13,1	+ 1,1	- 0,1
Brandenburg	44 032	51 676	52 031	26 350	10,5	9,6	10,3	- 0,2	+ 0,8
Bremen	31 107	33 337	34 783	16 222	13,9	10,9	10,6	- 3,4	- 0,4
Hamburg	69 009	85 243	90 903	44 176	8,2	7,5	7,7	- 0,5	+ 0,2
Hessen	151 033	208 887	215 209	99 862	8,9	8,3	8,5	- 0,4	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	35 930	40 471	39 906	19 668	5,5	4,8	4,8	- 0,7	+ 0,0
Niedersachsen	137 765	161 417	169 626	80 745	9,0	7,2	7,0	- 2,1	- 0,2
Nordrhein-Westfalen	468 747	597 952	644 612	299 674	8,6	7,3	7,3	- 1,3	- 0,0
Rheinland-Pfalz	105 630	117 105	121 068	60 909	8,9	7,0	6,8	- 2,1	- 0,3
Saarland	19 594	26 864	28 262	13 766	13,9	11,7	11,8	- 2,1	+ 0,0
Sachsen	107 576	111 635	112 724	50 655	8,6	9,3	9,8	+ 1,2	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	51 341	55 761	55 876	27 535	8,0	8,2	8,9	+ 0,9	+ 0,7
Schleswig-Holstein	48 052	54 607	54 977	25 801	6,2	5,4	5,5	- 0,7	+ 0,1
Thüringen	50 267	53 668	53 231	25 748	6,0	6,8	7,7	+ 1,6	+ 0,9
Deutschland	1 941 405	2 380 974	2 499 409	1 185 392	9,1	8,1	8,1	- 1,0	+ 0,1
Westdeutschland	1 517 755	1 914 069	2 025 421	956 734
Ostdeutschland	423 650	466 905	473 988	228 658

51. Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen (Erststudium) insgesamt			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen insgesamt	
				2007	2012	Anteil in Prozent			
	2007	2011	2012			2007	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	32 842	47 560	48 711	16 071	23 714	48,9	48,7	+ 48,3	+ 2,4
Bayern	33 687	45 932	48 030	17 282	24 435	51,3	50,9	+ 42,6	+ 4,6
Berlin	15 641	18 725	18 182	8 250	9 438	52,7	51,9	+ 16,2	- 2,9
Brandenburg	4 722	6 523	6 386	2 403	3 434	50,9	53,8	+ 35,2	- 2,1
Bremen	3 619	4 339	4 647	1 903	2 477	52,6	53,3	+ 28,4	+ 7,1
Hamburg	7 295	10 514	10 835	3 626	5 610	49,7	51,8	+ 48,5	+ 3,1
Hessen	19 175	24 416	24 650	10 142	12 966	52,9	52,6	+ 28,6	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 752	4 746	4 806	2 010	2 636	53,6	54,8	+ 28,1	+ 1,3
Niedersachsen	20 473	22 682	21 615	11 277	11 462	55,1	53,0	+ 5,6	- 4,7
Nordrhein-Westfalen	55 287	64 631	63 987	28 861	31 976	52,2	50,0	+ 15,7	- 1,0
Rheinland-Pfalz	11 198	14 425	15 587	6 183	8 639	55,2	55,4	+ 39,2	+ 8,1
Saarland	2 132	2 565	2 563	966	1 379	45,3	53,8	+ 20,2	- 0,1
Sachsen	13 286	17 436	16 386	6 505	8 294	49,0	50,6	+ 23,3	- 6,0
Sachsen-Anhalt	5 023	7 365	7 288	2 801	3 953	55,8	54,2	+ 45,1	- 1,0
Schleswig-Holstein	5 654	7 515	7 929	2 844	4 132	50,3	52,1	+ 40,2	+ 5,5
Thüringen	6 091	7 897	8 019	3 130	4 335	51,4	54,1	+ 31,7	+ 1,5
Deutschland	239 877	307 271	309 621	124 254	158 880	51,8	51,3	+ 29,1	+ 0,8
Westdeutschland	191 362	244 579	248 554	99 155	126 790	51,8	51,0	29,9	1,6
Ostdeutschland	48 515	62 692	61 067	25 099	32 090	51,7	52,5	25,9	-2,6

1) Bis 2009 wurden bei der Berechnung der Absolventen im Erststudium noch die Masterabsolventen miteinbezogen. Ab 2010 ist dies nicht mehr der Fall. Die Vergleichbarkeit mit Jahren vor 2010 ist daher eingeschränkt.

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
				2007	2012	Anteil in Prozent			
	2007	2011	2012			2007	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	3 969	4 247	4 302	1 576	1 992	39,7	46,3	+ 8,4	+ 1,3
Bayern	3 810	4 241	4 147	1 570	1 903	41,2	45,9	+ 8,8	- 2,2
Berlin	1 910	2 213	2 171	905	1 069	47,4	49,2	+ 13,7	- 1,9
Brandenburg	323	386	384	141	152	43,7	39,6	+ 18,9	- 0,5
Bremen	338	350	405	139	175	41,1	43,2	+ 19,8	+ 15,7
Hamburg	645	1 147	1 043	298	500	46,2	47,9	+ 61,7	- 9,1
Hessen	1 935	2 125	2 005	788	901	40,7	44,9	+ 3,6	- 5,6
Mecklenburg-Vorpommern	408	473	491	205	248	50,2	50,5	+ 20,3	+ 3,8
Niedersachsen	1 755	2 268	2 240	767	1 035	43,7	46,2	+ 27,6	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	4 721	4 985	5 096	1 877	2 134	39,8	41,9	+ 7,9	+ 2,2
Rheinland-Pfalz	952	1 103	1 118	414	526	43,5	47,0	+ 17,4	+ 1,4
Saarland	313	97	90	117	42	37,4	46,7	- 71,2	- 7,2
Sachsen	1 073	1 458	1 432	455	633	42,4	44,2	+ 33,5	- 1,8
Sachsen-Anhalt	505	549	559	208	222	41,2	39,7	+ 10,7	+ 1,8
Schleswig-Holstein	643	641	621	338	315	52,6	50,7	- 3,4	- 3,1
Thüringen	543	698	703	270	332	49,7	47,2	+ 29,5	+ 0,7
Deutschland	23 843	26 981	26 807	10 068	12 179	42,2	45,4	+ 12,4	- 0,6
Westdeutschland	19 081	21 204	21 067	7 884	9 523	41,3	45,2	+ 10,4	- 0,6
Ostdeutschland	4 762	5 777	5 740	2 184	2 656	45,9	46,3	+ 20,5	- 0,6

53. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
				2007	2012	Anteil in Prozent			
	2007	2011	2012			2007	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	5 357	6 585	6 832	783	1 236	14,6	18,1	+ 27,5	+ 3,8
Bayern	5 249	6 161	6 372	632	1 065	12,0	16,7	+ 21,4	+ 3,4
Berlin	2 696	3 108	3 125	643	946	23,9	30,3	+ 15,9	+ 0,5
Brandenburg	842	908	904	155	204	18,4	22,6	+ 7,4	- 0,4
Bremen	642	656	655	131	160	20,4	24,4	+ 2,0	- 0,2
Hamburg	1 399	1 489	1 489	274	361	19,6	24,2	+ 6,4	+ 0,0
Hessen	3 170	3 367	3 396	573	743	18,1	21,9	+ 7,1	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	825	831	815	114	131	13,8	16,1	- 1,2	- 1,9
Niedersachsen	3 167	3 483	3 557	659	864	20,8	24,3	+ 12,3	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	7 388	8 472	8 749	1 170	1 809	15,8	20,7	+ 18,4	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	1 675	1 948	1 987	222	386	13,3	19,4	+ 18,6	+ 2,0
Saarland	416	469	496	59	95	14,2	19,2	+ 19,2	+ 5,8
Sachsen	2 178	2 217	2 224	344	407	15,8	18,3	+ 2,1	+ 0,3
Sachsen-Anhalt	1 007	1 069	1 068	168	197	16,7	18,4	+ 6,1	- 0,1
Schleswig-Holstein	953	1 029	1 059	106	167	11,1	15,8	+ 11,1	+ 2,9
Thüringen	1 056	1 132	1 134	140	186	13,3	16,4	+ 7,4	+ 0,2
Deutschland	38 020	42 924	43 862	6 173	8 957	16,2	20,4	+ 15,4	+ 2,2
Westdeutschland	29 416	33 659	34 592	4 609	6 886	15,7	19,9	+ 17,6	+ 2,8
Ostdeutschland	8 604	9 265	9 270	1 564	2 071	18,2	22,3	+ 7,7	+ 0,1

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

54. Öffentliche Ausgaben für Kultur

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ^{1), 2)}			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner ^{1), 2)}			Veränderung der Zahl der öffentlichen Ausgaben		Anteil der Aus- gaben für Kultur am BIP 2009
	2004 ³⁾	2007	2009	2004 ³⁾	2007	2009	2009/2004	2009/2007	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 083	1 096	1 204	101	102	112	+ 11,2	+ 9,9	0,4
Bayern	1 140	1 223	1 385	92	98	111	+ 21,4	+ 13,3	0,3
Berlin	604	618	690	178	181	201	+ 14,2	+ 11,8	0,7
Brandenburg	231	218	241	90	86	96	+ 4,2	+ 10,6	0,5
Bremen	105	95	102	159	144	155	- 2,6	+ 7,6	0,4
Hamburg	273	350	311	157	199	175	+ 13,9	- 11,0	0,4
Hessen	567	624	684	93	103	113	+ 20,6	+ 9,7	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	194	180	172	112	107	104	- 11,5	- 4,6	0,5
Niedersachsen	579	572	591	72	72	74	+ 2,0	3,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 471	1 569	1 583	81	87	88	+ 7,7	+ 0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	290	304	314	72	75	78	+ 8,2	+ 3,5	0,3
Saarland	75	72	82	71	69	80	+ 8,6	+ 14,3	0,3
Sachsen	701	756	736	163	178	176	+ 5,0	- 2,6	0,8
Sachsen-Anhalt	299	298	313	119	123	132	+ 4,8	+ 5,1	0,7
Schleswig-Holstein	184	189	202	65	67	71	+ 10,2	+ 6,9	0,3
Thüringen	294	275	322	124	120	143	+ 9,5	+ 17,1	0,7
Deutschland	8 092	8 436	8 933	98	103	109	+ 10,4	+ 5,9	0,4
Westdeutschland	5 768	6 092	6 459	88	93	99	+ 12,0	+ 6,0	0,3
Ostdeutschland	2 323	2 344	2 474	138	141	151	+ 6,5	+ 5,5	0,7

1) Grundmittel.

2) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

3) Durch Änderungen in der Haushaltssystematik ist ab dem Jahr 2002 kein Vergleich bei den Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung auf Gemeinde- / Zweckverbandebene möglich.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1), 2)}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1), 2)}			Veränderung der Zahl der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2010
	2005	2009	2010	2005	2009	2010	2010/2005	2010/2009	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 198	4 177	4 496	13 700	16 000	16 300	+ 40,6	+ 7,6	1,2
Bayern	2 932	4 021	4 309	11 900	15 500	15 800	+ 46,9	+ 7,2	1,0
Berlin	1 535	1 796	1 942	11 300	13 400	13 800	+ 26,6	+ 8,1	2,0
Brandenburg	399	451	489	10 000	9 700	10 100	+ 22,4	+ 8,4	0,9
Bremen	417	445	463	12 100	14 500	15 100	+ 11,0	+ 3,9	1,8
Hamburg	831	1 034	1 072	12 600	15 400	15 300	+ 29,0	+ 3,7	1,2
Hessen	1 630	2 207	2 461	10 500	13 000	13 400	+ 51,0	+ 11,5	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	417	457	527	12 200	12 500	14 000	+ 26,3	+ 15,3	1,5
Niedersachsen	2 003	2 483	2 645	13 300	17 700	18 300	+ 32,0	+ 6,5	1,2
Nordrhein-Westfalen	5 108	5 863	6 204	11 500	12 800	13 000	+ 21,5	+ 5,8	1,1
Rheinland-Pfalz	883	1 115	1 188	9 200	10 900	11 300	+ 34,6	+ 6,5	1,1
Saarland	299	262	285	15 700	12 100	12 300	- 4,7	+ 8,7	1,0
Sachsen	1 326	1 408	1 514	12 900	13 600	14 400	+ 14,2	+ 7,5	1,6
Sachsen-Anhalt	546	599	672	10 800	11 700	12 900	+ 23,1	+ 12,3	1,3
Schleswig-Holstein	529	594	622	12 000	12 700	12 800	+ 17,6	+ 4,7	0,9
Thüringen	569	646	735	12 000	12 800	14 200	+ 29,1	+ 13,7	1,6
Deutschland	22 621	27 560	29 624	11 900	13 900	14 300	+ 31,0	+ 7,5	1,2
Westdeutschland	17 829	22 202	23 744	12 000	14 300	14 500	+ 33,2	+ 6,9	1,1
Ostdeutschland	4 792	5 358	5 880	11 700	12 700	13 500	+ 22,7	+ 9,7	1,6

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z.B. Studentenwerke) insgesamt.

2) ISCED 5a/6.

Umwelt und Energie

56. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche¹⁾

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	4 974	5 077	5 101	10,3	6,3	6,7	+ 2,6	+ 0,5
Bayern	7 799	8 060	8 123	16,1	18,0	17,1	+ 4,2	+ 0,8
Berlin	623	627	625	0,5	0,2	-0,6	+ 0,4	- 0,3
Brandenburg	2 632	2 728	2 741	6,8	3,2	3,6	+ 4,2	+ 0,5
Bremen	231	233	235	0,4	0,2	0,6	+ 2,1	+ 1,0
Hamburg	449	451	452	0,1	0,0	0,2	+ 0,6	+ 0,2
Hessen	3 238	3 280	3 294	4,2	1,4	3,7	+ 1,7	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 754	1 857	1 868	6,7	2,7	3,1	+ 6,5	+ 0,6
Niedersachsen	6 363	6 518	6 554	10,0	14,8	9,9	+ 3,0	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 522	7 689	7 727	14,1	10,0	10,4	+ 2,7	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	2 807	2 827	2 832	4,7	1,0	1,5	+ 0,9	+ 0,2
Saarland	523	533	535	0,6	0,5	0,3	+ 2,2	+ 0,2
Sachsen	2 217	2 326	2 346	11,2	6,0	5,7	+ 5,9	+ 0,9
Sachsen-Anhalt	2 238	2 241	2 239	0,8	-0,6	-0,4	+ 0,1	- 0,1
Schleswig-Holstein	1 951	2 003	2 011	7,4	4,8	2,3	+ 3,1	+ 0,4
Thüringen	1 469	1 520	1 539	2,0	5,1	5,4	+ 4,8	+ 1,3
Deutschland²⁾	46 789	47 971	48 225	96,2	73,6	69,5	+ 3,1	+ 0,5
Westdeutschland	35 857	36 672	36 865	68,1	57,0	52,8	+ 2,8	+ 0,5
Ostdeutschland	10 932	11 299	11 360	28,1	16,6	16,8	+ 3,9	+ 0,5

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich. In Niedersachsen ist dies für Angaben 2011 der Fall. Die Angaben für den Flächenverbrauch 2011 sind daher nicht mit denen anderer Jahre vergleichbar.

2) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

57. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2007	2010	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	94,6	112,2	124,0	6,6	8,0	8,7	+ 2,1	+ 0,8
Bayern	146,5	194,1	217,6	4,5	6,2	6,9	+ 2,4	+ 0,8
Berlin	0,2	0,3	0,3	11,1	12,4	15,0	+ 3,9	+ 2,6
Brandenburg	133,8	140,8	137,7	10,1	10,6	10,5	+ 0,4	- 0,2
Bremen	0,4	0,8	1,0	5,0	9,8	11,8	+ 6,8	+ 1,9
Hamburg	1,0	1,0	1,0	6,9	6,8	6,9	+ 0,1	+ 0,1
Hessen	61,1	72,7	81,6	7,8	9,5	10,6	+ 2,8	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	120,0	117,8	120,4	8,8	8,7	9,0	+ 0,1	+ 0,3
Niedersachsen	74,8	78,5	79,5	2,9	3,0	3,1	+ 0,2	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	48,9	54,5	62,9	3,3	3,7	4,3	+ 1,0	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	25,8	38,0	47,3	3,6	5,4	6,7	+ 3,1	+ 1,3
Saarland	7,2	8,5	9,3	9,1	10,9	11,9	+ 2,9	+ 1,0
Sachsen	32,0	38,0	35,3	3,5	4,2	3,9	+ 0,4	- 0,3
Sachsen-Anhalt	44,7	49,6	53,4	3,8	4,2	4,6	+ 0,7	+ 0,3
Schleswig-Holstein	29,7	35,2	35,8	2,9	3,5	3,6	+ 0,7	+ 0,1
Thüringen	40,4	39,0	39,8	5,1	5,0	5,1	+ 0,0	+ 0,1
Deutschland	861,2	980,9	1 047,0	5,1	5,9	6,3	+ 1,2	+ 0,4
Westdeutschland	490,0	595,3	660,0	4,3	5,3	5,9	+ 1,6	+ 0,6
Ostdeutschland	371,2	385,5	386,9	6,7	6,9	7,0	+ 0,3	+ 0,1

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher								
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2004	2010	2004	2010	2004	2007	2010	2010/2004	2010/2007
	Mio. m³				Liter je Einwohner und Tag			%	
Baden-Württemberg	590	564	477	453	122,6	116,5	115,3	-5,9	- 1,0
Bayern	773	722	606	582	135,1	133,1	129,1	-4,4	- 3,1
Berlin	202	193	157	142	123,6	111,6	112,9	-8,6	+ 1,2
Brandenburg	109	112	92	95	99,9	98,4	104,8	4,8	+ 6,1
Bremen	40	37	34	30	135,5	126,5	122,2	-9,8	- 3,5
Hamburg	108	103	99	96	142,1	134,0	134,4	-5,4	+ 0,3
Hessen	328	301	280	265	127,4	122,7	121,3	-4,8	- 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	84	85	64	64	102,2	100,4	106,3	4,1	+ 5,6
Niedersachsen	471	461	375	363	129,9	128,2	126,3	-2,8	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	1 171	1 101	905	866	139,1	135,3	134,5	-3,3	- 0,6
Rheinland-Pfalz	232	219	182	176	121,7	118,3	119,1	-2,1	+ 0,7
Saarland	58	53	46	42	118,4	115,9	112,1	-5,3	- 3,3
Sachsen	190	187	137	127	88,4	85,3	84,2	-4,7	- 1,3
Sachsen-Anhalt	108	106	84	78	92,3	90,0	90,9	-1,5	+ 1,0
Schleswig-Holstein	169	164	136	128	142,8	132,6	133,5	-6,5	+ 0,6
Thüringen	97	93	77	73	89,9	90,3	88,6	-1,4	- 1,9
Deutschland	4 729	4 500	3 752	3 577	125,5	121,6	120,7	-3,8	- 0,7
Westdeutschland	3 939	3 724	3 141	3 000	132,2	128,1	126,6	-4,2	- 1,2
Ostdeutschland	790	776	611	577	99,6	95,6	97,2	-2,4	+ 1,6

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen							Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2007	2011	2012	Darunter					
				Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ¹⁾	getrennte Wertstoffe	2012/2007	2012/2011	
	1 000 Tonnen			kg/Einwohner				%	
Baden-Württemberg	4 601	4 714	4 703	445	145	131	168	+ 2,2	- 0,2
Bayern	5 743	5 910	5 894	471	165	144	159	+ 2,6	- 0,3
Berlin	1 472	1 426	1 393	413	255	37	119	- 5,4	- 2,3
Brandenburg	1 001	994	964	393	213	44	136	- 3,7	- 3,0
Bremen	310	298	287	439	229	88	121	- 7,3	- 3,6
Hamburg	836	803	787	454	300	39	113	- 5,9	- 2,0
Hessen	2 842	2 853	2 806	466	198	127	140	- 1,3	- 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	720	698	676	423	233	55	134	- 6,1	- 3,1
Niedersachsen	4 033	3 998	3 950	508	191	151	164	- 2,1	- 1,2
Nordrhein-Westfalen	8 533	8 323	8 258	470	218	109	142	- 3,2	- 0,8
Rheinland-Pfalz	2 028	2 071	2 044	512	187	147	173	+ 0,8	- 1,3
Saarland	525	464	459	461	188	138	134	- 12,6	- 1,2
Sachsen	1 407	1 361	1 297	320	150	50	120	- 7,8	- 4,7
Sachsen-Anhalt	1 054	1 033	1 003	444	203	108	131	- 4,9	- 2,9
Schleswig-Holstein	1 357	1 365	1 347	480	230	96	153	- 0,7	- 1,4
Thüringen	895	885	855	394	183	78	129	- 4,5	- 3,4
Deutschland	37 357	37 196	36 722	456	193	113	148	- 1,7	- 1,3
Westdeutschland	30 807	30 799	30 534	473	191	126	154	- 0,9	- 0,9
Ostdeutschland	6 550	6 397	6 188	390	203	59	127	- 5,5	- 3,3

1) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2006	2010	2011		2006	2010	2011	2011/2006	2011/2010
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	473 043	430 021	398 538	41 464	7,4	10,5	10,4	+ 3,0	- 0,1
Bayern	576 403	578 172	565 998	80 118	9,2	12,9	14,2	+ 5,0	+ 1,2
Berlin	84 276	85 103	77 741	2 603	1,7	3,2	3,3	+ 1,6	+ 0,1
Brandenburg	187 224	181 299	188 189	33 363	10,4	16,8	17,7	+ 7,3	+ 0,9
Bremen	41 990	46 630	44 139	2 144	3,8	4,8	4,9	+ 1,0	+ 0,0
Hamburg	64 696	69 744	64 513	2 956	3,6	4,4	4,6	+ 1,0	+ 0,2
Hessen	291 026	279 293	244 752	19 157	4,8	6,7	7,8	+ 3,0	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	51 154	52 459	15,2	22,8
Niedersachsen	406 197	411 229	374 645	47 209	7,9	12,2	12,6	+ 4,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	1 134 615	1 225 683	1 181 461	45 129	3,4	3,7	3,8	+ 0,4	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	183 939	186 614	176 011	17 279	6,8	9,5	9,8	+ 3,0	+ 0,3
Saarland	79 174	68 689	2,2	3,3
Sachsen	179 650	176 570	168 218	13 293	4,9	7,5	7,9	+ 3,0	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	140 771	145 318	142 557	23 436	10,0	14,5	16,4	+ 6,4	+ 1,9
Schleswig-Holstein	162 195	121 962	115 200	16 649	5,2	12,0	14,5	+ 9,2	+ 2,4
Thüringen	69 618	71 187	67 796	15 964	15,4	22,5	23,5	+ 8,1	+ 1,1
Deutschland ¹⁾	4 121 332	3 949 099	3 777 593	406 252	6,3	9,9	10,8	+ 4,5	+ 0,8
Westdeutschland ²⁾	3 413 279	3 418 035	5,8	8,0
Ostdeutschland ²⁾	712 693	711 936	8,7	13,4

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand April 2013; Bilanz 2011) weichen aufgrund einer geringfügig abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand September 2014).

61. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien		
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	2011/2006	2011/2010	
	Mio. kWh			Anteil in %			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	73 239	66 001	59 625	11 846	11,6	17,2	19,9	+ 8,3	+ 2,7
Bayern	84 994	91 969	89 203	25 414	19,9	25,9	28,5	+ 8,6	+ 2,6
Berlin	9 144	9 108	8 407	356	1,3	4,0	4,2	+ 2,9	...
Brandenburg	45 410	49 277	52 505	12 118	13,5	19,9	23,1	+ 9,6	...
Bremen	7 832	7 887	7 192	463	3,2	4,8	6,4	+ 3,2	+ 1,6
Hamburg	2 024	2 877	2 885	393	17,9	12,8	13,6	- 4,3	+ 0,8
Hessen	29 690	30 068	19 134	3 803	6,1	10,5	19,9	+ 13,8	+ 9,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 616	8 962	10 225	5 298	30,6	46,0	51,8	+ 21,2	...
Niedersachsen	69 185	74 928	70 678	19 772	16,2	21,7	28,0	+ 11,8	+ 6,3
Nordrhein-Westfalen	185 528	186 639	175 228	13 035	5,2	6,1	7,4	+ 2,2	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	14 180	16 534	16 398	4 828	21,4	26,5	29,4	+ 8,1	+ 2,9
Saarland	11 062	7 302	2,1	5,8
Sachsen	37 077	37 431	37 201	3 965	5,9	8,6	10,7	+ 4,7	+ 2,1
Sachsen-Anhalt	18 840	21 199	23 180	9 043	22,2	34,6	39,0	+ 16,8	+ 4,4
Schleswig-Holstein	38 381	24 112	22 839	8 420	11,9	29,1	36,9	+ 25,0	+ 7,8
Thüringen	6 436	7 362	7 767	3 650	28,4	40,7	47,0	+ 18,6	+ 6,3
Deutschland ¹⁾	639 600	633 000	613 100	123 800	11,2	16,6	20,2	+ 9,0	+ 3,6
Westdeutschland ²⁾	516 115	508 317	11,0	15,5
Ostdeutschland ²⁾	124 524	133 339	139 284	34 430	13,5	20,9	24,7	+ 11,2	+ 3,8

1) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand August 2014; AG Erneuerbare Energien) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2014).

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen pro Einwohner			Veränderungsrate der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	2011/2006	2011/2010
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	78 283	67 565	66 336	7,3	6,3	6,3	-15,3	- 1,8
Bayern	81 879	80 022	78 505	6,6	6,4	6,3	-4,1	- 1,9
Berlin	19 915	19 772	...	5,9	5,7
Brandenburg	58 273	55 500	...	22,8	22,1
Bremen	12 704	13 924	13 260	19,1	21,1	20,4	4,4	- 4,8
Hamburg	11 451	11 676	10 775	6,6	6,6	6,3	-5,9	- 7,7
Hessen	53 170	50 259	...	8,7	8,3
Mecklenburg-Vorpommern ²⁾	11 080	9 961	...	6,5
Niedersachsen	70 298	67 488	66 623	8,8	8,5	8,5	-5,2	- 1,3
Nordrhein-Westfalen	287 140	275 301	268 045	15,9	15,4	15,3	-6,7	- 2,6
Rheinland-Pfalz	27 110	27 336	25 537	6,7	6,8	6,4	-5,8	- 6,6
Saarland	23 577	19 117	...	22,5	18,7
Sachsen	48 295	48 737	46 833	11,3	11,7	11,5	-3,0	- 3,9
Sachsen-Anhalt	27 821	27 375	27 173	11,3	11,7	11,9	-2,3	- 0,7
Schleswig-Holstein	19 339	19 043	17 069	6,8	6,7	6,1	-11,7	- 10,4
Thüringen	11 283	10 771	10 102	4,9	4,8	4,6	-10,5	- 6,2
Deutschland³⁾	810 648	773 833	754 300	9,8	9,5	9,4	-7,0	- 2,5
Westdeutschland ⁴⁾	664 951	631 731	...	10,1	9,7
Ostdeutschland ⁴⁾	176 667	172 116	...	10,6	10,5

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) Wert für Mecklenburg-Vorpommern 2010: Umweltbundesamt: Nationaler Inventarbericht Deutschland 2014; Berechnung: Umweltbundesamt.

3) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 15.04.2014.

4) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2014).

Soziales, Sicherheit

63. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	12 020	11 809	11 176	131	132	122	- 6,6	- 7,5
Bayern	12 736	12 040	11 886	120	112	108	- 9,5	- 3,6
Berlin	9 648	9 269	8 800	302	267	251	- 16,9	- 6,0
Brandenburg	4 066	3 497	3 464	216	189	189	- 12,7	- 0,3
Bremen	1 551	1 578	1 537	279	280	267	- 4,0	- 4,5
Hamburg	3 882	3 867	3 638	232	218	201	- 13,5	- 8,2
Hessen	9 288	8 745	8 224	179	169	158	- 12,2	- 7,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 111	2 970	2 831	238	234	225	- 5,1	- 3,5
Niedersachsen	9 734	8 558	8 166	150	139	130	- 13,4	- 6,7
Nordrhein-Westfalen	24 120	21 866	20 939	161	150	143	- 11,1	- 4,7
Rheinland-Pfalz	4 471	3 933	4 011	139	126	125	- 9,6	- 0,6
Saarland	1 336	1 177	1 168	187	171	171	- 8,6	- 0,3
Sachsen	6 199	5 594	5 506	180	161	158	- 12,2	- 1,9
Sachsen-Anhalt	4 338	3 891	3 633	245	230	216	- 11,8	- 6,1
Schleswig-Holstein	3 609	3 487	3 352	159	158	154	- 3,5	- 3,1
Thüringen	3 655	3 446	3 379	211	199	194	- 8,0	- 2,4
Deutschland	113 764	105 727	101 710	167	157	149	- 10,5	- 5,0
Westdeutschland	82 747	77 060	74 097	151	143	135	- 10,1	- 5,3
Ostdeutschland	31 017	28 667	27 613	233	213	205	- 12,1	- 3,8

64. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	2 736	3 617	3 809	14	20	21	+ 39,2	+ 5,3
Bayern	2 554	3 046	2 841	12	14	14	+ 11,2	- 6,7
Berlin	1 265	2 329	2 268	26	45	45	+ 79,3	- 2,6
Brandenburg	1 310	1 470	1 459	39	42	42	+ 11,4	- 0,7
Bremen	483	487	421	47	49	43	- 12,8	- 13,6
Hamburg	1 240	1 632	1 866	46	59	69	+ 50,5	+ 14,3
Hessen ²⁾	2 605	3 011	3 702	25	30	37	+ 42,1	+ 22,9
Mecklenburg-Vorpommern	972	981	994	45	44	45	+ 2,3	+ 1,3
Niedersachsen	2 933	3 560	3 738	20	26	28	+ 27,4	+ 5,0
Nordrhein-Westfalen	9 347	11 475	12 259	29	38	42	+ 31,2	+ 6,8
Rheinland-Pfalz	904	1 288	1 302	13	20	20	+ 44,0	+ 1,1
Saarland	357	728	599	28	49	41	+ 67,8	- 17,7
Sachsen	2 005	2 574	2 767	38	46	50	+ 38,0	+ 7,5
Sachsen-Anhalt	973	1 082	844	33	36	29	- 13,3	- 22,0
Schleswig-Holstein	1 408	1 844	2 089	28	39	44	+ 48,4	+ 13,3
Thüringen	1 161	1 103	1 165	41	37	40	+ 0,3	+ 5,6
Deutschland	32 253	40 227	42 123	24	31	32	+ 30,6	+ 4,7
Westdeutschland	24 567	30 688	32 626	21	28	30	+ 32,8	+ 6,3
Ostdeutschland	7 686	9 539	9 497	36	43	43	+ 23,6	- 0,4

1) Bezug: durchschnittliche Bevölkerung unter 18 Jahren des gleichen Jahres; für 2013: durchschnittliche Bevölkerung unter 18 Jahren 2012.

2) Der Anstieg in Hessen von 2012 zu 2013 ist auf Meldungen von Maßnahmen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und Asylsuchende zurückzuführen.

65. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾			Von 65-Jährigen und älter	Von Ausländern	Von Allein- erziehenden	Von Erwerbs- losen	Armuts- gefährdungs- schwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
	2008	2012		2013					2013/2008	2013/2012
	%							€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	13,3	14,6	14,8	17,6	29,2	44,7	51,0	979	+ 1,5	+ 0,2
Bayern	13,6	14,1	14,6	22,4	27,1	42,0	49,3	973	+ 1,0	+ 0,5
Berlin	14,3	15,2	15,0	7,1	28,7	25,4	49,6	814	+ 0,7	- 0,2
Brandenburg	13,8	14,4	14,3	8,6	/	44,2	59,4	826	+ 0,5	- 0,1
Bremen	18,2	18,3	18,9	10,4	45,0	42,3	54,2	797	+ 0,7	+ 0,6
Hamburg	16,1	17,6	18,7	14,1	38,0	43,6	63,4	934	+ 2,6	+ 1,1
Hessen	15,0	15,9	15,9	16,3	32,4	41,5	54,6	941	+ 0,9	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,4	13,2	13,5	4,8	/	31,9	56,7	735	- 0,9	+ 0,3
Niedersachsen	14,7	15,2	15,8	15,4	36,0	42,3	56,8	887	+ 1,1	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	14,6	15,4	16,0	13,0	36,2	42,5	57,3	873	+ 1,4	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	15,4	15,8	16,7	19,8	35,7	50,6	52,9	920	+ 1,3	+ 0,9
Saarland	14,3	14,6	15,9	17,2	36,5	39,0	56,1	869	+ 1,6	+ 1,3
Sachsen	13,4	11,9	11,9	5,5	/	32,0	54,0	775	- 1,5	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	15,0	14,0	14,1	7,1	/	44,0	44,0	773	- 0,9	+ 0,1
Schleswig-Holstein	14,9	15,4	15,6	14,2	42,4	50,9	61,2	927	+ 0,7	+ 0,2
Thüringen	13,3	10,8	11,7	7,7	/	29,2	47,5	791	- 1,6	+ 0,9
Deutschland	14,4	15,0	15,5	14,3	32,0	43,0	58,7	892	+ 1,1	+ 0,5
Westdeutschland	14,5	15,4	15,9	16,9	33,0	44,6	56,7	923	+ 1,4	+ 0,5
Ostdeutschland	13,8	13,0	13,1	6,7	30,8	32,9	53,1	786	- 0,7	+ 0,1

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

66. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Darunter Frauen	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2007	2011	2012		2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl				%	Anzahl			%
Baden-Württemberg	577 603	527 008	528 830	51,8	5,4	5,0	5,0	- 8,4	+ 0,3
Bayern	620 828	545 780	547 571	52,4	5,0	4,4	4,4	- 11,8	+ 0,3
Berlin	681 165	661 005	657 285	48,7	19,9	19,9	19,5	- 3,5	- 0,6
Brandenburg	353 651	286 062	281 327	48,8	13,9	11,7	11,5	- 20,5	- 1,7
Bremen	112 899	109 093	109 498	51,1	17,0	16,7	16,7	- 3,0	+ 0,4
Hamburg	240 228	227 521	227 163	50,3	13,6	13,2	13,1	- 5,4	- 0,2
Hessen	532 624	496 108	501 269	51,1	8,8	8,3	8,3	- 5,9	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	282 012	224 171	219 959	48,5	16,8	14,0	13,7	- 22,0	- 1,9
Niedersachsen	796 836	706 508	700 558	51,1	10,0	9,1	9,0	- 12,1	- 0,8
Nordrhein-Westfalen	1 931 217	1 855 807	1 881 993	51,1	10,7	10,6	10,7	- 2,5	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	293 122	265 929	265 129	51,9	7,2	6,7	6,6	- 9,5	- 0,3
Saarland	99 022	89 498	90 167	51,6	9,6	9,0	9,1	- 8,9	+ 0,7
Sachsen	574 436	461 177	447 094	49,4	13,6	11,4	11,0	- 22,2	- 3,1
Sachsen-Anhalt	394 348	322 451	317 246	49,2	16,3	14,2	14,0	- 19,6	- 1,6
Schleswig-Holstein	286 439	265 790	265 480	50,3	10,1	9,5	9,5	- 7,3	- 0,1
Thüringen	279 401	213 871	208 704	50,1	12,2	9,8	9,6	- 25,3	- 2,4
Deutschland	8 055 831	7 257 779	7 249 273	50,6	9,8	9,0	9,0	- 10,0	- 0,1
Westdeutschland	5 490 818	5 089 042	5 117 658	51,3	8,4	7,9	7,9	- 6,8	+ 0,6
Ostdeutschland	2 565 013	2 168 737	2 131 615	49,0	15,5	13,6	13,4	- 16,9	- 1,7

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

67. Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (Dezember)			Leistungsempfänger/-innen je 100 Einwohner ¹⁾			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	449 083	420 359	424 306	5,2	4,9	5,0	- 5,5	+ 0,9
Bayern	471 699	411 369	416 573	4,7	4,1	4,1	- 11,7	+ 1,3
Berlin	586 528	566 443	563 462	21,0	20,7	20,3	- 3,9	- 0,5
Brandenburg	304 439	251 927	245 540	15,5	13,3	13,0	- 19,3	- 2,5
Bremen	91 985	90 909	91 698	17,7	17,6	17,7	- 0,3	+ 0,9
Hamburg	194 535	179 630	178 824	13,5	12,8	12,6	- 8,1	- 0,4
Hessen	429 596	399 070	407 050	8,8	8,3	8,4	- 5,2	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	235 751	193 898	189 658	18,1	15,6	15,3	- 19,6	- 2,2
Niedersachsen	644 781	575 225	573 751	10,2	9,4	9,3	- 11,0	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	1 580 706	1 566 241	1 590 988	11,0	11,2	11,4	+ 0,7	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	235 961	213 660	217 290	7,4	6,7	6,9	- 7,9	+ 1,7
Saarland	79 472	73 462	75 352	9,9	9,5	9,8	- 5,2	+ 2,6
Sachsen	498 264	407 027	393 524	15,7	13,4	12,9	- 21,0	- 3,3
Sachsen-Anhalt	339 722	284 543	277 187	18,7	16,7	16,4	- 18,4	- 2,6
Schleswig-Holstein	234 519	217 197	217 277	10,5	9,9	9,9	- 7,4	+ 0,0
Thüringen	232 649	186 370	178 643	13,3	11,2	10,8	- 23,2	- 4,1
Deutschland	6 609 690	6 037 330	6 041 123	10,1	9,5	9,4	- 8,6	+ 0,1
Westdeutschland	4 412 337	4 147 122	4 193 109	8,4	8,0	8,1	- 5,0	+ 1,1
Ostdeutschland	2 197 353	1 890 208	1 848 014	17,2	15,4	15,0	- 15,9	- 2,2

1) Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

68. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	9 600	8 514	7 745	8,9	8,1	7,3	- 19,3	- 9,0
Bayern	10 624	9 898	9 077	8,5	7,9	7,2	- 14,6	- 8,3
Berlin	4 389	4 476	4 043	12,8	13,4	11,9	- 7,9	- 9,7
Brandenburg	4 087	3 879	3 684	16,2	15,8	15,1	- 9,9	- 5,0
Bremen	1 321	1 418	1 277	20,0	21,7	19,5	- 3,3	- 9,9
Hamburg	2 516	2 581	2 516	14,2	15,0	14,4	+ 0,0	- 2,5
Hessen	6 733	6 131	5 458	11,1	10,2	9,1	- 18,9	- 11,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 903	2 113	1 923	11,4	13,2	12,0	+ 1,1	- 9,0
Niedersachsen	13 299	13 282	12 727	16,7	17,1	16,3	- 4,3	- 4,2
Nordrhein-Westfalen	23 004	25 238	23 704	12,8	14,4	13,5	+ 3,0	- 6,1
Rheinland-Pfalz	4 258	4 518	4 243	10,5	11,3	10,6	- 0,4	- 6,1
Saarland	1 600	1 619	1 517	15,5	16,3	15,3	- 5,2	- 6,3
Sachsen	4 552	3 983	3 953	10,8	9,8	9,8	- 13,2	- 0,8
Sachsen-Anhalt	3 597	3 336	3 491	15,0	14,7	15,5	- 2,9	+ 4,6
Schleswig-Holstein	4 223	4 175	3 858	14,9	14,9	13,7	- 8,6	- 7,6
Thüringen	2 434	2 447	1 984	10,7	11,3	9,2	- 18,5	- 18,9
Deutschland	98 140	97 608	91 200	11,9	12,1	11,3	- 7,1	- 6,6
Westdeutschland	77 178	77 374	72 122	11,8	12,0	11,1	- 6,6	- 6,8
Ostdeutschland	20 962	20 234	19 078	12,7	3,1	12,0	- 9,0	- 5,7

69. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2007	2009	2011	2007	2009	2011	2011/2007	2011/2009
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	236 998	246 038	278 295	2,2	2,3	2,7	+ 17,4	+ 13,1
Bayern	314 282	318 479	329 341	2,5	2,6	2,7	+ 4,8	+ 3,4
Berlin	95 870	101 351	107 917	2,8	2,9	3,3	+ 12,6	+ 6,5
Brandenburg	85 129	85 801	95 970	3,4	3,4	3,9	+ 12,7	+ 11,9
Bremen	20 686	21 340	22 178	3,1	3,2	3,4	+ 7,2	+ 3,9
Hamburg	43 140	45 997	47 207	2,4	2,6	2,8	+ 9,4	+ 2,6
Hessen	175 836	186 893	199 655	2,9	3,1	3,3	+ 13,5	+ 6,8
Mecklenburg-Vorpommern	56 939	61 442	67 559	3,4	3,7	4,2	+ 18,7	+ 10,0
Niedersachsen	242 196	256 085	270 399	3,0	3,2	3,5	+ 11,6	+ 5,6
Nordrhein-Westfalen	484 801	509 145	547 833	2,7	2,9	3,1	+ 13,0	+ 7,6
Rheinland-Pfalz	102 441	105 800	112 743	2,5	2,6	2,8	+ 10,1	+ 6,6
Saarland	29 402	30 380	32 793	2,8	3,0	3,3	+ 11,5	+ 7,9
Sachsen	127 064	131 714	138 987	3,0	3,2	3,4	+ 9,4	+ 5,5
Sachsen-Anhalt	80 751	80 667	88 021	3,4	3,4	3,9	+ 9,0	+ 9,1
Schleswig-Holstein	79 081	79 507	80 221	2,8	2,8	2,9	+ 1,4	+ 0,9
Thüringen	72 213	76 967	82 322	3,2	3,4	3,8	+ 14,0	+ 7,0
Deutschland	2 246 829	2 337 606	2 501 441	2,7	2,9	3,1	+ 11,3	+ 7,0
Westdeutschland	1 728 863	1 799 664	1 920 665	2,6	2,7	3,0	+ 11,1	+ 6,7
Ostdeutschland	517 966	537 942	580 776	3,1	3,3	3,7	+ 12,1	+ 8,0

70. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten und Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote	Wohnungseinbruchdiebstahl ²⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten	
	2008	2012	2013				2013/2008	2013/2012	
	Anzahl				%	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ¹⁾	%	
Baden-Württemberg	591 736	573 459	576 067	5 436	58,0	11 295	107	- 2,6	+ 0,5
Bayern	651 436	626 865	635 131	5 061	64,1	6 385	51	- 2,5	+ 1,3
Berlin	482 765	495 297	503 164	14 825	43,7	11 566	341	+ 4,2	+ 1,6
Brandenburg	209 075	195 146	197 228	8 058	54,2	4 001	163	- 5,7	+ 1,1
Bremen	94 703	86 814	85 508	13 063	49,8	3 439	525	- 9,7	- 1,5
Hamburg	236 444	227 570	238 019	13 658	43,7	6 924	397	+ 0,7	+ 4,6
Hessen	407 357	395 626	386 778	6 419	59,5	10 795	179	- 5,1	- 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	147 099	126 677	120 484	7 545	58,3	1 521	95	- 18,1	- 4,9
Niedersachsen	589 987	557 219	545 704	7 006	61,3	15 743	202	- 7,5	- 2,1
Nordrhein-Westfalen	1 453 503	1 518 369	1 484 943	8 463	48,9	54 953	313	+ 2,2	- 2,2
Rheinland-Pfalz	293 701	267 471	267 441	6 705	60,9	5 858	147	- 8,9	- 0,0
Saarland	78 162	72 872	72 540	7 314	52,6	2 095	211	- 7,2	- 0,5
Sachsen	295 814	312 406	312 500	7 732	54,8	3 620	90	+ 5,6	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	206 669	189 234	193 881	8 621	56,5	2 588	115	- 6,2	+ 2,5
Schleswig-Holstein	240 392	211 928	199 964	7 121	50,5	7 534	268	- 16,8	- 5,6
Thüringen	142 620	140 087	142 310	6 577	64,5	1 183	55	- 0,2	+ 1,6
Deutschland	6 121 463	5 997 040	5 961 662	7 398	54,5	149 500	186	- 2,6	- 0,6
Westdeutschland	4 637 421	4 538 193	4 492 095	6 944	55,5	126 204	195	- 3,1	- 1,0
Ostdeutschland	1 484 042	1 458 847	1 469 567	9 247	52,4	24 479	154	- 1,0	+ 0,7

1) Je 100 000 Einwohner am 30.06.2013.

2) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

71. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	49 656	47 088	46 096	462	447	435	- 7,2	- 2,1
Bayern	71 898	70 143	69 457	574	562	553	- 3,4	- 1,0
Berlin	17 685	16 895	16 355	516	505	482	- 7,5	- 3,2
Brandenburg	10 891	10 493	10 459	431	428	427	- 4,0	- 0,3
Bremen	3 775	3 958	3 903	570	607	596	+ 3,4	- 1,4
Hamburg	10 725	9 865	9 449	606	572	542	- 11,9	- 4,2
Hessen	30 406	28 980	27 727	501	483	460	- 8,8	- 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	8 332	6 604	6 720	498	412	421	- 19,3	+ 1,8
Niedersachsen	44 612	42 051	40 778	560	540	524	- 8,6	- 3,0
Nordrhein-Westfalen	80 842	75 541	72 592	450	431	414	- 10,2	- 3,9
Rheinland-Pfalz	21 081	19 651	18 728	522	493	470	- 11,2	- 4,7
Saarland	5 995	5 341	5 054	580	536	510	- 15,7	- 5,4
Sachsen	19 048	17 176	16 380	453	425	405	- 14,0	- 4,6
Sachsen-Anhalt	12 302	10 471	10 295	513	462	458	- 16,3	- 1,7
Schleswig-Holstein	15 853	15 041	15 370	559	536	547	- 3,0	+ 2,2
Thüringen	10 423	8 680	8 118	458	399	375	- 22,1	- 6,5
Deutschland	413 524	387 978	377 481	504	483	468	- 8,7	- 2,7
Westdeutschland	334 843	317 659	309 154	510	492	478	- 7,7	- 2,7
Ostdeutschland	78 681	70 319	68 327	477	443	430	- 13,2	- 2,8

Aktuelle Entwicklungen 2014

72. Aktuelle Entwicklungen 2014

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige ¹⁾	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeits- losenquote	Veränderung der Arbeits- losenquote	Unter- beschäftigungs- quote	SGB II-Quote	Veränderung der SGB II-Quote	Kinderbetreuung von unter 3- Jährigen ²⁾
	1. Hj 2014/ 1. Hj 2013	1. Vj 2014	1. Vj 2014/ 1. Vj 2013	30.6.	30.6.2014/ 30.6.2013	30.6.	April	April 2014/ April 2013	2014
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	%
Baden-Württemberg	+2,2	5 877	+ 1,3	3,8	- 0,1	5,1	5,1	- 0,0	27,7
Bayern	+2,3	7 017	+ 1,2	3,5	- 0,1	4,8	4,3	- 0,0	27,1
Berlin	+1,2	1 793	+ 1,4	11,0	- 0,6	14,8	20,5	- 0,5	45,8
Brandenburg	+1,6	1 052	- 0,2	9,0	- 0,5	2,9	13,1	- 0,5	58,2
Bremen	+0,8	418	+ 0,9	10,8	- 0,1	14,0	18,1	+ 0,0	26,9
Hamburg	+0,7	1 184	+ 1,2	7,5	+ 0,2	9,9	12,8	- 0,2	42,5
Hessen	+1,7	3 246	+ 0,8	5,6	- 0,1	7,3	8,7	+ 0,1	28,9
Mecklenburg-Vorpommern	+2,3	704	+ 0,1	10,5	- 0,3	14,0	15,5	- 0,6	56,4
Niedersachsen	+1,3	3 834	+ 0,9	6,3	+ 0,0	8,1	9,5	- 0,1	27,9
Nordrhein-Westfalen	+1,0	8 919	+ 0,6	8,2	+ 0,0	10,2	11,6	+ 0,2	23,7
Rheinland-Pfalz	+1,2	1 913	+ 0,5	5,2	- 0,1	6,8	7,1	+ 0,1	30,8
Saarland	+2,1	507	+ 0,1	7,1	- 0,1	9,6	10,1	+ 0,2	26,9
Sachsen	+2,9	1 973	+ 0,7	8,5	- 0,5	11,3	13,1	- 0,6	49,8
Sachsen-Anhalt	+1,1	980	- 0,6	10,4	- 0,3	14,3	16,6	- 0,5	58,0
Schleswig-Holstein	+3,0	1 304	+ 0,6	6,5	- 0,1	8,2	10,1	- 0,1	30,4
Thüringen	+1,8	1 019	+ 0,1	7,5	- 0,3	10,0	11,0	- 0,5	52,4
Deutschland	+1,7	41 738	+ 0,8	6,5	- 0,1	8,5	9,6	- 0,1	32,3
Westdeutschland	+1,7	34 219	+ 0,9	5,8	- 0,4	7,5	8,3	+ 0,0	27,4
Ostdeutschland	+1,8	7 519	+ 0,4	9,5	+ 0,0	12,6	15,2	- 0,5	52,0

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung.

2) Anteil der betreuten unter 3-jährigen Kinder in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (Stichtag: 1.3.2014) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2013. Die bei der Quotenberechnung für 2014 verwendeten Bevölkerungszahlen beruhen auf geschätzten Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 (für die neuen Länder war das zentrale Einwohnermelderegister der DDR, Stand Oktober 1990, die Grundlage der Fortschreibung).

Niedersachsen in Europa

73. Bevölkerungsdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Darunter Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren	Veränderung der Bevölkerungs- zahl 2012/2010	Fläche	Besiedlungs- dichte	Bevölkerungs- anteil an EU 27
	2010	2011	2012					
	Anzahl							
Belgien ¹⁾	11 000 638	11 094 850	11 161 642	17,6	+1,5	30 528	367	2,2
Bulgarien ¹⁾	7 369 431	7 327 224	7 284 552	19,2	-1,2	110 900	67	1,5
Tschechische Republik ¹⁾	10 486 731	10 505 445	10 516 125	16,8	+0,3	78 866	136	2,1
Dänemark	5 560 628	5 580 516	5 602 628	17,8	+0,8	42 895	130	1,1
Deutschland ¹⁾	81 751 602	80 327 900	80 523 746	20,7	-1,5	357 137	225	16,1
Baden-Württemberg	10 753 880	10 512 441	10 569 111	19,5	-1,7	35 751	296	2,1
Bayern	12 538 696	12 443 372	12 519 571	19,7	-0,2	70 550	177	2,5
Berlin	3 460 725	3 326 002	3 375 222	19,1	-2,5	892	3 785	0,7
Brandenburg	2 503 273	2 453 180	2 449 511	22,7	-2,1	29 484	83	0,5
Bremen	660 706	652 182	654 774	21,3	-0,9	419	1 562	0,1
Hamburg	1 786 448	1 718 187	1 734 272	18,9	-2,9	755	2 296	0,3
Hessen	6 067 021	5 993 771	6 016 481	20,0	-0,8	21 115	285	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 642 327	1 606 899	1 600 327	22,3	-2,6	23 194	69	0,3
Niedersachsen	7 918 293	7 774 253	7 778 995	21,0	-1,8	47 614	163	1,6
Nordrhein-Westfalen	17 845 154	17 544 938	17 554 329	20,4	-1,6	34 098	515	3,5
Rheinland-Pfalz	4 003 745	3 990 033	3 990 278	20,5	-0,3	19 854	201	0,8
Saarland	1 017 567	997 855	994 287	22,1	-2,3	2 569	387	0,2
Sachsen	4 149 477	4 054 182	4 050 204	24,7	-2,4	18 420	220	0,8
Sachsen-Anhalt	2 335 006	2 276 736	2 259 393	24,5	-3,2	20 450	110	0,5
Schleswig-Holstein	2 834 259	2 802 266	2 806 531	22,1	-1,0	15 800	178	0,6
Thüringen	2 235 025	2 181 603	2 170 460	23,5	-2,9	16 173	134	0,4
Estland ¹⁾	1 329 660	1 325 217	1 320 174	18,0	-0,7	45 227	31	0,3
Irland	4 570 881	4 582 707	4 591 087 ²⁾	12,2	+0,4	69 797	67	0,9
Griechenland	11 123 392	11 123 034	11 062 508	20,1	-0,5	131 957	85	2,2
Spanien	46 667 174	46 818 219	46 727 890	17,7	+0,1	505 991	93	9,3
Frankreich	64 978 721	65 287 861	65 578 819 ²⁾	17,6	+0,9	632 834	103	13,1
Italien	59 364 690	59 394 207	59 685 227	21,2	+0,5	301 336	202	11,9
Zypern	839 751	862 011	865 878	13,2	+3,1	9 251	94	0,2
Lettland	2 074 605	2 044 813	2 023 825	18,8	-2,4	64 562	33	0,4
Litauen	3 052 588	3 003 641	2 971 905	18,2	-2,6	65 300	48	0,6
Luxemburg ¹⁾	511 840	524 853	537 039	14,0	+4,9	2 586	205	0,1
Ungarn ¹⁾	9 985 722	9 931 925	9 908 798	17,2	-0,8	93 024	107	2,0
Malta	414 989	417 546	421 364	17,2	+1,5	316	1 327	0,1
Niederlande	16 655 799	16 730 348	16 779 575	16,8	+0,7	41 540	497	3,3
Österreich	8 375 164	8 408 121	8 451 860	18,1	+0,9	83 879	102	1,7
Polen ¹⁾	38 529 866	38 538 447	38 533 299	14,2	+0,0	312 679	123	7,7
Portugal	10 572 721	10 542 398	10 487 289	19,4	-0,8	92 212	114	2,1
Rumänien ¹⁾	20 199 059	20 095 996	20 020 074	16,3	-0,9	238 391	93	4,0
Slowenien	2 050 189	2 055 496	2 058 821	17,1	+0,4	20 273	102	0,4
Slowakei	5 392 446	5 404 322	5 410 836	13,1	+0,3	49 036	110	1,1
Finnland	5 375 276	5 401 267	5 426 674	18,8	+1,0	338 432	18	1,1
Schweden	9 415 570	9 482 855	9 555 893	19,1	+1,5	438 576	23	1,9
Vereinigtes Königreich	63 022 532	63 495 303	63 905 297 ²⁾	17,2	+1,4	248 528	263	12,7
Europäische Union (27 Länder) ¹⁾	500 671 665	500 306 522	501 412 825 ²⁾	18,2	+0,1	4 406 051	117	100

1) Zeitreihenbrüche: Belgien (2010), Bulgarien (2010), Tschechische Republik (2010), Deutschland (2011), Estland (2011), Luxemburg (2011), Ungarn (2011), Polen (2010), Rumänien (2011), EU-27 (2010 bis 2012).

2) Vorläufige Angabe.

Quelle: Eurostat. Für Deutschland und seine Länder: Statistisches Bundesamt.

74. Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bruttoinlandsprodukt		Erwerbslosenquote		Erwerbstätigenquote		Gender Pay Gap	
	2011	Veränderung 2011/2010	2013	Veränderung 2013/2012	2013	Veränderung 2013/2012	2012	Veränderung 2012/2011
	Mio. €	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	
Belgien	369 259	+ 3,8	8,4	+ 0,9	61,8	0,0	10	0,0
Bulgarien	38 505	+ 6,8	12,9	+ 0,6	59,5	+ 0,7	15	+ 2,0
Tschechische Republik	155 486	+ 3,7	7,0	0,0	67,7	+ 1,2	22	- 1,0
Dänemark	240 487	+ 1,8	7,0	- 0,5	72,5	- 0,1	15	- 1,0
Deutschland	2 609 900	+ 4,6	5,3	- 0,2	73,3	+ 0,5	22	0,0
Baden-Württemberg	385 391	+ 5,9	3,4	0,0	76,4	+ 0,7	27	0,0
Bayern	459 317	+ 6,0	3,1	- 0,1	77,1	+ 0,6	25	0,0
Berlin	101 815	+ 2,9	10,6	0,0	68,2	+ 0,2	13	- 1,0
Brandenburg	56 852	+ 4,0	7,4	- 0,9	74,5	+ 0,7	8	+ 1,0
Bremen	27 135	+ 3,0	7,2	+ 0,5	67,1	- 0,8	26	+ 2,0
Hamburg	94 071	+ 2,3	4,8	- 0,6	73,7	+ 0,3	25	+ 2,0
Hessen	227 689	+ 4,3	4,4	- 0,3	73,6	+ 0,5	24	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	35 714	+ 3,0	10,1	- 0,7	70,5	+ 0,1	5	0,0
Niedersachsen	225 784	+ 4,8	5,0	0,0	73,0	+ 0,7	20	- 2,0
Nordrhein-Westfalen	576 094	+ 3,8	6,0	+ 0,1	69,6	+ 0,1	23	0,0
Rheinland-Pfalz	115 699	+ 4,6	4,1	+ 0,1	73,8	+ 0,5	23	+ 1,0
Saarland	31 713	+ 6,5	6,2	- 0,2	69,5	+ 0,8	25	0,0
Sachsen	96 019	+ 3,9	7,9	- 0,3	74,3	+ 0,7	11	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	51 817	+ 2,3	9,0	- 0,5	73,3	+ 0,9	6	+ 1,0
Schleswig-Holstein	75 892	+ 4,6	5,0	- 0,1	73,5	0,0	18	+ 1,0
Thüringen	48 897	+ 4,7	6,0	- 1,2	75,3	+ 0,7	6	- 1,0
Estland	16 216	+ 12,8	8,6	- 1,4	68,5	+ 1,4	30	+ 3,0
Irland	162 600	+ 2,8	13,0	- 1,7	60,5	+ 1,7	14	+ 2,0
Griechenland	208 532	- 6,1	27,5	+ 3,1	48,8	- 2,0	15 ¹⁾	•
Spanien	1 046 327	+ 0,1	26,1	+ 1,3	54,8	- 1,0	18	0,0
Kroatien	44 384	- 0,1	10,3	+ 0,1	63,6	+ 0,2	15	- 1,0
Frankreich	2 001 398	+ 3,3	17,3	+ 1,5	52,5	+ 1,8	18	0,0
Italien	1 580 410	+ 1,8	12,2	+ 1,5	55,6	- 1,2	7	+ 1,0
Zypern	17 979	+ 3,3	15,9	+ 4,1	61,7	- 2,9	16	0,0
Lettland	20 211	+ 12,0	11,9	- 3,1	65,0	+ 2,0	14	0,0
Litauen	30 958	+ 11,7	11,8	- 1,6	63,7	+ 1,7	13	+ 1,0
Luxemburg	41 730	+ 6,2	5,8	+ 0,7	65,7	- 0,1	9	0,0
Ungarn	98 921	+ 2,8	10,2	- 0,7	58,4	+ 1,2	20	+ 2,0
Malta	6 645	+ 4,1	6,4	+ 0,1	60,8	+ 1,7	6	0,0
Niederlande	599 047	+ 2,1	6,7	+ 1,4	74,3	- 0,8	17	- 1,0
Österreich	299 240	+ 4,9	4,9	+ 0,6	72,3	- 0,2	23	- 1,0
Polen	370 851	+ 4,6	10,3	+ 0,2	60,0	+ 0,3	6	0,0
Portugal	171 126	- 1,0	16,2	+ 0,7	60,6	- 0,8	16	+ 3,0
Rumänien	131 478	+ 5,8	7,3	+ 0,3	59,7	+ 0,2	10	- 1,0
Slowenien	36 150	+ 1,9	10,1	+ 1,3	63,3	- 0,8	3	+ 1,0
Slowakei	68 974	+ 4,7	14,2	+ 0,2	59,9	+ 0,2	22	+ 1,0
Finnland	188 744	+ 5,6	8,2	+ 0,5	68,9	- 0,5	19	- 1,0
Schweden	385 451	+ 10,1	8,1	+ 0,1	74,4	+ 0,6	16	0,0
Vereinigtes Königreich	1 770 910	+ 2,3	7,5	- 0,4	70,8	+ 0,7	19	- 1,0
Europäische Union (27 Länder)	12 667 535	+ 3,1	10,8	+ 0,4	64,1	0,0	17	+ 1,0
Europäische Union (28 Länder)	12 711 918	+ 3,0	10,8	+ 0,3	64,0	0,0	17	+ 1,0

1) Wert des Jahres 2010 (Werte für 2011 und 2012 nicht verfügbar).
Quelle: Eurostat.

75. Frühe Schulabgänger

Staat / Land	Anteil der frühen Schulabgänger an der gleichaltrigen Bevölkerung						Männ- lich	Weib- lich	Veränderung des Anteils	
	2008,0	2009	2010	2011	2012	2013			2013/2008	2013/2012
	%								Prozentpunkte	
Belgien	12,0	11,1	11,9	12,3	12,0	11,0	13,2	8,7	-1,0	-1,0
Bulgarien	14,8	14,7	13,9	11,8	12,5	12,5	12,3	12,7	-2,3	+0,0
Tschechische Republik	5,6	5,4	4,9	4,9	5,5	5,4	5,4	5,5	-0,2	-0,1
Dänemark	12,5	11,3	11,0	9,6	9,1	8,0	9,9	6,2	-4,5	-1,1
Deutschland	11,8	11,1	11,9	11,7	10,6	9,9	10,4	9,3	-1,9	-0,7
Baden-Württemberg	10,1	9,5	9,9	10,1	8,5	7,6	7,9	7,3	-2,5	-0,9
Bayern	9,6	8,8	9,4	9,2	7,5	7,3	7,6	6,9	-2,3	-0,2
Berlin	15,7	14,1	14,6	13,4	13,4	12,2	15,2	9,4	-3,5	-1,2
Brandenburg	9,2	9,0	9,6	10,3	10,0	10,5	11,1	9,9	+1,3	+0,5
Bremen	14,5	14,5	14,1	17,9	13,1	15,1	/	/	+0,6	+2,0
Hamburg	14,7	12,1	13,1	13,1	12,5	11,5	11,4	11,5	-3,2	-1,0
Hessen	12,3	11,3	11,7	10,7	9,4	10,1	10,9	9,3	-2,2	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	9,1	9,2	10,0	11,0	9,5	/	/	+0,8	-1,5
Niedersachsen	13,0	12,6	13,9	14,3	12,1	10,9	11,2	10,6	-2,1	-1,2
Nordrhein-Westfalen	14,6	13,8	14,6	13,9	13,2	11,7	12,5	10,9	-2,9	-1,5
Rheinland-Pfalz	12,4	13,7	15,5	13,6	12,6	13,3	13,6	12,9	+0,9	+0,7
Saarland	14,2	14,4	13,2	15,6	13,2	14,0	14	14	-0,2	+0,8
Sachsen	7,4	6,7	7,6	7,7	7,8	6,6	6,4	6,8	-0,8	-1,2
Sachsen-Anhalt	12,1	10,7	11,7	13,0	11,0	9,8	10,7	/	-2,3	-1,2
Schleswig-Holstein	13,6	12,1	12,7	13,1	12,7	10,2	10,4	10,1	-3,4	-2,5
Thüringen	7,4	5,4	6,3	7,7	7,4	7,8	8,4	/	+0,4	+0,4
Estland	14,0	13,5	11,0	10,6	10,3	9,7	13,6	5,8	-4,3	-0,6
Irland	11,3	11,7	11,5	10,8	9,7	8,4	9,8	6,9	-2,9	-1,3
Griechenland	14,4	14,2	13,5	12,9	11,3	10,1	12,7	7,5	-4,3	-1,2
Spanien	31,7	30,9	28,2	26,3	24,7	23,6	27,2	19,8	-8,1	-1,1
Frankreich ¹⁾	11,5	12,2	12,5	11,9	11,5	9,7	10,7	8,7	-1,8	-1,8
Kroatien	3,7	3,9	3,7	4,1	4,2	4,5	(5,5)	(3,4)	+0,8	+0,3
Italien	19,7	19,2	18,8	18,2	17,6	17,0	20,2	13,7	-2,7	-0,6
Zypern	13,7	11,7	12,7	11,3	11,4	9,1	14,8	4,2	-4,6	-2,3
Lettland ¹⁾	15,5	14,3	12,9	11,6	10,6	9,8	13,6	5,8	-5,7	-0,8
Litauen	7,5	8,7	7,9	7,4	6,5	6,3	7,8	(4,7)	-1,2	-0,2
Luxemburg ¹⁾	13,4	7,7	7,1	6,2	8,1	6,1	8,4	(3,7)	-7,3	-2,0
Ungarn	11,7	11,2	10,5	11,2	11,5	11,8	12,5	11,1	+0,1	+0,3
Malta	27,2	27,1	23,8	22,7	21,1	20,8	23,2	18,4	-6,4	-0,3
Niederlande ¹⁾	11,4	10,9	10,0	9,1	8,8	9,2	10,9	7,4	-2,2	+0,4
Österreich	10,1	8,7	8,3	8,3	7,6	7,3	7,7	7,0	-2,8	-0,3
Polen	5,0	5,3	5,4	5,6	5,7	5,6	7,9	3,2	+0,6	-0,1
Portugal	34,9	30,9	28,3	23,0	20,5	18,9	23,4	14,3	-16,0	-1,6
Rumänien	15,9	16,6	18,4	17,5	17,4	17,3	18,6	16,0	+1,4	-0,1
Slowenien	5,1	5,3	5,0	4,2	4,4	3,9	5,0	(2,6)	-1,2	-0,5
Slowakei	6,0	4,9	4,7	5,1	5,3	6,4	6,7	6,1	+0,4	+1,1
Finnland	9,8	9,9	10,3	9,8	8,9	9,3	10,4	8,3	-0,5	+0,4
Schweden	7,9	7,0	6,5	6,6	7,5	7,1	7,9	6,2	-0,8	-0,4
Vereinigtes Königreich	17,0	15,7	14,9	15,0	13,6	12,4	13,7	11,2	-4,6	-1,2
Europäische Union (27 Länder)	14,8	14,3	14,0	13,5	12,8	12,0	13,7	10,3	-2,8	-0,8
Europäische Union (28 Länder)	14,7	14,2	13,9	13,4	12,7	12,0	13,6	10,2	-2,7	-0,7

1) Zeitreihenbrüche: Frankreich (2013), Lettland (2011), Luxemburg (2009), Niederlande (2010).
Quelle: Eurostat.

76. Bevölkerung 2007 bis 2012

Region	Einwohner am 31.12.						Veränderung der Einwohnerzahl	
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2012/2007	2012/2011
	Anzahl						%	
Europäische Union	496 106 353	497 876 348	499 076 458	500 671 665	500 306 522	501 412 825	+ 1,1	+ 0,2
Deutschland	82 217 837	82 002 356	81 802 257	81 751 602	80 327 900	80 523 746	- 2,1	+ 0,2
Niedersachsen	7 971 684	7 947 244	7 928 815	7 918 293	7 774 253	7 778 995	- 2,4	+ 0,1
Statistische Region Braunschweig	1 633 318	1 623 649	1 616 720	1 609 369	1 575 968	1 574 527	- 3,6	- 0,1
Statistische Region Hannover	2 156 841	2 149 181	2 142 440	2 138 711	2 093 431	2 094 931	- 2,9	+ 0,1
Statistische Region Lüneburg	1 701 132	1 696 643	1 693 654	1 692 238	1 667 127	1 667 332	- 2,0	+ 0,0
Statistische Region Weser-Ems	2 480 393	2 477 771	2 476 001	2 477 975	2 437 727	2 442 205	- 1,5	+ 0,2

Quelle: Eurostat.

77. Bruttoinlandsprodukt 2006 bis 2011

Region	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP	
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011/2006	2011/2010
	Mio. €						%	
Europäische Union	11 724 923	12 430 268	12 501 007	11 770 969	12 292 606	12 667 535	+ 8,0	+ 3,2
Deutschland	2 313 900	2 428 500	2 473 800	2 374 200	2 495 000	2 609 900	+ 12,8	+ 5,0
Niedersachsen	197 840	206 220	212 117	203 203	215 435	225 784	+ 14,1	+ 5,2
Statistische Region Braunschweig	43 828	46 380	46 277	43 270	47 986	52 118	+ 18,9	+ 9,4
Statistische Region Hannover	60 097	61 003	63 257	61 091	63 950	66 259	+ 10,3	+ 3,8
Statistische Region Lüneburg	33 355	34 916	35 950	34 986	36 075	37 270	+ 11,7	+ 3,6
Statistische Region Weser-Ems	60 560	63 920	66 633	63 856	67 424	70 136	+ 15,8	+ 4,5

Quelle: Eurostat.

78. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2006 bis 2011

Region	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP pro Einwohner	
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011/2006	2011/2010
	€						%	
Europäische Union	23 700	25 100	25 100	23 500	24 500	25 200	+ 6,3	+ 3,0
Deutschland	28 100	29 500	30 100	29 000	30 500	31 900	+ 13,5	+ 5,0
Niedersachsen	24 800	25 800	26 600	25 600	27 200	28 500	+ 14,9	+ 5,2
Statistische Region Braunschweig	26 600	28 300	28 400	26 700	29 800	32 400	+ 21,8	+ 9,8
Statistische Region Hannover	27 800	28 300	29 400	28 500	29 900	31 000	+ 11,5	+ 4,0
Statistische Region Lüneburg	19 600	20 500	21 200	20 600	21 300	22 000	+ 12,2	+ 3,6
Statistische Region Weser-Ems	24 400	25 800	26 900	25 800	27 200	28 300	+ 16,0	+ 4,5

Quelle: Eurostat.

79. Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen 2008 bis 2013

Region	Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen						Darunter		Veränderung der Erwerbs- tätigenquote 2013/2008
							männlich	weiblich	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
	%							Prozentpunkte	
Europäische Union (28 Länder)	65,7	64,5	64,0	64,2	64,1	64,1	69,5	58,8	0,0
Deutschland	70,1	70,3	71,1	72,5	72,8	73,3	77,7	68,8	+ 0,5
Niedersachsen	68,5	69,3	70,2	71,9	72,3	73,0	77,7	68,3	+ 0,7
Statistische Region Braunschweig	66,4	67,3	68,4	70,3	69,8	69,5	73,8	65,2	- 0,3
Statistische Region Hannover	68,6	68,5	69,2	70,3	72,3	72,9	77,5	68,4	+ 0,6
Statistische Region Lüneburg	70,0	71,8	72,6	74,0	73,7	74,6	79,5	69,6	+ 0,9
Statistische Region Weser-Ems	68,9	69,8	70,8	72,8	72,9	74,3	79,1	69,3	+ 1,4

Quelle: Eurostat.

80. Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter 2008 bis 2013

Region	Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter						Darunter		Veränderung der Erwerbs- losenquote 2013/2008
							männlich	weiblich	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
	%								Prozentpunkte
Europäische Union (28 Länder)	7,0	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,7	10,8	+ 0,4
Deutschland	7,5	7,7	7,1	5,9	5,5	5,3	5,6	5,0	- 0,2
Niedersachsen	7,1	6,9	6,5	5,6	5,0	5,0	5,4	4,5	0,0
Statistische Region Braunschweig	8,7	8,5	7,2	6,4	5,7	6,4	7,3	5,2	+ 0,7
Statistische Region Hannover	7,6	7,9	7,1	6,8	5,5	5,5	5,6	5,3	0,0
Statistische Region Lüneburg	6,3	5,4	5,8	5,4	4,5	4,4	4,8	3,9	- 0,1
Statistische Region Weser-Ems	6,2	5,9	6,0	4,2	4,4	4,0	4,3	3,8	- 0,4

Quelle: Eurostat.